

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Die Sprache Hitlers

Der stellvertretende USA-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz erklärte im Januar 2002 auf der Münchener „Sicherheitskonferenz“ im Beisein Scharpings und Stoibers, ohne daß auch nur ein Zwischenruf erfolgt wäre: „Die beste Verteidigung ist ein guter Angriff.“ George W. Bush, inzwischen von einem norwegischen Parlamentsabgeordneten für den Friedensnobelpreis nominiert (!!!), erfand dazu eine „Achse des Bösen“, gegen die er seine nächsten „Präventivschläge“ richten will. Diesen nur mit Hitlers „Vorsehung“ vergleichbaren „Gottesauftrag“ des KZ-Baumeisters von Guantánamo hat **Rainer Rupp** in der „jungen Welt“ – der einzigen linken Tageszeitung Deutschlands – am 14. 2. folgendermaßen kommentiert:

Als USA-Präsident George Bush im vergangenen Monat seinen Kampf gegen das „Böse“ mit Berufung auf die „Geschichte“ und „Gott“ legitimierte, war das kein einmaliger Ausrutscher eines Größenwahnsinnigen. Der Wahn hat vielmehr Methode. Wie sich jetzt auch in Milwaukee zeigte, als Bush, der sonst dafür bekannt ist, daß er in freier Rede keinen Satz aussprechen kann, ohne dessen Sinn und Syntax hoffnungslos zu verdrehen, erneut vom „Auftrag der Vereinigten Staaten“ vorlas, Iran, Irak und Nordkorea „zu stoppen“. Bereits in seiner Rede zur Lage der Nation im Januar machte Bush deutlich, daß er und die amerikanische Nation von höchsten Autoritäten zum Kampf gegen das „Böse“ beauftragt wurden: „Die Geschichte hat Amerika und seine Verbündeten in den Kampf gerufen. Gott ist nah.“

Präsident Bush sieht also die Amerikaner im biblischen Sinne als das von der Geschichte und Gott auserwählte Volk, dem die Bürde auferlegt wurde, gegen das Böse zu kämpfen. Dafür bekam er von der USA-Bevölkerung eine einma-

lig hohe Zustimmungquote von 85 %. Das Ganze als christlichen Fundamentalismus abzutun, der lediglich andere Fundamentalismen bekämpft, wäre jedoch zu kurz gegriffen. Auch die zunehmend lauter werdende Erkenntnis vieler Europäer, daß Bush auf der Behandlungscouch eines Psychiaters besser aufgehoben wäre als am Steuer der mächtigsten Nation der Welt, hilft im konkreten Fall nicht weiter. Denn hinter der Fassade des Kampfes gegen das „Böse“ sind die alten Machtzentren der Vereinigten Staaten bestrebt, ihr Ziel der globalen Herrschaft zu verwirklichen. Washington bemüht sich seit langen darum, eine Position zu erreichen, von der aus es andere Länder unbesehen „bestrafen“ kann, ohne selbst für Gegenschläge verletzbar zu sein. Nur unter dem Schutz dieser militärischen Dominanz lassen sich anschließend ungehemmt die wirtschaftlichen und anderen „amerikanischen Werte“ durchsetzen. Denn diese sind – auch das hat Bush deutlich gemacht – von universeller Gültigkeit: Die amerikanische Interpretation von „Freiheit und Gerechtigkeit ist richtig und wahr und sie gilt unveränderlich überall für alle Völker.“ So folgt der militärischen und wirtschaftlichen Hegemonie der Anspruch auf die kulturelle Weltherrschaft. Als Feinde der USA werden dagegen alle ausgemacht, die der allein richtigen amerikanischen Lebensart im Wege stehen. Abweichungen vom richtigen Weg werden als latente Bedrohung der eigenen Wahrheit wahrgenommen. Weshalb Bush in Milwaukee auch warnte, daß er Iran, Irak und Nordkorea nicht erlauben werde, „unsere Lebensart zu bedrohen“. Umgekehrt wird ein Schuh daraus. Schließlich gibt Washington mittlerweile so viel für die Rüstung aus wie alle anderen Länder der Welt zusammenge-



SHAHAR



INHALT

Wer brauchte den 11. September?	S. 2
Damit der Rüstungsdollar rollt...	S. 3
Mit der Axt an die Wurzeln	S. 4
Salz in die Wunden?	S. 5
Zerreißproben	S. 6
Wem gehörte die DDR?	S. 7
Schwierigkeiten mit der Wahrheit?	S. 8
Erinnerungen an frühe Jahre	S. 9
Ein infamer Vergleich	S. 10
Der „Kapitalfetischismus“ (II)	S. 11
Dritte bei der Russisch-Olympiade	S. 12
Prinzipienlosigkeit als Prinzip	S. 13
Hände weg von PCC und FARC!	S. 14
Erklärung des Israelischen Kommunistischen Forums	S. 14
Der gute Mensch von Sichuan	S. 15
Pjôngjang im Visier	S. 15
Gültiges Recht	S. 16
Was ist in Nepal los?	S. 16
Der Held von Den Haag	S. 17
Gesinnungsprozesse auch in Prag	S. 17
Unsterblicher Langston Hughes	S. 17
Chavez auf der Abschußliste	S. 18
Eine starke Frau	S. 18
¡Presente!	S. 19
Leserbriefe	S. 20
Der gewöhnliche Faschismus	S. 23
Termine & Anzeigen	S. 24

Andreas von Bülow: So kann es nicht gewesen sein

Wer brauchte den 11. September?

Der heutige Bonner Anwalt **Andreas von Bülow**, 64, war schon in den 70er Jahren Staatssekretär im BRD-Verteidigungsministerium. Als Minister für Forschung und Technologie gehörte er dem Kabinett von Helmut Schmidt an. 25 Jahre saß er für die SPD im Bundestag. Sein Ende der 90er Jahre veröffentlichtes Geheimdienst-Buch „Im Namen des Staates“ wurde zu einer Sensation. Am 13. Januar 2002 gewährte er dem Berliner „Tagesspiegel“ ein Interview, dessen ersten Teil wir veröffentlichen.

Sie wirken so zornig, richtig aufgebracht ...

Was mich aufregt, kann ich Ihnen erklären: Ich sehe, daß nach den entsetzlichen Anschlägen vom 11. September die gesamte politische Öffentlichkeit in eine Richtung gedrängt wird, die ich für falsch halte!

Was verstehen Sie darunter?

Ich wundere mich, daß viele Fragen nicht gestellt werden. Normalerweise ist es bei einer solch schrecklichen Geschichte so, daß verschiedene Spuren und Beweise auftauchen, die dann kommentiert werden, von den Ermittlern, von den Medien, von der Regierung: Ist da was dran oder nicht? Sind die Erklärungen plausibel? Diesmal ist das überhaupt nicht der Fall. Das fing schon wenige Stunden nach den Attentaten in New York und Washington an und ...

... in diesen Stunden war Entsetzen, Trauer.

Richtig, aber im Grunde war es doch erstaunlich: Es gibt 26 Geheimdienste in den USA mit einem Etat von 30 Milliarden Dollar ...

Mehr als der deutsche Verteidigungshaushalt ...

Sie haben die Anschläge nicht verhindern können. Ja, sie haben nicht einmal etwas davon geahnt. 60 entscheidende Minuten lang ließen Militär und Geheimdienste die Abfangjäger am Boden. 48 Stunden später jedoch präsentiert das FBI eine Liste mit Selbstmordattentätern. Innerhalb von zehn Tagen stellt sich heraus, daß sieben dieser Leute noch leben.

Wie bitte?

Ja, ja, und warum hat das FBI zu keiner Unstimmigkeit Stellung genommen? Woher diese Liste kam, warum sie falsch war? Wenn ich leitender Staatsanwalt in so einer Ermittlung wäre, würde ich regelmäßig vor die Öffentlichkeit treten und Auskunft darüber geben, welche Spur hinfällig ist und welche nicht.

Die US-Regierung hat nach den Anschlägen von einer Ausnahmesituation gesprochen: Man befinde sich in einem Krieg. Ist es nicht verständlich, daß man dem Feind nicht alles mitteilt, was man von ihm weiß?

Natürlich. Doch eine Regierung, die in den Krieg zieht, muß in einem Verfahren zunächst feststellen, wer der Angreifer ist, der Feind. Hierfür ist sie beweispflichtig. Nach eigenem Eingestehen hat sie bis heute keine gerichtsverwertbaren Beweise vorlegen können.

Einige Informationen über die Attentäter sind durch Recherchen belegt. So ist der mutmaßliche Anführer Mohammed Atta noch am Morgen des 11. September von Portland nach Boston geflogen, um dort in die Maschine einzusteigen, die ins World Trade Center raste.

Wenn dieser Atta der entscheidende Mann bei der Aktion war, ist es doch seltsam, daß er das Risiko eingegangen ist, äußerst knapp vorher erst mit einem anderen Flugzeug nach Boston zu fliegen. Hätte diese Maschine ein paar Minuten Verspätung gehabt, wäre er nicht im Flugzeug gewesen, das entführt worden ist. Warum sollte ein raffinierter Attentäter das tun? Man kann bei CNN übrigens nachlesen, daß keiner dieser Namen auf den offiziellen Passagierlisten stand. Keiner hat eines der vier Check-in-Verfahren durchlaufen. Und warum hat keiner der bedrohten Piloten über den Steuerknüppel den vereinbarten Signal-Code 7700 an die Bodenstationen eingegeben? Außerdem: Die brand- und stoßsicher gebauten Flugschreiber und Stimmzeichnungsgeräte aus dem Cockpit enthalten keinerlei auswertbare Daten.

Das kommt vor ...

Wie auch Attentäter, die bei ihren Vorbereitungen Spuren wie eine trampelnde Elefantenherde hinterlassen? Sie zahlten mit Kreditkarten auf ihren Namen, sie meldeten sich bei ihren Fluglehrern mit Klarnamen. Sie hinterlassen Mietwagen mit arabischen Fluganleitungen für Jumbojets. Sie nehmen auf dem Weg in den Selbstmord Testamente und Abschiedsbriefe mit, die dem FBI in die Hände fallen, weil sie falsch verstaut oder adressiert waren. Da wurden Spuren wie bei einer Schnitzeljagd gelegt, denen man ja folgen soll! Es gibt auch die Theorie eines britischen Flugzeugingenieurs. Danach ist den Piloten die Steuerung der Flugzeuge möglicherweise von außen aus der Hand genommen worden. Die Amerikaner hätten in den 70er Jahren eine Methode entwickelt, um entführte Maschinen durch einen Eingriff in die Computersteuerung zu retten. Diese Technik sei hier mißbraucht worden. Das ist eine Theorie ...

... die recht abenteuerlich klingt und von der noch nie die Rede war.

Sehen Sie! Ich mache mir diese Theorie ja nicht zu eigen, aber ich finde sie bedenkenswert. Und was ist mit den obskuren Aktiengeschäften? In der Woche vor dem Attentat haben sich die Umsätze im Wertpapierhandel bei den Fluglinien American Airlines, United Airlines und Versicherungen um 1 200 Prozent gesteigert. Es ging um etwa 15 Milliarden Dollar. Einige Leute müssen etwas gewußt haben. Wer?

Spekulieren Sie mal.

Mit Hilfe der entsetzlichen Anschläge sind die westlichen Massendemokratien einer Gehirnwäsche unterzogen worden. Das Feindbild des Antikommunismus taugt nicht mehr, es soll durch die Völker muslimischen Glaubens ersetzt werden. Man unterstellt ihnen, sie würden den Selbstmord-Terror gebären.

Gehirnwäsche? Das ist starker Tobak!

Ja? Aber die Idee mit dem Feindbild kommt nicht von mir. Sie kommt von Zbigniew Brzezinski und Samuel Huntington, zwei Vordenkern amerikanischer Geheimdienst- und Außenpolitik. Schon Mitte der 90er Jahre meinte Huntington, die Menschen in Europa und den USA bräuchten jemanden, den sie hassen könnten – das stärke die Identifikation mit der eigenen Gesellschaft. Und Brzezinski, der verrückte Hund, warb schon als Berater von Präsident Jimmy Carter für das alleinige Zugriffsrecht der USA auf alle Rohstoffe der Welt, vor allem Öl und Gas.

Sie meinen, die Ereignisse vom 11. September ...

passen genau in das Konzept der Rüstungsindustrie, der Geheimdienste, des gesamten militärisch-industriell-akademischen Komplexes. Das ist doch auffällig. Die großen Rohstoffreserven auf dem Territorium der ehemaligen Sowjetunion stehen nun zur Disposition, auch die Wege für die Pipelines und ...

Das hat Erich Follath im „Spiegel“ ausführlich beschrieben: „Es geht um Militärbasen, um Rauschgift, um Erdöl- und Erdgas-Reserven.“ ...

Ich stelle fest: Die Planung der Attentate war eine technische wie organisatorische Meisterleistung. In wenigen Minuten vier Großraumflugzeuge zu entführen und binnen einer Stunde in komplizierten Flugbewegungen ins Ziel zu steuern! Das ist ohne langjährigen Rückhalt aus den geheimen Apparaten von Staat und Industrie undenkbar.

**Achtung,
liebe
Leser!**

Das **Gesamtinhaltsverzeichnis** aller bisherigen „RotFuchs“-Ausgaben bis Nr. 47 sowie **Kugelschreiber** mit dem Aufdruck „RotFuchs“ sind bei der Redaktion gegen eine kleine Spende erhältlich.

Aufnahmeanträge für den Förderverein können dort angefordert werden.

Warum USA-Präsident Bush den ABM-Vertrag auffliegen ließ

Damit der Rüstungsdollar rollt ...

Die Terroranschläge vom 11. 9. 2001 wurden durch die USA ausgenutzt, um die Forcierung ihrer Weltmachtposition mit Kriegen gegen die Völker von selbsternannten „Schurkenstaaten“ der „Achse des Bösen“ und steigenden Militärausgaben (um 12 % auf rund 380 Mrd. Dollar) zu rechtfertigen. Die Verbündeten der Vereinigten Staaten versuchen, in diesem Kontext ihre eigenen Interessen in verschiedenen Regionen der Welt mit durchzusetzen. Dabei spielen die Aufkündigung des ABM-Vertrages (Anti Ballistic Missile Treaty) am 13. 12. 2001 und der Aufbau eines Nationalen Raketenabwehrsystems (NMD – National Missile Defense) durch Washington keine geringe Rolle. Darauf soll im folgenden kurz eingegangen werden.

Der ABM-Vertrag vom 3. 12. 1972 leitete eine Periode der Begrenzung strategischer Kernwaffen mit dem START-I-Vertrag ein. Dem folgten später noch 32 Abrüstungsabkommen. Der ABM-Vertrag zwischen der UdSSR und den USA sah für jede Seite den Aufbau eines Raketenabwehrsystems um die Hauptstadt und eines zum Schutz von interkontinentalen Raketenstellungen mit je 100 Startrampen vor. Der Vertrag begrenzte auch die Aufklärungsstationen, die Raketentests usw. In einem Zusatzprotokoll vom 3. 7. 1974 einigten sich beide Seiten auf nur ein Raketenabwehrsystem.

USA-Präsident Reagan verkündete dann 1983 einseitig die Entwicklung eines neuen Raketenabwehrsystems (Stars War – Krieg der Sterne). Es sollte anfliegende interkontinentale Raketen im Kosmos abfangen und zerstören und so die USA unverwundbar machen. Pentagon-Experten zweifelten an der Umsetzbarkeit dieses Projekts und entwickelten die Strategische Verteidigungsinitiative (SDI). Unabhängig von deren militärischem Wert wollten die USA sie als Druckmittel bei Abrüstungsverhandlungen nutzen. Die Rüstungsindustrie erhoffte sich enorme Profite. Weltweite Proteste der Friedensbewegung und eine Serie fehlgeschlagener Tests führten am 13. 5. 1993 zur Einstellung des SDI-Programms. Am 18. 3. 1999 beschloß der USA-Senat erneut den Aufbau eines landesweiten Raketenabwehrsystems im Widerspruch zum ABM-Vertrag. Präsident Clinton überließ die Entscheidung darüber jedoch wohlweislich seinem Nachfolger George W. Bush. Der seinen Vorgänger an Aggressivität in den Schatten stellende jetzige USA-Präsident begründete den Aufbau des neuen Systems unter dem Namen NMD mit wachsender Bedrohung durch „Schurkenstaaten“.

Das NMD-System befindet sich noch in der Entwicklung. Bis 2005 sind ca. 19 Tests vorgesehen. Gleichzeitig erfolgt schon der Aufbau einzelner Elemente. Im Rahmen von NMD sind 250 Abfangraketen geplant. Diese sollen bis zu 20 anfliegende interkontinentale Raketen gleichzeitig zerstören können. Das Frühwarnsystem im Kosmos und außerhalb der USA wird dafür erweitert und modernisiert. Bis 2020 soll NMD durch Laserwaffen im Kosmos ergänzt werden. Zusätzlich zum NMD-System werden noch „Taktische Raketen-Abwehrsysteme“ (TMD = Theater Missile De-

fense) für das Abfangen und Zerstören von Mittelstreckenraketen entwickelt. Dazu zählen: Das landgestützte System THAAD (Theater High Altitude Area Defense) mit über 1 000 Abfangraketen, das seegestützte System NTD (Navy Theater Defense) mit 600 Abfangraketen und ein Laserwaffensystem in Flugzeugen des Typs Boeing 747. Auch die Luftabwehrsysteme Patriot, NAD und MEADS werden modernisiert. Die USA wollen damit ihr Territorium, ihre Kriegsschiffe und ihre Stützpunkte im Ausland abschirmen. Den eigenen Verbündeten wird der Raketenchutz ebenfalls angeboten.

Doch Raketenabwehrsysteme bieten nur eine relative Sicherheit. Im Golf-Krieg 1990/91 schoß Israel mit dem Luftabwehrsystem Patriot keine einzige irakische Scud-Rakete ab. Täuschungsmaßnahmen schränken die Wirkung der Raketenabwehr ein, abgesehen von möglichen technischen Defekten. Auch zerstörte Angriffsraketen können mit freigesetzten radioaktiven, chemischen oder biologischen Stoffen die Bevölkerung gefährden. Die Raketenabwehr ist gegen andere Mittel und Methoden wirkungslos, wie Terroranschläge zeigen.

Die nur bedingte Sicherheit des NMD-Systems im Verhältnis zu den Gefahren eines neuen Hochrüstens löste heftige Kritik selbst bei den NATO-Verbündeten der USA und bei UNO-Generalsekretär Kofi Annan aus. Nach dem 11. 9. 2001 gelang es Präsident Bush jedoch, Panik und Hysterie auszunutzen und viele Kritiker zum Schweigen zu bringen. Auch die Bundesregierung hatte erst Vorbehalte zur Aufkündigung des ABM-Vertrages und zum Aufbau des NMD-Systems. Schröder erwog aber schon Anfang 2001 eine mögliche Beteiligung an NMD. Er nannte „ökonomische und technologische Gründe“. Die militärischen Absichten verschwieg er jedoch. Der Aufwand von 60 bis 120 Mrd. Dollar für NMD bis 2026, der enorme Profite in Aussicht stellt, läßt offenbar alle anderen Bedenken schwinden.

Die Aufkündigung des ABM-Vertrages durch die USA-Regierung gefährdet gültige Abrüstungsverträge und erschwert neue Verhandlungen. Washington will seine beispieldlose Kriegs- und Rüstungspolitik offensichtlich nicht mehr durch völkerrechtliche Abmachungen begrenzen lassen. Darauf deuten die seit mehreren Jahren anhaltende Stagnation der UNO-Abrüstungskonferenz sowie die Verweigerungshaltung der USA bei Abrüstungsverträgen und Verhandlungen hin (Landminenabkommen, Kernwaffenteststoppvertrag, Konferenzen über Kleinwaffen und über die Kontrolle von Bio-Waffen usw.).

Friedensaktivisten protestierten immer wieder gegen die Aggressions- und Hochrüstungspolitik der USA und der NATO-Staaten, die nach dem Wegfall der Sowjetunion und des europäischen Sozialismus erheblich forciert worden ist. Bei der 38. Münchener Sicherheitskonferenz waren sie wieder auf der Straße. Wissenschaftler entwickelten Abrüstungspläne, um den Weltfrieden zu stärken, die Verschwendung riesiger Ressourcen abzubauen und Hunger und Elend in der Welt zu mindern. Doch unter imperialistischem Vorzeichen dürfte die politische Vernunft wohl kaum über Profit und Machtstreben siegen.



Gratifik: Arno Fleischer

Joachim Wolf,
Oberst a. D.

Warum der Kapitalismus die Arbeitslosigkeit nicht beseitigen kann

Mit der Axt an die Wurzeln

Im Wahljahr 2002 überbieten sich Politiker aller Couleur in dem „Nachweis“, sie würden die Arbeitslosigkeit am energischsten bekämpfen. Wenn, ja wenn man sie nur an der Regierung bzw. anz. Ruder liebe. Am lautenstönen CDU und CSU, also jene Parteien, unter deren Kanzler Kohl die Arbeitslosigkeit von 1,75 Millionen im Durchschnitt des Jahres 1982 auf 4,66 Millionen im Mittel des Jahres 1998 anstieg. Dabei berücksichtigt diese Zahl nur die offiziell registrierten Arbeitslosen und unterschlägt ca. 1,1 Millionen Menschen, die nicht oder nicht mehr in der Statistik erscheinen (kranke Arbeitslose, Arbeitslose über 58 Jahre, Arbeitslose, die keine Leistungen vom Arbeitsamt erhalten, über Umschulung oder Weiterbildung aus der Statistik Weggezauberte, in den Vorruhestand oder Altersübergang Abgeschobene), so daß es 1998 in der BRD tatsächlich 5,76 Millionen Arbeitslose gab. Auch unter dem SPD-Kanzler Schröder wurde kein Wandel geschaffen. Im Gegenteil. Riesters bisher vom CDU-Mitglied Jagoda geführte Bundesanstalt für Arbeit fälschte die Zahlen noch munterer als zuvor und will eine ganze Million „nicht ernsthaft Arbeitssuchender“ aus der Statistik verdrängen.

Man darf weiter gespannt sein, wie die Arbeitslosigkeit „wirksam bekämpft“ werden soll, liegen doch die Ursachen nicht im „Können“ dieses oder jenes Politikers, sondern im kapitalistischen System selbst begründet.

Zur Produktion setzt der Kapitalist sowohl Kapital für den Kauf von Maschinen, Technik, Technologie etc. (constanter Teil des Gesamtkapitals) ein als auch Kapital zur Bezahlung der menschlichen Arbeitskraft, welches in Form von Lohn und anderen finanziellen Leistungen („Lohnnebenkosten“) der Reproduktion der Arbeitskraft dient (variabler Teil des Gesamtkapitals). Ziel des Besitzers der Produktionsmittel ist es, sein eingesetztes Kapital maximal zu verwerten, einen möglichst hohen Profit zu erzielen. Das geht aber nur über die ständige Steigerung der Produktivität durch den Einsatz immer höher entwickelter Technik und Technologien, verbunden mit der Steigerung der Arbeitsintensität. Anders ausgedrückt: Immer weniger lohnabhängige Arbeitskräfte sollen immer mehr produzieren. Damit sinkt zwangsläufig die Nachfrage nach ihnen. Die heutige Technik hat ein solches Niveau erreicht, daß durch die Einsparung von Zeit immer mehr Produzenten freigesetzt werden, so viele wie noch nie. Es ist also der private Besitz an Produktionsmitteln und das mit ihm verbundene Streben nach Maximalprofit sowie der daraus resultierende Zwang zur Produktivitätssteigerung, die die Arbeitslosigkeit hervorrufen und sie gesetzmäßig tendenziell ansteigen lassen. Sie ist damit eine dem Kapitalismus systemeigene Erscheinung.

Da sich diese Prozesse inzwischen weltweit vollziehen, ist auch ein Überangebot an Lohnarbeitern im globalen Maßstab vorhanden. Durch die unterschiedliche historische Entwicklung der einzelnen Länder sind die Reproduktionskosten der Lohnarbeiter von Land zu Land unterschiedlich hoch. Das trifft auch auf andere Standortfaktoren zu. In der Gier nach maximalem Profit siedelt der Besitzer der Produktionsmittel neue Produktionen oder Produktionserweiterungen dort an, wo er die besten Verwertungsbedingungen für das Kapital vorfindet. Das sind vor allem jene Regionen, in denen das Lebensniveau der Menschen und damit ihre Reproduktionskosten unter denen des eigenen

Landes liegen. Das führt dazu, daß aus den ehemaligen Industriestaaten wichtige Teile der produzierenden Bereiche in die sogenannten Billiglohnländer verlagert werden. Die als „Strukturwandel“ ausgegebene De-Industrialisierung verschärft gravierend die Arbeitslosigkeit im eigenen Land.

Genau diese Abläufe vollzogen sich im Westteil der BRD verstärkt zwischen 1975 und 1980, im Osten mit ungeheurer Wucht seit 1991. Es erfolgte eine außerordentlich starke Reduzierung der Arbeitsplätze im verarbeitenden Gewerbe (Industrie, Bergbau, Energie, Wasserwirtschaft). Hier sank die Zahl der Beschäftigten im Westen zwischen 1960 und 1998 um 4,99 Mio auf 64,2 %. Im Osten wurden in nur sieben Jahren 2,62 Mio Arbeitsplätze dieser Bereiche vernichtet, das Niveau sank gegenüber 1991 auf 29,2 %. Eine ähnlich massive Reduzierung der Beschäftigtenzahl vollzog sich in der Land-, Forst- und Fischwirtschaft. Im Westen wurden zwischen 1960 und 1998 rund 3,82 Mio Menschen ihrer Arbeitsplätze beraubt. Das ist ein Rückgang auf 21,1 %. Im Osten liquidierte man seit der Annexion der DDR 74,3 % der Arbeitsplätze dieses Bereichs. Im Verkehrs- und Nachrichtenwesen vollzog sich ein Rückgang um 410 000 Arbeitsplätze auf 82,4 %. In der Bauwirtschaft blieb die Beschäftigtenzahl annähernd konstant. Seit 1991 gab es in ganz Deutschland sogar einen Anstieg um 650 000, der zu 72 % aus dem „Bauboom“ im Osten resultierte. Das führte zu einer Überdimensionierung der Kapazitäten und in den Folgejahren zu Stagnation und Arbeitskräfteabbau. Dieser Prozeß setzte etwa 1997 ein und geht bis heute weiter. Zugleich erfolgte ein überproportionaler Anstieg der Zahl der Beschäftigten in Handel und Gewerbe, nichtproduzierenden Bereichen wie Geld- und Kreditwesen, Versicherungen, öffentlichen und privaten Dienstleistungen, Immobilienhandel, Vermietung, öffentlichen Verwaltungen. So stieg die Beschäftigtenzahl im Handel und Gastgewerbe gegenüber 1960 auf 156,6 % und im Kreditwesen, bei Versicherungen, Dienstleistungen usw. sogar um 213,4 % auf 7,7 Mio. Die Ursachen der Vernichtung von 8,95 Mio Arbeitsplätzen in den produzierenden Bereichen und die Tatsache, daß heute jeder vierte Arbeitsplatz ein Teilzeitplatz ist, sind letztlich auf den privaten Besitz an Produktionsmitteln mit all seinen Folgeerscheinungen zurückzuführen. Millionen Menschen haben unter diesen gesellschaftlichen Bedingungen keine Chance, durch ihre Arbeitsleistung wieder ihren Lebensunterhalt zu verdienen. Für sie ist die Verbindung zur Produktion für immer abgerissen.

Die kapitalistische Produktionsweise funktionierte bisher dadurch, daß die Massen als lohnabhängige Beschäftigte der Unternehmer etwas produzieren und dafür Geld bekommen, um die von ihnen hergestellten Güter zu kaufen. Wenn aber heute immer weniger immer mehr produzieren, bedeutet das auch, daß immer weniger das Produzierte kaufen können. Daraus erwächst eine existentielle Gefahr für das Kapital durch die vom Arbeitsprozeß Ausgeschlossenen Und genau hier hat der kapitalistische Staat seine Rolle zu spielen.

„Soziale Sicherungssysteme“ wie Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe, Sozialhilfe, ABM, Umschulung, Weiterbildung u. ä. sollen dem von der Produktion ausgestoßenen Produzenten soziale Sicherheit vorgaukeln. Alle diese Maßnahmen sind letztlich aber nichts

weiter als Versuche, das Funktionieren des Kapitalismus aufrecht zu erhalten. Angeblich sorgt „Vater Staat“ für alles. Doch die notwendigen Mittel stammen in Wahrheit aus den Bürgern abgepreßten Steuern. Mit dem Wachsen der Arbeitslosigkeit sind dieser Quelle jedoch Grenzen gesetzt. Die Einnahmen in die Staatskasse sinken, denn beim „Normalverdiener“, der jetzt schon 55 % seiner Bruttoeinnahmen als direkte und indirekte Steuern beim Staat abliefern muß, ist nicht unbegrenzt etwas zu holen. Andererseits wächst die Zahl der Bedürftigen, die Leistungen brauchen. So beginnen die Massen des „sozialen Netzes“ zu reißen.

Es bleibt nur ein Weg, um die gigantischen Staatsschulden nicht ins Unermessliche wachsen zu lassen: das Geld bei den Ärmsten der Armen sowie bei den künftigen Rentnern zu holen. Deren Rentenniveau will man bei gleichbleibend hohen Beiträgen zur Rentenversicherung weiter absenken. An der Kürzung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe wird gewerkelt, auch das Arbeitslosengeld ist nicht tabu. In der Krankenversicherung erfolgt eine permanente Erhöhung der Zuzahlung durch die Patienten. Die Einführung von Grund- und Zusatzleistungen führt zur offenen Zwei-Klassen-Medizin.

Nun tönen aber Politiker aller Schattierungen – von Stoiber bis Gysi -, es müßten „massenhaft neue Arbeitsplätze“ geschaffen werden. Was haben die Versuche dazu erbracht? Es führt zu nichts, über Steuergeschenke an die Unternehmer die Investitionen ankurbeln zu wollen, um so neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen. Das ist reine Illusion, bewußte Irreführung. Die Kapitalisten investieren nur in immer raffiniertere Technik, um weniger Arbeitskräfte zu benötigen. Der ständig gepredigte „Lohnverzicht“ bzw. die „Lohnzurückhaltung“ bei Tarifverhandlungen bewirkten den gleichen Effekt: keine neuen Arbeitsplätze, aber Sinken des Anteils der heute 23 Millionen „Arbeitnehmer“ am Volkseinkommen von 73,5 % (1980) auf 67,1 % (1989) mit weiter sinkender Tendenz. Durch die Verringerung der Zahl von Überstunden entstehen ebenfalls keine Arbeitsplätze. Denn für die Kapitalisten ist es allemal billiger, weniger Arbeitskräfte mit Überstunden als mehr Beschäftigte ohne Überstunden zu unterhalten. Schließlich waren auch die „arbeitsmarktpolitischen“ Maßnahmen – die Umschulung des Klempners zum Installateur und umgekehrt – ein Schlag ins Wasser. Sie hatten nur einen statistischen Effekt.

Wer die Arbeitslosigkeit ernsthaft bekämpfen und sie beseitigen will, der muß die Axt an die Wurzeln legen: Er muß den privaten Besitz an Produktionsmitteln aufheben. Doch das wollen die Politiker aller etablierten Parteien natürlich nicht. Denn es wäre die Selbstzerstörung des kapitalistischen Systems, das unfähig ist, das Problem der Arbeitslosigkeit zu lösen. **Dr. Werner Rolf**

Von ganzem Herzen gratuliert der „RotFuchs“-Förderverein seinen Mitgliedern

**Dr. Reinhard Grimmer, Berlin (60),
Dr. Lothar Schwock, Berlin (65) und
Sepp Trupp, Havelberg (70)**
zu ihren Geburtstagen.

Glückwunsch, liebe Genossen!

Zur Polemik mit dem Freund

Salz in die Wunden?

Friedrich Engels unterschied sorgfältig zwischen der Polemik mit dem Feind und der Polemik mit dem Freund. Geht es um die ideologische, politische und soziale Auseinandersetzung mit den Feinden der Arbeiterbewegung – dem Klassengegner und dessen Werkzeugen –, dann dürfen alle Geschütze aufgeföhren, alle Register gezogen werden: Trommelfeuer, schwerer Säbel, Entlarvung, Verachtung, ätzende Schärfe, Sarkasmus, beißende Ironie usw. Natürlich müssen politische Klugheit, solides Wissen und Sicherheit in der Beweisführung hinzukommen, um ein Maximum an Durchschlagskraft und Wirkung der eigenen Argumente zu erzielen. Doch Rücksichtnahme ist nicht angezeigt, begegnen sich hier doch unversöhnliche Kontrahenten.

Anders ist der Umgang mit ständigen oder zeitweiligen, stabilen oder schwankenden, irrenden oder verirrten Freunden. In einem solchen Falle stehen das Bemühen, den anderen zu überzeugen, sorgfältiges Ausloten seiner Motive, ein Höchstmaß an Differenziertheit, Hilfe und Verbundenheit, aber auch Ehrlichkeit in der Sache, Direktheit und Offenheit im Vordergrund. Da ist das Florett oft dem Säbel vorzuziehen. Man darf einen Freund nicht falsch „einsortieren“ und dadurch verprellen, einen halben Freund nicht durch Mangel an Takt und Feingefühl in einen ganzen Gegner verwandeln. Aber man darf auch nicht verschweigen, was gesagt werden muß. Bisweilen gibt es Freunde, deren Irrungen und Verirrungen so tief in die Denkstrukturen eingedrungen sind, daß man ihnen nur mit härteren Bandagen beikommt. Dann gelangt man nicht selten an die Grenze der Polemik mit dem Freund. Die Geister scheiden sich.

Zweifellos betrachten wir die Mitglieder der in Deutschland bestehenden kommunistischen Formationen DKP, KPD und KPF, aber auch die vielen redlichen Sozialisten und Kommunisten, die sich in der PDS dem virulenten Antikommunismus ihrer zur Sozialdemokratie mutierten Führung zu widersetzen suchen, als Freunde. Deshalb verweigern wir uns auch pauschaler Verteilung dieser oder jener kommunistischen Partei (oder aller „im Dutzend“), halten wir nichts von Rundumschlägen oder Notenverteilung vom Schiedsrichterturm, auch wenn die Wertungen in vielem zutreffend oder berechtigt sein mögen. Wir üben konkrete und prinzipielle Kritik, wenn wir auf revisionistische oder sektiererische Positionen, auf Opportunismus und Versöhnlerum, auf deren Träger stoßen. Vor allem bemühen wir uns um ein ausgewogenes und ausgewarftes Urteil, um Allseitigkeit und Tiefgründigkeit der Analyse, um ein ruhiges Augenmaß. Denn blinder Eifer ist in solchen Situationen gefährlich. Wenn eine Sache nur halb oder nur mit einem Teil ihrer Farben dargestellt wird, fehlt es an Schattierungen, kann ein schiefes Bild entstehen. Denken wir nur an die DKP: Betrachteten wir sie allein durch das Prisma ihrer unseligen „Sozialismus-Vorstellungen“, bei denen kleinbürgerlich-romantische Modelle Pate gestanden haben, oder nähmen wir solche jüngsten Fehlleistungen wie die

„kollektiven“ Salven auf Lenins Imperialismus-Theorie und das programmatische Gestolper einiger als einzigen Maßstab, dann täten wir all jenen Genossinnen und Genossen unrecht, die in der Zeit der Illegalität nach 1956, in der Ära der Berufsverbote sowie später Mut und Prinzipienfestigkeit bewiesen haben und auch heute feste Positionen einnehmen. Und was ist mit der 1990 in der DDR-Hauptstadt entstandenen KPD? Wie kann man bei möglicherweise unterschiedlichen Sichten in dieser oder jener Frage die Tatsache außer acht lassen, daß die KPD z. B. im Verhältnis zur DDR klarer und klassenmäßiger urteilt als jede andere kommunistische Organisation in Deutschland?

Schließlich: Gibt es nicht unter den Plattform-Genossen viele gestandene Kommunisten, die sich über die der KPF durch die PDS-Zentrale zugeordnete „Feigenblatt-Rolle“ voll im klaren sind und den zur Bourgeoisie konvertierten Gysis die Zähne zeigen?

Und noch etwas: Das Richtige zur falschen Zeit gesagt, kann sich der Wirkung nach leicht ins Gegenteil verkehren. Direkt gefragt: Ist der jetzige Zeitpunkt geeignet, eine Generalabrechnung mit dem Revisionismus, dem Kapitalantentum, dem Unvermögen aller hierzulande bestehenden relevanten kommunistischen Parteien und Gruppen vorzunehmen?

Die in Hannover erscheinende Zeitschrift „offensiv“ – unser Freund und Partner bei der Ausrichtung von zwei großen und erfolgreichen Konferenzen – hat im Januar 2002 ein „Parteienheft“ (KPF, DKP, KPD) herausgebracht, das viel Lesens- und Bedenkenswertes, viele Wahrheiten enthält. Im ersten Teil findet man fundierte Analysen von Ulrich Huar und Hanfried Müller, im zweiten eine faktenreiche Darstellung von Problemen, mit denen sich die kommunistische Bewegung in Deutschland seit der siegreichen Konterrevolution herumschlägt. Doch die durchweg negative Bilanz ist niederschmetternd und entwaff-

nend, die Polemik mit dem Freund wird ungenügend sichtbar. Die „Abrechnung“ mit der „ganzen Revi-Bande und den KPD-Dilettanten“ – wie eine „offensiv“-Leserbriefschreiberin formulierte – steht im Vordergrund. Zwar bleibt eine Alternative angedeutet, doch der Weg dorthin wird nicht hinreichend ausgeleuchtet.

Der „RotFuchs“, der keineswegs das Orakel von Delphi ist und sich auch nicht die Rolle des Schiedsrichters in Sachen kommunistische Bewegung anmaßen möchte, hat seine Auffassung zu dieser Thematik bereits wiederholt dargelegt: Im imperialistischen Deutschland ist die Schaffung einer stärkeren, größeren und einheitlichen Partei aus Kommunisten und Sozialisten, die auf dem Boden des Marxismus-Leninismus steht, eine strategische Aufgabe, ein historischer Imperativ. Es geht um die Zusammenführung von Kommunisten und Sozialisten mit und ohne Parteibuch. Dabei begleitet die DDR-Genossen stets die Erfahrung des erfolgreichen Zusammenwachsens von Kommunisten und Sozialisten in der SED. Den Prozeß der Einigung darf man weder antreiben noch verschlafen. Das kann kein voluntaristisch und kurzfristig zu bewältigender Kraftakt sein, sondern wird viel Energie und einen langen Atem erfordern. Heute aber muß dort gekämpft werden, wo jede Genossin und jeder Genosse sich inner- oder außerhalb von Parteien eingegliedert haben. Ein Höchstmaß an Aktionseinheit ist notwendig. In diesem Sinne wirkt auch der „RotFuchs“.

Polemik mit dem Freund heißt nicht, Salz in die Wunden zu streuen. Es heißt aber auch nicht, die Wunden zu lecken, sondern den Finger an sie zu legen, damit sie erkannt, verbunden und geheilt werden können. Dazu hat „offensiv“ – eine Publikation, deren Parteilichkeit außer Frage steht – zweifellos einen Beitrag geleistet. Wir sagen das trotz der Bedenken, die wir – aus Freundschaft – nicht verschweigen wollen.

Klaus Steiniger

IN EIGENER SACHE

Dem Februar-RF hatten wir einen Brief mit Überweisungsformular beigelegt – als kleinen Gedankenstoß für diejenigen Leser, die uns schon immer etwas zukommen lassen wollten, das bisher aber im Alltagsgetümmel einfach vergessen hatten. Auch als Hinweis für alle, daß wir jetzt Spendenbescheinigungen ausstellen dürfen. Natürlich wollten wir niemanden bedrängen – am wenigsten jene Genossinnen und Genossen, die uns bereits regelmäßig unterstützen oder die aufgrund ihrer sozialen Lage dazu außerstande sind.

Wir bitten um Verständnis dafür, daß wir bei Tausenden Beziehern keine individuell zugeschnittenen Lösungen anbieten können. Und auch das sei gesagt: Weiterhin gilt beim „RotFuchs“ das Prinzip – die Zeitschrift ist ohne Preis. Sie wird nur durch Spenden und Beiträge der Mitglieder des Fördervereins finanziert. Und sie geht wie bisher auch an jene, die sie dringend brauchen, ohne uns materiell helfen zu können. Von ganzem Herzen danken wir den vielen, die uns schnell und großzügig unterstützt haben. Die Solidarität unserer Leser hat den „RotFuchs“ – mancher Zitterpartei zum Trotz – bisher über die scharfen Klippen unserer Zeit gebracht. Das soll auch in Zukunft so sein.



Wie sich die PDS-Spitze in der Friedensfrage zu häuten beginnt

Zerreißproben

„Derzeit“ besagt, daß ein Zustand nicht so bleibt, wie er ist. „Derzeit“, so PDS-Bundesgeschäftsführer Bartsch, würden zwar Unterschiede in der Außen- und Sicherheitspolitik zwischen seiner Partei, der SPD und den Grünen eine Koalition auf Bundesebene noch unmöglich machen. Dennoch solle man „nie nie sagen“. „Die Mehrheit der Deutschen“ halte ein „rot-rotes Bündnis im Bund für möglich“.

Obwohl am Rosenmontag im ND zu lesen, läßt sich das nicht als Bütenreden-Ulk abtun. Bartschs „derzeit“ artikuliert den Vorsatz der PDS-Spitze, die Umwandlung dieser Partei aus einer Oppositionskraft im kapitalistischen Deutschland zum mitregierenden „politischen Machtfaktor“ zu vollenden. Das allerdings setzt eines voraus: Regierungspartei im Bund kann die PDS nur werden, wenn sie aufhört, Friedenspartei zu sein. Nur damit fiele das „derzeit“ noch bestehende Hindernis.

Wenn jedoch auch noch der Anspruch der PDS als Antikriegspartei demontiert würde, könnte die bislang folgsame Mitgliedschaft möglicherweise doch aufbegehren. Dies fürchtend, geht die Führung vorsichtig zu Werke. Sie praktiziert eine Systematik der kleinen Schritte auf einem Kurs, der eine Kehrtwende in dieser zentralen Frage einleiten soll. Dieses Taktieren widerspricht eindeutig der Beschlußlage der Partei. Es zielt darauf ab, sich solcher „Fesseln“ zu entledigen, wie sie das jetzt noch gültige Parteiprogramm mit seiner klaren Absage an den Krieg als Mittel der Politik und der Forderung nach Auflösung der NATO enthält. Es ist ebenso der Versuch, die auf dem PDS-Parteitag von Münster (April 2000) angenommene Antikriegsresolution zu revidieren, in der militärische Gewalt als Instrument der internationalen Politik strikt abgelehnt wird.

In Münster verweigerte die Delegiertenmehrheit dem Parteivorstand die Gefolgschaft bei seinem Vorhaben, per Beschluß für UN-mandatierte Militärinterventionen Grünes Licht zu geben und damit eine Wende in der Sicherheitspolitik der PDS vorzunehmen. Die Vorstandsmehrheit zeigte sich ob solchen Ungehorsams entsetzt. Münster galt ihr seitdem als Synonym für politisches Fiasko. Daß Bisky wie auch Gy-

si auf jenem Parteitag ihre Spitzenfunktionen in Partei und Fraktion aufgaben, war, obwohl in Abrede gestellt, Indiz für den politischen Schock, den die erlittene Schlappe bei ihnen ausgelöst hatte.

Danach setzte die Gegen-Münster-Bewegung ein. Beim folgenden Cottbusser Parteitag (Oktober 2000) war dank akribischer Vorbereitung Vorsorge getroffen, daß alles nach den Wünschen des Vorstandes abließ. Vorsichtshalber aber faßte die neue Parteivorsitzende Zimmer in ihrer Antrittsrede das heiße Eisen Sicherheitspolitik gar nicht erst an. Und die kurze Passage dazu im Leitartikel war so formuliert, daß sich die Ablehnung militärischer Konfliktlösung lediglich auf „internationale Bundeswehreinätze“ sowie „Völkerrechtsbruch“ bezog. Damit ging man hinter die präzisere Positionsbestimmung von Münster zurück.

Seitdem reißen die Vorstöße nicht ab, mit denen die Verfechter einer PDS-Regierungsteilnahme versuchen, Mitglieder und Wähler an den Gedanken zu gewöhnen, daß es so ganz ohne militärische Robustheit in den internationalen Beziehungen wohl doch nicht gehen könne. Zwischendurch werden Versuche zur Legitimierung militärischer Gewalt immer wieder durch Beteuerungen abgefedert, am Antikriegsprinzip festhalten zu wollen.

So nahm der Dresdener Parteitag (Oktober 2001) einen „Friedensappell“ an, mit dem die PDS ihr Ansehen stärken konnte. Vermieden wurde allerdings, in diesem Appell klar zu sagen, von wem unter dem Vorwand der Terrorbekämpfung Kriege angezettelt werden. Zugleich verzichtete man darauf, gegen jegliche Unterstützung dieser Politik zur Aktion aufzurufen. Gysi plädierte in Dresden für durch Militär ausgeführte „polizeiliche“ Kommandounternehmen „zur Ergreifung der terroristischen Täter“. Was aus solchen Unternehmen inzwischen wurde, muß nach Afghanistan nicht erläutert werden.

Damals folgte die PDS-Bundestagsfraktion jedoch nicht Gysis Empfehlungen. Sie stimmte gegen die Teilnahme der Bundeswehr an der Afghanistan-Intervention. Mit Ausnahmen: Ein PDS-Abgeordneter übte Stimmenthaltung, zwei weitere rangen sich nur „mit Bedenken“ zum Nein durch. Prompt brachte ND zwei Leserbriefe, in denen der Stimmenthalter und die Bedenkenträger gelobt wurden. Die Verfasser kamen aus dem Umfeld der PDS-Spitze – einer ist Mitglied der PDS-Grundsatzkommission, der andere Mitarbeiter der parteinahen Rosa-Luxemburg-Stiftung. Am 20. 12. 01 ließ Parteivorsitzende Zimmer in einem Interview mit der „Frankfurter Rundschau“ wissen, daß sie sich an Programm und Münster-Beschluß nicht unbedingt gebunden fühle. Auf die Frage, ob die PDS kategorisch beim Nein zum Bundeswehreininsatz in Afghanistan bleibe, antwortete sie, dies hänge letztlich davon ab, ob bei einem solchen Mandat die „Friedenssicherung im Vordergrund steht“ (!?). Im übrigen solle „die Linke“ die USA-Politik „nicht nach allzu schablonenhaft gestricktem Muster beurteilen“.

Schon zuvor hatte Bartsch, als Stichwortgeber zum Thema auffällig oft tätig, erklärt:

Da die PDS nicht auf alle Fragen Antwort wisse, solle sie darüber diskutieren, ob es „legitime Bedingungen für Gewaltanwendung“ gebe. (ND 20. 11. 01) Ihm sekundierte PDS-Fraktionschef Claus, indem er den Grundsatz „Krieg ist die falsche Antwort auf Terrorismus“ in Zweifel zog: Dieser müsse „durch weitergehende Vorschläge zur Friedenssicherung angereichert“ werden. Die PDS solle ihre „Vorschläge für eine neue internationale Friedensarchitektur, ... für eine unter UN-Befehl stehende internationale Truppe für polizeiliche Aufgaben qualifizieren“. (ND 5./ 6. Januar 02) Zwei Tage später hieb Frau Zimmer in dieselbe Kerbe. Zu den Fragen, die die PDS aufwerfen müsse, gehöre „die Rolle des Militärischen bei der Lösung von Konflikten“. Mochten das noch Testballons sein, um herauszufinden, wie die Parteibasis darauf reagieren werde, so ist inzwischen bereits die nächste Phase eingeleitet. Der vom Parteivorstand beschlossene Leitartikel an den Rostocker Parteitag verbindet Kritik am neuen strategischen Aggressionskonzept der NATO mit dem Verlangen, die „kollektiven Sicherheitsstrukturen“ der UNO und der OSZE zu stärken, um die NATO „als Militärbündnis zu überwinden“. Hier waren Formulierungskünstler am Werk, die sich auf das Geschäft der Vernebelung verstehen: Was als friedenspolitisch attraktives „Projekt“ zur militärischen Zähmung der NATO (ausgerechnet durch UNO und OSZE!) angeboten wird, revidiert das gültige Parteiprogramm, das die Auflösung dieses Aggressionspaktes einfordert. Zugleich öffnet man sich damit ein Hintertürchen: Wer der NATO lediglich ihre militärischen Zähne ziehen will, gibt klar zu verstehen, daß er sie als politisches Konstrukt durchaus akzeptiert. Und also bereit ist, sich mit ihr zu arrangieren, womit sich die „Kooperationsfähigkeit“ der PDS auf Bundesebene herstellen ließe.

Dieses Bestreben fand inzwischen noch deutlicheren Ausdruck. Mit ihren Unterschriften unter den Berliner Koalitionsvertrag bekannten sich die PDS-Vertreter namens ihrer Partei ausdrücklich zu „westlichen Wertegemeinschaft“ und den Verpflichtungen, die sich aus der Zugehörigkeit zum „Nordatlantischen Bündnis“ ergeben. Und so konnte der Regierende Bürgermeister Berlins, Herr Wowereit, auf die Frage von Günter Gaus, ob sich Gysi nun auch in der Außenpolitik Schröder annähern werde, selbstsicher antworten: „Das wird er!“ (Fernsehinterview „Zur Person“, 16. 1. 02)

Mit der „Übernahme bundespolitischer Verantwortung“ in Berlin – so PDS-Fraktionschef Claus – erfolgte die Weichenstellung hin zu jener Kehrtwende, bei der die Antikriegspartei demontiert werden soll. Ihr Führungspersonal scheint dazu fest entschlossen zu sein. Nicht einig ist man sich lediglich darin, ob das schon 2002 oder erst 2006 durchsetzbar ist. So orakelte das ND (am 10. 1. 02) mit Blick auf die Basis, daß „die Sorgen, die manchen PDSler angesichts der Senatsbeteiligung in Berlin bewegen“, möglicherweise „nur ein schwacher Vorgesmack auf ganz andere Zerreißproben“ sind.

Wolfgang Clausner



Zum bürgerlichen Geschwätz über „Demokratiedefizite“ im Sozialismus

Wem gehörte die DDR?

Der angebliche Mangel an Freiheit und Demokratie ist einer der Hauptangriffspunkte der demagogischen Verleumdungskampagne gegen die sozialistischen Errungenschaften des 20. Jahrhunderts. Die imperialistische Propaganda hat sich an diesem Thema festgebissen. Das war nicht anders zu erwarten. Aber auch Ideologen des linken Spektrums machen sich diese Argumentationen zu eigen und sprechen von Demokratiedefiziten, Totalitarismus und doktrinären Staatssystemen.

„Der erste Schritt in der Arbeiterrevolution (ist) die Erhebung des Proletariats zur herrschenden Klasse, die Erkämpfung der Demokratie“, heißt es im Kommunistischen Manifest (MEW 4, S. 481). Der Begriff Demokratie ist also klassenbezogen. „Demokratie ist ein die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit anerkennender Staat, d.h. eine Organisation zur systematischen Gewaltanwendung einer Klasse gegen die andere, eines Teils der Bevölkerung gegen den anderen“ (Lenin 25, S.469). Ist Demokratie in einem imperialistischen Staat überhaupt möglich? Ist das nicht alles nur ein wirres Scheindemokratisches Geflecht, was wir in der BRD vorfinden? Die Beschlüsse des Bundestages widerspiegeln doch in aller Regel nicht die Interessen der Mehrheit des Volkes. Denken wir nur an die Entscheidungen zur Kriegspolitik, zur Steuerreform, zum Gesundheitswesen, zur Rentenreform usw.

In dem sehr langen Zeitraum der Schaffung sozialistischer Grundlagen – d. h. auch in den 40 Jahren der Existenz der DDR – war die politische Machtausübung des Volkes als wesentlicher Bestandteil der sozialistischen Demokratie auszugestalten. Ich habe über mehrere Jahre als Arbeiter in einem volkseigenen Betrieb die sozialistischen Grundrechte eingefordert und in Anspruch genommen und drei Jahrzehnte diese als tägliche Leitschnur meiner Leitungstätigkeit zugrunde zu legen gehabt, so daß ich mich zu einer vergleichenden Wertung für autorisiert halte.

Demokratische Grundrechte, von denen ein Arbeiter in der BRD nicht zu träumen wagt, gehörten in der DDR zu den täglichen Umgangsformen und wurden u. a. in einem für jeden verständlichen Arbeitsgesetzbuch verankert. So waren bei Lohn-/ Gehaltsveränderungen, bei Leistungseinschätzungen und Beurteilungen, bei der Übertragung anderer Arbeitsaufgaben, bei der Gestaltung der Arbeitszeit, bei Disziplinarverfahren, bei Kündigungen (die es ohnehin sehr selten gab) usw. die Gewerkschaftsvertrauensleute bzw. Gewerkschaftsleitungen entsprechender Ebenen einzubeziehen. Ebenso mußten strukturenverändernde Maßnahmen und Funktionsbesetzungen mit den Kollektiven und Gewerkschaftsleitungen beraten werden. Nichts konnten Leiter über die Köpfe hinweg entscheiden. Investitions- und Kooperationsmaßnahmen, Betriebsteilschließungen verlangten, daß rechtzeitig in bezug auf alle betroffenen Arbeitskräfte Nachweise geführt wurden über deren künftigen Einsatz, die Sozialverträglichkeit bei Änderung des Arbeitsortes oder der Arbeitszeit und über Qualifikationsmaßnahmen

für die neuen Tätigkeiten wurden. Kündigungen waren in einem solchen Zusammenhang überhaupt nicht möglich, lediglich Überleitungsverträge – natürlich mit Zustimmung des Betroffenen und des Gewerkschaftsvertreters. Hierbei handelte es sich um demokratische Grundrechte, die die Existenz und das Lebensniveau der Familien unmittelbar betrafen. Die früheren Werktätigen der DDR haben sie mit der Eingliederung in die BRD verloren. Menschen, die durch die verschiedensten persönlichen Umstände aus ihrer Lebensbahn geraten waren, wurden mit Auflagen in Arbeitskollektive eingeordnet, so daß sie – von diesen unterstützt – wieder festen Boden unter die Füße bekamen und in die Gemeinschaft Aufnahme fanden.

Zu den demokratischen Grundrechten der Werktätigen gehörte auch die Mitbestimmung über den Gewinnanteil ihres Betriebes, mit dem der Kultur- und Sozialfonds gespeist wurde. Das war übrigens der Anteil mit der höchsten Priorität und einer jährlichen absoluten Mindesthöhe, der auch gewährleistet war, wenn kein ausreichender Gewinn erwirtschaftet wurde. Dann stellte das übergeordnete Organ die Mittel bereit. Mit dem Kultur- und Sozialfonds wurden betriebliche Kulturgruppen, Sportanlagen, Ferieneinrichtungen, Kinderferienlager, Patenschaftsverträge mit Schulen und Vorschuleinrichtungen, Veranstaltungen der Brigaden, die Stützung der Gemeinschaftsversorgung u. a. m. finanziert. Das alles war Bestandteil des Betriebskollektivvertrages, in dem weitere Vereinbarungen, z. B. zur Arbeitszeit, zur Urlaubsplanung, zum Arbeitsschutz, zu Qualifizierungsmaßnahmen einschließlich der Delegierung zum Fernstudium an Hoch- und Fachschulen getroffen wurden. An der Ausarbeitung des Betriebskollektivvertrages nahmen die Betriebsangehörigen regen Anteil, ging es doch hier um die Arbeitsbedingungen eines jeden und um die sogenannte zweite Lohntüte. Der Betriebskollektivvertrag wurde in einer Vertrauensleutevollversammlung beschlossen und war damit für jedes Jahr das wichtigste Gesetz für alle Betriebsangehörigen, auf das sich auch die Arbeitsrechtsprechung stützte.

In der DDR waren alle zu einer konstruktiven Mitarbeit aufgerufen. Dazu gibt es in der sozialistischen Demokratie eine Vielzahl Möglichkeiten in den Volksvertretungen, in Massenorganisationen, in Gewerkschaften, in Produktionsberatungen, in Konfliktkommissionen, als Schöffen, in den Parteien und der Nationalen Front, als Vertrauensleute der Gewerkschaft und der Hausgemeinschaften u.a.m.

Daß es in der Übergangsperiode, in der wir uns in den Jahren der DDR befanden, Demokratiedefizite, gemessen an einem verwirklichten Kommunismus, gibt, darüber bestanden nie Zweifel. Dafür kann man objektive historische Gründe gründen anführen. Doch war das, was die DDR an Demokratie aufzuweisen hatte, allemal höher zu bewerten als die bürgerliche Scheindemokratie, die wir jetzt erleben.

Über wichtige Gesetze wird im Bundestag und Bundesrat nicht selten jahrelang

diskutiert, bevor es zu einem Beschluß kommt. Die betroffenen Bürger werden nicht gefragt. Da bestanden in der DDR für Einzelpersonen, Arbeitskollektive, Gewerkschaftsgruppen u. a. wesentlich wirksamere Möglichkeiten, ihre demokratischen Rechte zur Einflußnahme wahrzunehmen. So wurden wichtige Gesetze grundsätzlich vorher veröffentlicht und die Bevölkerung aufgefordert, schriftlich Stellung zu beziehen. Und auf dieser Grundlage erfolgte vor der Beschlußfassung in der Volkskammer in Kommissionen, die alle Parteien und andere gesellschaftliche Organisationen einbezogen, eine Überarbeitung der Gesetzesentwürfe. Über das Niveau der Demokratie entscheidet nicht das Abstimmungsverfahren, sondern die Art und Weise der Vorbereitung der Beschlüsse.

Sicher bedarf es einer kritischen Prüfung, wie der praktizierte demokratische Zentralismus funktioniert hat. Probleme sind vor allem dort aufgetreten, wo einzelne Personen – gleich welcher Ebene – seine Prinzipien mißachtet oder gar mißbraucht haben. Wenn allerdings die „Demokratie“ der BRD dazu führt, daß über Probleme wie die Pflegeversicherung im Bundestag 20 Jahre diskutiert werden muß, wie Norbert Blüm feststellte, um schließlich zu einer halbherzigen Entscheidung zu gelangen, dann erweist sich der demokratische Zentralismus als eindeutig überlegen. Er ist ein Weg, über den zum rechten Zeitpunkt die notwendigen sozialen Lösungen im Interesse breiter Bevölkerungsschichten – einschließlich der sozial schwächsten Gruppen – verwirklicht werden können.

Unser Haus entstoßern und stoßfrei halten!

In diesem System sozialistischer Demokratie ist für eine „Opposition“ kein Platz. Es geht um konstruktive Meinungsäußerung und Mitarbeit, nicht um destruktives Opponieren von Gegnern des Sozialismus. Jeder erfolgreiche Schritt der Revolution und des sozialistischen Aufbaus ist vor den allgegenwärtigen Angriffen der politischen Feinde im Innern und von außen mit allen staatlichen Mitteln zu schützen. „Von den Ideologen des Imperialismus wird der Gedanke der Demokratie verfälscht. (Er) wird von einer Reihe formaler Prinzipien, wie dem Vorhandensein mehrerer politischer Parteien, dem Recht auf Opposition, der Gewaltenteilung, der Verfassungsgerichtsbarkeit ... usw. abhängig gemacht.“ (Philosophisches Wörterbuch, Leipzig 1975). Genosse Hans Wunderlich ist mit seinen Forderungen nach Opposition usw. (RotFuchs, Jan. 2002, S. 12) da – so meine ich – auf der falschen Fährte.

In die 11 von Kommunisten und Sozialisten erhobenen programmatischen Forderungen für Ostdeutschland sollten auch die demokratischen Grundrechte, die alle Bürger der DDR in Anspruch nehmen konnten und die mit der Eingliederung in die BRD auf der Strecke geblieben sind, explizit aufgenommen werden, unberührt davon, daß deren Verwirklichung unter den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen unrealistisch erscheint.

Dr.-Ing. Hans Köckeritz

Über Funktionäre von einst, die heute „neben den Dingen“ stehen

Schwierigkeiten mit der Wahrheit?

Unlängst veröffentlichte die UZ einen Leserbrief zu dem Artikel „Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit“ (11. Januar 2002). Darin schrieb Siegfried Kassenbaum aus Kirchhagen: „Die Gedanken Manfred Wekwerths zu W. Mittenzweiss „Die Intellektuellen“ gehören meines Erachtens zum Besten, was je in der UZ geschrieben stand – sowohl von der Form als auch vom Inhalt her. Die Herangehensweise an die Geschichte der DDR und des Sozialismus, ihr Scheitern und die daraus schlußfolgernden Erkenntnisse ... erfreuen Herz und Verstand.“

Ich widerspreche dieser Meinung und reche Wekwerths aufschlußreichen, gutgeschriebenen Artikel nicht zum Besten, was je in der UZ gedruckt wurde. Warum? Vor allem: Selten wurde von einem führenden Vertreter des Kulturlebens der DDR so distanziert über die Aktivisten der ersten Stunde, über Kommunisten, Sozialisten und Antifaschisten geurteilt, wie es Wekwerth tut: „Nie ist (von Mittenzweiss) mit solcher Akribie die Torheit beschrieben worden, mit der sich die Funktionäre, zurückgekehrt aus Emigration und Nazi-Lagern, um die Kunst gekümmert haben.“ Von ihnen sei übrigens nur das fortgesetzt worden, was ... die „Freunde“ in ihrem Land begonnen hatten. M. W. – später Mitglied der ZK der SED und Präsident der Akademie der Künste der DDR – weiß sehr genau, worum es geht, war er doch bei den Diskussionen um Kunst und Kultur nicht gerade ein unbeteiligter Zuschauer.

Meine Erinnerungen an jene Zeit sind sehr lebendig. Ich habe sie anders erlebt. Schon 1946, als wir noch hungerten, es in die Wohnungen regnete, ins Kino ein Brikett mitgebracht werden mußte, mühten sich „diese Funktionäre“ um die Entwicklung einer neuen humanistischen Kunst in Deutschland. Sie kämpften dabei gegen die noch allgegenwärtige und vom Westen weiter genährte „Gedankenwelt“ des Faschismus. Die sowjetischen Freunde, die ebenfalls hungerten, schickten uns das Alexandrow-Ensemble in die Ruinen Berlins. Nie werde ich auch die unglaubliche Begeisterung beim Konzert des Staatschors des Russischen Liedes im alten Friedrichstadtpalast vergessen. Das waren Gesten des Humanismus. Der Kulturoffizier der Roten Armee bei uns in Brandenburg ist mir als ein sehr geduldiger Genosse in Erinnerung, der uns zu ersten Schritten – manchmal auch mit Nachdruck – auf die Beine half. Anna Seghers, Friedrich Wolf, aber auch Literaten der zweiten Reihe wie Bruno H. Bürgel und Hans Schomburgk bin ich in jenen Jahren persönlich begegnet. Trotz schwieriger Verkehrsbedingungen und für ein ihre Ausgaben gerade deckendes „Honorar“ arbeiteten sie als Kulturbotschafter. „Diese Funktionäre“ haben uns Jugendliche 1949 nach Weimar zu den Goethetagen eingeladen. Es waren Politiker wie Otto Grotewohl, die uns mit der Kultur in Kontakt brachten. War das alles „Torheit“? M. W. meint vermutlich etwas anderes, nämlich die inhaltliche, oft scharfe Auseinandersetzung mit Künstlern. Die Streitgespräche müssen – zieht man die Gesamtbilanz des Kulturlandes der DDR in Betracht – indes recht fruchtbar gewesen sein, sonst hätten ihre Ergebnisse, besonders in den ersten Jahrzehnten, nicht eine so reiche Ernte gebracht. Allerdings: Vertrauen setzt Vertrauen voraus, ist also keine Einbahnstraße. Haben sich nicht etli-

che Künstler auch blasiert und hochnäsiger gegenüber Funktionären verhalten? Hatte alle von ihnen begriffen, daß es sich bei diesem Streit um Klassenkampf in den Köpfen handelte? Der Druck der bürgerlichen Ideologie war viel zu stark, um über Rückfälle in diese generös hinwegzusehen.

Eine heute geforderte „schonungslose Aufzählung der Torheiten, Irrtümer und Fehler“ ist im politischen Kampf unserer Tage nur sinnvoll, wenn man zugleich die völlig neue Qualität der proletarisch-sozialistischen Kultur hervorzuheben bereit ist und vom tatsächlich Erreichten ausgeht. Unsere Belletristik und Dramatik, viele Werke der Bildenden Kunst, zahlreiche Inszenierungen für Bühne, Leinwand und Bildschirm haben nicht nur die DDR-Bürger beeindruckt. M. W. weiß das am besten, er war ja dabei und mischte als hervorragender Theatermann sogar führend mit.

Natürlich gab es auch „Torheiten“, persönliche Borniertheit und falsche Entscheidungen, die das Klima negativ beeinflussten und später manchen von uns weggehen ließen. Doch Wekwerths Umgang mit der Wahrheit wirkt auf mich vereinfacht und selektiv. „Frei von den Zwängen der Arbeitslosigkeit, ein garantierter Arbeitsplatz, ohne Existenzangst, mit billiger Wohnung und kostenloser Sorge um Gesundheit war der Arbeiter ‚King‘ ... unantastbar“, schreibt er. Arbeiter hätten das jedoch egoistisch ausgenutzt und wenig Leistung gebracht, was die ökonomische Zurückgebliebenheit der DDR verursacht habe. Sie seien zwar „von Brecht ergriffen“ gewesen, hätten sich dann aber „wieder in den Mantel der Bequemlichkeit“ gehüllt. Tatsächlich gab es auch solche Erfahrungen. Dennoch verschweigt diese Art der Darstellung die großen Leistungen der meisten Arbeiter. Ist es nicht Torheit anzunehmen, die Arbeiter begriffen sich a priori als Subjekt der Geschichte und bedürften nicht einer Zeit des Hineinwachsens in ihre neue gesellschaftliche Rolle? Ungeduld ist hier fehl am Platze. Wie kann man voraussetzen, daß Menschen, die Zeit ihres Lebens von Kunst und Kultur ausgeschlossen blieben, innerhalb weniger Jahre zu Kenntnis und Verständnis dieser für sie völlig ungewohnten Materie gelangen und z. B. Gleichnisse Brechts auf Anhieb verstehen?

M. W. schließt sich dem zeitgeistlichen Axiom an, daß die Kommunisten die Entwicklung zum Sozialismus behindert und die „Demokraten“ vom Herbst 1989 eine bessere DDR gewollt hätten. Auch hier lohnt sich eine Differenzierung. Erstens hat sich längst herausgestellt, daß viele von denen, die damals so verdächtig laut nach „Demokratie“ schrien, lediglich in den Schoß des deutschen Imperialismus zurück wollten. Sie sitzen heute für CDU und SPD im Bundestag und anderswo. Zweitens sind den

Schreibern, Demagogen und Agenten Millionen bedenkenlos gefolgt, obgleich sie eigentlich hätten wissen müssen und können, wohin die Reise geht. Wer „Helmut“ rief, bekam auch Helmut! Doch wir erheben keine Vorwürfe gegen jene, die sich einst so verhielten und das heute bereuen. Natürlich waren auch die Verräter dicht gesät. Unsere Karrieristen wurden ihre Karrieristen. Übrigens: Nicht der Imperialismus hat uns verraten, sondern die „erste frei gewählte“ Volkskammer der „DDR“. Drittens war das „harte“ Geld eine mächtige Zugmaschine, der viele hinterherliefen. Schließlich: Manche – darunter auch nicht wenige Intellektuelle – haben sich im Bemühen um eine Verbesserung der DDR aus Opportunismus sehr geschont und müssen jetzt ihr eigenes Versagen offenbar vor sich selbst rechtfertigen. Es ist sehr einfach, sich bequem zurückzulehnen und alles auf Ulbricht und Honecker abzuschieben, von fehlender Demokratie, „Kasernenhofkommunismus“ oder „Staatssozialismus“ zu schwadronieren. Ein Gespräch mit Walter Bartel vom Lagerkomitee Buchenwald hatte mich schon frühzeitig gelehrt, daß es nicht genügt, Klage zu führen, etwas „zu melden“, die Verantwortung nach oben zu delegieren und abzuwarten, was passiert. Die Unterstellung, daß die führenden Leute von SED und DDR entweder Ignoranten gewesen seien oder gar keine bessere DDR gewollt hätten, bedient nur den konterrevolutionären Zeitgeist und mit ihm die bürgerliche Verleumdungswelle. Daß die Parteilührung – vor allem im letzten Jahrzehnt – nicht immer auf der Höhe ihrer Aufgaben stand, ist ein Allgemeinplatz. Jeder weiß das. Doch daraus resultiert nicht das Recht z. B. eines ZK-Mitglieds, alles auf diese Ebene zu verlagern und zu erklären, „man“ habe ja nichts dagegen machen können. Es ist bitter zu spüren, wie Menschen, die an allem beteiligt waren, sich plötzlich „neben die Dinge“ stellen. Wissen sie nicht, welche tatsächliche Entscheidungsfreiheit wir z. B. in ökonomischen Fragen hatten, daß die Decke oft einfach zu kurz war, als uns das imperialistische Handels- und Technologieembargo abschnürte, die Hallstein-Doktrin unseren außenpolitischen Aktionsradius einengte und der Westen uns Dumping-Preise aufzwang?

Zugegeben, die Darlegungen von M. W. für sich genommen hätten mich nicht zu einer Reaktion herausgefordert. Etwas anderes bewog mich dazu. Erstens – die Überschrift „Keine Schwierigkeiten mit der Wahrheit“. Der Inhalt beweist das Gegenteil. Zweitens – die Tatsache, daß ausgerechnet die Zeitung einer kommunistischen Partei diesen Text brachte, in dem bei manch sachlicher Darstellung immer wieder jene „moderne Überhebung“ durchbricht, die sich in der Absicht ausdrückt, die DDR als zwar gutgemeinten, aber leider mißlungenen „Versuch“ darzustellen, aus dessen negativen Erfahrungen man etwas lernen könne. Zweifelloso darf auf Selbstkritik nicht verzichtet werden. Doch sollten wir nicht bei den positiven Ergebnissen oder Erfahrungen anfangen? Beispielsweise bei Leistungen in Kunst und Kultur, die nur unter den Bedingungen der DDR möglich waren? Oder mit der Erkenntnis, daß selbst der unvollkommenste Sozialismus unendlich viel mehr Kultur für das Volk hervorbringt als der „beste“ Kapitalismus?

Norbert Pauligk

tuk: Besondere Attraktion

Das bekannte Berliner Reisebüro **Touristik und Kontakt International GmbH (tuk)** bietet auch in diesem Jahr Reisen in Begleitung früherer DDR-Botschafter an:

Nach China (Rolf Berthold, 6. bis 21. Mai)

Nach Vietnam und 18. Okt bis 2. Nov.)
(Rolf Berthold, 17. Sept. bis 3. Okt.)

Nach Portugal zum „Avantel“-Fest
(Frank Bochow, 6. bis 11. Sept.)

Nach Kuba (Heinz Langer, 15. bis 30. Okt.)
Preise und detaillierte Programme sind bei tuk unter 0 30/4 23 33 33 zu erfahren

Streiflichter aus der Wirklichkeit der DDR

Erinnerungen an frühe Jahre

Unter dem Motto „Wie die DDR wirklich war“ will „RotFuchs“ Erlebnisse und Erinnerungen von Zeitzeugen veröffentlichen, die helfen sollen, ein unverzerrtes Bild der DDR zu bewahren und sich damit den Verleumdungen entgegenzustellen, die seit der Konterrevolution kübelweise über sie ausgeschüttet werden. Es geht um den Versuch, in lockerer Folge typische Eindrücke und Begebenheiten aus den verschiedenen Lebensbereichen zu vermitteln. Zum Auftakt sprachen wir mit dem namhaften DDR-Historiker Prof. Dr. Lothar Berthold.

Welches Moment würdest Du, Genosse Berthold, aus dem historischen Umfeld des Entstehens der DDR zuerst nennen?

Das deutsche Volk war zwar nicht in der Lage, aus eigener Kraft den Zweiten Weltkrieg zu beenden, aber es hatte sich ein tiefer Widerwille gegen das Naziregime entwickelt. Viele waren sich damals einig: Lieber ein Leben lang trocken Brot zu essen, als noch einmal die Schrecken des Krieges durchzumachen. Das entsprach auch dem Schwur der Häftlinge des Konzentrationslagers Buchenwald, die sich selbst befreit hatten. Vorstellungen und Pläne für eine antifaschistisch orientierte und demokratisch organisierte Gesellschaft trafen also im Westen wie im Osten auf bereitwillige Köpfe und Hände.

Wie drückte sich das aus?

Beleg dafür waren die schon 1945 begonnene Aufteilung des Großgrundbesitzes an Landarbeiter, werktätige Bauern und Umsiedler sowie der sächsische Volksentscheid über die Enteignung der Nazi-Aktivistinnen und Kriegsverbrecher im Juni 1946 und damit für die Entmachtung der Hauptschuldigen am Faschismus in Deutschland. Damals stimmten mehr als 70 Prozent für die Enteignung. Wobei sich die meisten Großagrarien und Konzernherren durch ihre Flucht schon selbst enteignet hatten. Die Bauern fingen an, den nun eigenen Grund und Boden im Interesse der Volksernährung zu bestellen, und die Arbeiter klaubten Maschinen aus dem Schutt, um die Produktion wieder in Gang zu bringen. Das waren eigene Aktionen der Werktätigen, niemand hatte sie von außen aufgezungen.

Wie ist dabei die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien im April 1946 zu werten?

Ohne die Schaffung einer einheitlichen Partei der Arbeiterklasse hätte es keine an-

tifaschistisch-demokratische Umwälzung, geschweige denn den Weg zur sozialistischen Gesellschaft geben können. Dieser Schritt entsprach einem tiefen Bedürfnis und der persönlichen Erfahrung der erdrückenden Mehrheit der damals 600 000 Sozialdemokraten und 500 000 Kommunisten in der sowjetischen Besatzungszone, aber auch vieler Mitglieder der Arbeiterparteien in den übrigen Teilen Deutschlands. Wer heute, wie die PDS-Führung, von einer Zwangsvereinigung spricht, sagt wider besseren Wissens die Unwahrheit. Natürlich gab es sowohl Kommunisten als auch Sozialdemokraten, die eine Vereinigung für falsch hielten, an ihr nicht teilnahmen oder sich später von ihr abwandten. Das war ihre freie Entscheidung und kein Grund für Verfolgung. Mit juristischen Mitteln mußten jedoch jene Kräfte zur Verantwortung gezogen werden, die im Auftrag des „Ostbüros“ der westdeutschen Schumacher-SPD, der damals größten Spionage- und Sabotageorganisation, den antifaschistisch-demokratischen Aufbau in den ostdeutschen Ländern mit kriminellen Mitteln störten und hintertrieben.

Du hast den 17. Juni 1953 miterlebt. Wie wertest Du seine Charakterisierung als „Volksaufstand“ durch die PDS-Führung?

Das mit dem Volksaufstand ist eine Zwecklüge übelster Art. Gewiß, im Ergebnis der Spaltung Deutschlands, der Embargopolitik gegen die DDR und auch der militärischen Bedrohung sowie der dazu getroffenen Abwehrmaßnahmen war in der DDR eine schwierige Lage entstanden. Ihr sollte durch Beschlüsse entgegengewirkt werden, die unter dem Namen „Neuer Kurs“ bekannt geworden sind. Bevor jedoch diese Beschlüsse umgesetzt werden konnten, nutzten die mehr als 80 von Westberlin aus in die DDR hineinwirkenden Geheimdienste die entstandenen Mißstimmungen. Ein Hauptorganisator sich entwickelnder konterrevolutionärer Bestrebungen war der Westberliner Rundfunksender RIAS, bei dem sich als besonders rühriger Redakteur Egon Bahr hervortat. Ich habe damals mit anderen Genossen in einem Teltower Großbetrieb mit Arbeitern über unendlich viele Probleme diskutiert. Die meisten konnten wir auf der Grundlage der Beschlüsse zum „Neuen Kurs“ klären, ohne daß es in diesem Betrieb zum Streik kam.

Ein Lebenshöhepunkt war für Dich die Ausarbeitung des achtbändigen Werkes über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Wie siehst Du das heute?

Die Arbeit an dieser in ihrer Art in Deutschland einmaligen Gesamtdarstellung hat mein Leben von 1958 bis 1968 bestimmt, und auch nach seinem Erscheinen war ich viel damit beschäftigt. Heute muß man natürlich sagen, daß sich darin der Erkenntnisstand von etwa 1965 widerspiegelt. Schon damals habe ich im Vorwort geschrieben, daß das Werk nicht Abschluß, sondern Auftakt zu neuen Forschungen, Erkenntnissen und Veröffentlichungen sein möge.

Welche Erinnerungen an diese Zeit würdest Du heute hervorheben?

Vor allem die vielen persönlichen Begegnungen mit Walter Ulbricht, der das Autorenkollektiv leitete. Als Sekretär dieses Gremiums hatte ich häufig Gelegenheit, seine Gründlichkeit im Umgang mit der Geschichte, den er einmal seinen „dritten Beruf“ nannte, seine Achtung vor begründeten anderen Meinungen und seine ausgeprägte Rücksichtnahme gegenüber Genossen kennenzulernen, die aus der Sozialdemokratie kamen. Niemals habe ich erlebt, daß er eigene Auffassungen kraft seiner Autorität durchgesetzt hätte – was ihm sicher ein Leichtes gewesen wäre. An der gesamten Arbeit waren etwa 200 Wissenschaftler beteiligt; im Interesse der durchgängigen Lesbarkeit wurde an der Journalistischen Fakultät der Karl-Marx-Universität in Leipzig eigens eine Stilistik-Arbeitsgruppe ins Leben gerufen. Alles, was über ausländische Parteien gesagt worden ist, wurde mit diesen Parteien besprochen und von ihnen geprüft. Mir ist nicht bekannt, daß es auf anderen Gebieten ein ähnlich anspruchsvolles Vorgehen gegeben hätte.

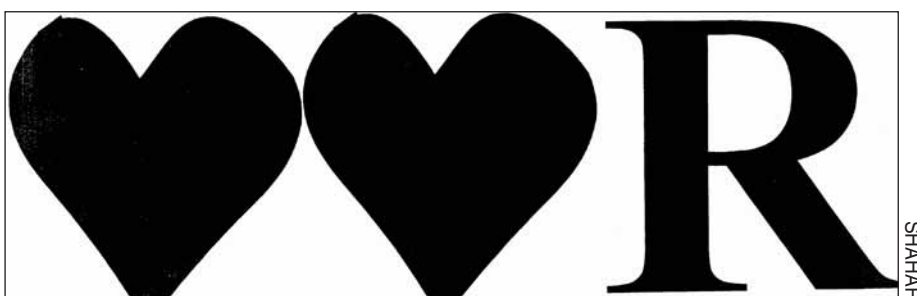
Eine letzte Frage: Hätte die DDR 1989 noch eine Chance gehabt?

Der Lebensnerv jedes sozialistischen Staates ist das politische Ringen um die enge Verbindung zwischen marxistisch-leninistischer Partei und Volk. In dieser Beziehung gab es in der DDR Höhen und Tiefen und vor allem im letzten Jahr Probleme. Aber selbst bei Übereinstimmung der Meinung des Volkes mit der Politik der Partei – gegen die verräterische Preisgabe der DDR durch die Gorbatschow-Clique an die imperialistische BRD hatten wir keine Chance.

Genosse Berthold, vielen Dank für dieses Gespräch. Möchtest Du den „RotFuchs“-Lesern noch ein persönliches Wort sagen?

Ich wünsche dem „RotFuchs“, seinen Lesern und seinem Förderverein viel Erfolg bei seinen anspruchsvollen Vorhaben. Vor allem wünsche ich, daß es der Zeitschrift gelingen möge, in dieser Reihe zahlreiche Erlebnisse und Begebenheiten über das wirkliche Leben in der DDR zu dokumentieren, die für eine künftig zu schreibende Geschichte der DDR als wichtige Quelle dienen können.

Interview: Frank Mühlefeldt



Aus dem Giftschrank der Totalitarismus-Doktrin

Ein infamer Vergleich

Die Studie eines Autorenkollektivs, die 1985 im Berliner Dietz Verlag herausgegeben wurde, trug den Titel „Die Totalitarismus-Doktrin im Antikommunismus. Kritik einer Grundkomponente bürgerlicher Ideologie“. Es handelte sich um eine der letzten umfassenderen Veröffentlichungen, die in der DDR zu dieser Thematik erschienen. Wenn wir heute erleben, wie „SED-Herrschaft“ und Nazi-Diktatur pausenlos im selben Atemzug genannt werden, wobei ihre Gleichsetzung Grundkonsens der herrschenden „Lehre“ ist, dann können wir zur Abwehr solcher Angriffe des Gegners auf praktisch nutzbare Waffen aus dem theoretischen Erbe der DDR zurückgreifen, um diesem Lügenfeldzug zu begegnen.

Die Ursprünge der Totalitarismus-Doktrin reichen bis in die rechte Sozialdemokratie der 20er Jahre zurück. Ausgangspunkt war das von Karl Kautsky 1918/19 als Reflex auf die Oktoberrevolution entwickelte Schema „Demokratie oder Diktatur“. Schon im Juni 1919 legte sich der erste Nachkriegsparteitag der SPD in Weimar auf die Zurückweisung der „Diktatur von rechts und von links“ fest. Dieser vermeintliche Gegensatz – hier „reine Demokratie“, dort Diktatur – bestimmte seitdem die Programmatik und Politik dieser Partei. Einen ersten „Höhepunkt“ erreichten die Verfechter der Totalitarismus-Doktrin 1931, als Otto Wels auf dem Leipziger SPD-Parteitag die These aufstellte: „Bolschewismus und Faschismus sind Brüder“. Wohin das zwei Jahre später führte, ist bekannt.

Um so verwerflicher war es, daß Kurt Schumacher und seine Führungsriege nach der Befreiung vom Faschismus auf genau dieser Linie weitermachten. Schumachers Ausspruch, die Kommunisten seien „rotlackierte Nazis“, schmähte die Hauptkraft des antifaschistischen Widerstandes in Deutschland und wurde zu einem ewigen Schandmal für die SPD.

Auch wenn die Totalitarismus-Doktrin schon bald von Konservativen und Liberalen aufgegriffen und benutzt wurde, bleibt sie doch das originäre Werk rechter Sozialdemokraten. Sie fußt auf militanter Feindschaft gegenüber der proletarischen Revolution und den Kommunisten, besonders den Bolschewiken der Sowjetunion. Indem sie den Zusammenhang von imperialisti-

schem Kapitalismus und Faschismus leugnet, den Klassencharakter der bürgerlichen Demokratie verschleiert und die Grundzüge sozialistischer Demokratie verfälscht, wurde sie ein strategisches Instrument der antirevolutionären Ideologie. Diese Doktrin ist – wie der gesamte Antikommunismus – keineswegs das Resultat der subjektiven Verböhrtheit gewisser Politiker, sondern eine im Laufe von Jahrzehnten pseudowissenschaftlich konzipierte Position, die sich als Waffe im Klassenkampf der Bourgeoisie bewährt hat. Sie dient zur ideologischen Diversion und psychologischen Kriegführung, zur Manipulierung des Massenbewußtseins im Sinne des Imperialismus.

All dies waren fundierte Erkenntnisse der SED. So erstaunt es, in der eingangs erwähnten Arbeit auch auf Passagen zu stoßen, in denen eine Lösung bestimmter Teile der Sozialdemokratie von der Totalitarismus-Doktrin behauptet wird. Und das ausgerechnet in den 80er Jahren der verschärften Konfrontation, die erhöhte Wachsamkeit geboten hätte. Aber es war eben auch jene Zeit, in der „Fachleute“ aus der Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED dem Imperialismus im Grundsatzpapier „Der Streit der Ideologien“ angebliche Friedensfähigkeit bescheinigten. Die Konturen der Auseinandersetzung wurden unscharf, verschwammen. Der Gegner erzielte gerade an der ideologischen Front eine Reihe von Durchbrüchen. Übrigens fand sich einer der Verfasser der Totalitarismus-Studie von 1985 zehn Jahre später im Bundestag wieder: Prof. Dr. sc. Ludwig Elm, der seinerzeit an der Sektion Marxismus-Leninismus der Jenaer Universität tätig gewesen war. Im Bonner Parlament sah er sich nun von Experten in Sachen Totalitarismus-Doktrin umringt. Als Obmann der PDS saß Elm übrigens auch in der berüchtigten Enquete-Kommission zur „Aufarbeitung des SED-Unrechts“. Aufgrund der dort gesammelten Erfahrungen entstand sein Buch „Das verordnete Feindbild/Neue deutsche Geschichtsideologie und ‚antitotalitärer‘ Konsens“ (Papyrossa 2001). Seltsames gegenüber dem 1985 Geäußerten erfährt man dort, z. B., daß „größere Gruppen der Bevölkerung der DDR diskriminiert, entmündigt und fak-

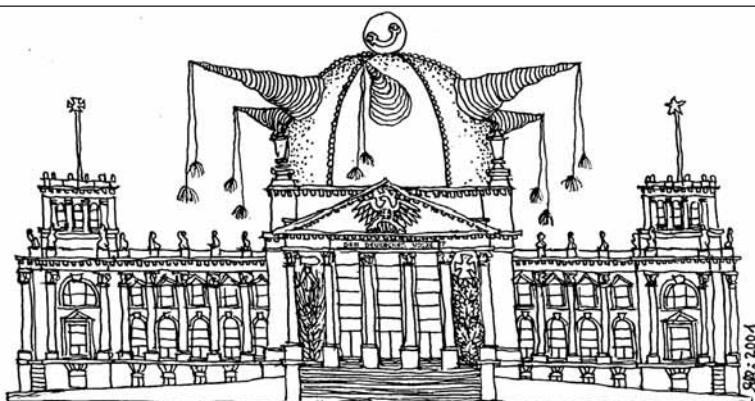
tisch vertrieben wurden“ ... Zugeständnisse an den „Zeitgeist“ oder neue Erkenntnisse? Prof. Elm hat den Klassenstandpunkt offensichtlich verlassen und bemüht sich nun um „Objektivität“. In seinem eher hilflos wirkenden Bestreben, dennoch gegen die totalitäre Flut zu bestehen, lehnt er – was wir ihm zur Ehre anrechnen – jeden Vergleich von Faschismus und Sozialismus ab, da dieser Gleichsetzung bezwecke.

Bei allen Vorbehalten gegenüber der Vergleichsmethode – einiges wäre tatsächlich gegenüberzustellen: die sozialistische Demokratie der DDR mit all ihren Errungenschaften für das werktätige Volk und die bürgerliche Demokratie der imperialistischen BRD, die von Beginn an mit Blutrictern, Nazi-Generälen, Wehrwirtschaftsführern und NSDAP-Ministern gespickt war. Eine „Demokratie“, die 1956 das Verbot der Kommunistischen Partei verhängte, was sonst nur aus faschistischen Diktaturen bekannt ist. Eine „Demokratie“ mit Berufsverboten, Straftaten und Dutzenden bei Demonstrationen, in Gefängnissen oder „auf der Flucht“ getöteten Linken. Ihre Konstitution ist ein Grundgesetz, das – im Gegensatz zu der von der Bevölkerung in allgemeiner, geheimer und direkter Abstimmung beschlossenen DDR-Verfassung – nie vom Volk gebilligt wurde und schon über 100 undemokratische Änderungen erfahren hat. Zu reden wäre auf BRD-Seite auch über die Unterstützung faschistischer und faschistoider Diktaturen in aller Welt. Die DDR hat demgegenüber Solidarität mit sozialen und nationalen Befreiungsbewegungen geübt.

In diesem Vergleich finden sich die Angriffspunkte für einen offensiven Kampf gegen die Totalitarismus-Doktrin. Und schließlich das Entscheidende: Die sozialistische Sowjetunion zu zerschlagen und den Kommunismus auszurotten, war das Hauptziel der Faschisten; aber das Sowjetvolk, seine Rote Armee, Kommunisten und Komsomolzen voran, widerstanden den Nazi-Barbaren unter unermeßlichen Opfern, bis sie den Feind der Menschheit in Berlin zur Strecke brachten und im Osten des Landes auch einem Teil des deutschen Volkes den antifaschistisch-demokratischen Neubeginn ermöglichten.

Es bleibt noch festzustellen, daß die westliche „Demokratie“ – von den Wortführern der Bourgeoisie als „hehrer Wert an sich“ gepriesen – seit vielen Jahrzehnten alle Ausgeburten des Imperialismus hervorgebracht hat: mörderischen Rassismus, terroristische Kolonialdiktaturen, faschistische Unterdrückung, schmutzige konterrevolutionäre Kriege, Napalm, Tigerkäfige auf Guantánamo ... George W. Bush nannte das den weltweiten Kampf „für unsere Art zu leben“.

Gegen diese „demokratische Weltordnung“ bleibt Lenins Urteil über das Wüten der Ebert-Noske-Soldateska im Januar 1919 ein verlässlicher Kompaß: „Am Beispiel der deutschen Revolution überzeugen wir uns, daß die ‚Demokratie‘ lediglich als Deckmantel für bürgerlichen Raub und brutalste Gewalt dient.“ **Werner Hoppe**



EIN NARR, WER ARGES DABEI DENKT!

Grafik: Karlheinz Effenberger

Diskurs über wissenschaftlichen Sozialismus (41)

Der „Kapitalfetischismus“ (II)

Die Grundaussagen von Marx über die Mystifizierung der gesellschaftlichen Verhältnisse lassen sich in sehr vereinfachter Form systematisieren.

1. Mystifizierung aus der Produktion des relativen Mehrwerts. Die Produktion des absoluten Mehrwerts durch Verlängerung der Arbeitszeit stößt rasch an die physische Grenze der Belastbarkeit des Arbeiters und findet daher immer weniger Anwendung in den hochentwickelten kapitalistischen Gesellschaften; anders in Entwicklungsländern. Der relative Mehrwert wird vor allem durch Verbesserung der Maschinerie, die Anwendung moderner Technologien etc. gewonnen. Damit wird das in Technik angelegte Kapital zu einem höchst mystischen Wesen, das über geheimnisvolle Kräfte verfügt, Mehrwert zu erzeugen. Die Ausbeutung der Arbeitskraft als wirkliche Quelle des Mehrwerts wird damit ausgeblendet.

2. Mystifizierung aus der Form des Arbeitslohns. Dieser erscheint als „Wert der Arbeit“, „Preis der Arbeit“, den der Kapitalist bezahlt. Verschleiert wird der Sachverhalt, daß der gezahlte Arbeitslohn nur ein Teil des vom Kapitalisten unentgeltlich angeeigneten Mehrwerts ist. Alle Arbeit, die der Arbeiter im Verlauf eines Arbeitstages leistet, erscheint als bezahlt.

3. Die Mystifizierung durch die Verwandlung von Mehrwert in Profit. Im Profit – gemessen am Gesamtkapital – wird die Quelle des Mehrwerts, das lebendige Arbeitsvermögen des Arbeiters, völlig verdeckt. Alle Teile des vorgeschossenen Kapitals – sowohl (variables Kapital) als auch Produktionsanlagen (konstantes Kapital) erscheinen gleichmäßig als Ursprung des neu erzeugten Wertes. „Der Profit ist daher auch die einzige Form, die das Capital direkt interessiert und in ihm ist die Erinnerung an seinen Ursprung völlig ausgelöscht. Die Verwandlung des Mehrwerths in Profit vollendet daher die Mystification, die das Capital als Selfactor (selbsttätig, automatisch Handelnder) und als Person der Arbeit gegenüber erscheinen läßt ...“ (MEGA II, Abt. 2, Bd. 3, Pkt 4, S. 1457 f.)

Marx verwies somit auf das Problem der Personifizierung von Sachen. Das Kapital tritt dem einzelnen Arbeiter als Person in Gestalt des „Firmenchefs“, Managers oder des einzelnen Kapitalisten, sofern der Eigentümer selbst das Unternehmen leitet, gegenüber, was den Arbeiter zunächst hindert, seine Lage als Klassensubjekt zu erkennen, seinen Kampf gegen das Kapital als Klassenkampf zu führen, d. h. als politischen Kampf.

Geschenk aus Prag

Der tschechoslowakische Kommunist und Wissenschaftler Dr. Karel Pomaizl hat dem „RotFuchs“ ein wertvolles Geschenk gemacht. Er übersandte uns eine Tasche mit ihm in der Zeit der CSSR verliehenen staatlichen und gesellschaftlichen Auszeichnungen und bat, sie an einen Genossen, der Sammler solcher Erinnerungsstücke ist, gegen eine angemessene Spende für unsere Zeitschrift zu vergeben, die er auf diese besondere Weise unterstützen wolle. Wir danken Genossen Dr. Pomaizl für diese uns sehr berührende Geste des proletarischen Internationalismus. Genosse W. Metzger erteilt nähere Auskunft. (Tel.: 030/391 8424)



4. Die Mystifizierung durch Ausgleich des Profits zum Durchschnittsprofit. Mit der Herstellung einer allgemeinen Profitrate und damit eines der Größe des angewandten Kapitals in den verschiedenen Produktionsphären entsprechenden Durchschnittsprofits wird der Profit des einzelnen Kapitalisten nicht allein durch das Quantum unbezahlter Arbeit bestimmt, das er selbst aus den Arbeitern herauspreßt. Die Profite der Kapitalisten stehen nun in keiner Verbindung zu der Arbeit, die sie selbst anwenden. Damit werden der Profit des einzelnen Kapitalisten und der von ihm in seiner Produktionssphäre geschaffene Mehrwert real verschiedene Größen. Auf diese Weise wird das Kapital eine zur Arbeit beziehungslose Quelle des Gewinns. Die wahre Natur und der Ursprung des Profits werden damit für die Arbeiter immer weniger erkennbar.

5. Die Mystifizierung durch den Zins und die Spaltung des Profits in Zins und industriellen Profit (Unternehmergewinn). Der Zins ist Teil des Profits, erscheint aber als eigentliche Frucht des Kapitals, als Fähigkeit des Geldes, sich ohne Reproduktion selbst zu verwerten. Im zinstragenden Kapital erreicht das Kapitalverhältnis daher seine fetischartigste Form.

Der industrielle Profit erscheint im Gegensatz zum Zins als „Arbeitslohn“ des Kapitalisten, „der hiermit mit dem Lohnarbeiter in eine Kategorie fällt, und nur eine besser bezahlte Art von Lohnarbeiter“ darstellt. (Ebenda, S. 1490 f.)

6. Die Vollendung der Mystifizierung in der Trinitarischen Formel. Marx hatte sich mit bürgerlichen Auffassungen auseinanderzusetzen, nach denen die Revenuen (Einkünfte) Profit, Arbeitslohn und Rente unabhängig voneinander den Quellen Kapital, Arbeit und Grundeigentum entspringen, aus denen drei verschiedene Bestandteile des jährlich produzierten Wertes hervorgehen. Da Kapital, Arbeit und Grundeigentum in keinem inneren Zusammenhang stehen, gibt es natürlich auch keinen feindlichen Gegensatz zwischen ihnen. Die Quelle des Profits und der Rente, die Mehrwertschöpfung durch das lebendige Arbeitsvermögen, verschwindet hier völlig. Der Kapitalfetischismus ist vollendet und damit die Mystifizierung der gesamten gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus.

Das Kapitalverhältnis wird ständig komplizierter und für den Arbeiter mysteriöser, da die Produktivkräfte der lebendigen Arbeit immer mehr in das Kapital verlegt erscheinen und darüber hinaus selbst die Produktivkräfte, die aus der gesellschaftlichen Organisation der Arbeit, aus der Anwendung der Wissenschaft in der Produktion entstehen, sich als Produktivkräfte des Kapitals darstellen. Mit der weiteren Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise, bei der das Kapital alle Naturkräfte

und menschlichen Fähigkeiten, weit über den unmittelbaren Produktionsprozeß hinaus, in seine Dienste stellt, wird die Durchschaubarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse für die Arbeiter immer schwieriger, ihre Abhängigkeit vom Kapital immer vollkommener. Mit der Entwicklung zum Monopolkapitalismus und zum staatsmonopolistischen Kapitalismus ergeben sich weitere Mystifikationen, so aus der Form des Monopolprofits und seinen unterschiedlichen Quellen (Ausbeutung und Ruinierung kleiner Warenproduzenten und „Subunternehmer“, Umverteilung des Mehrwerts innerhalb der Kapitalistenklasse zugunsten der Monopole, Ausplünderung anderer Völker durch Kapitalexport und vielfältige Formen des Neokolonialismus). Hierzu zählen insbesondere die Verschuldungsstrategie von IWF, Weltbank und WTO, die Umverteilung des Nationaleinkommens durch den Staat zum Vorteil der Monopole. Mit der weiteren Ausbreitung trans- und multinationaler Konzerne wird die Durchschaubarkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse des Kapitalismus für die Arbeiter noch schwieriger.

Den auf dem Kapitalfetischismus beruhenden Mystifikationen entspricht die Verklärung des bürgerlichen Staates als Vertreter des allgemeinen gesellschaftlichen Interesses, als „freier“ Staat. Die fetischisierten, mystifizierten ökonomischen Verhältnisse sind die Grundlage für die entsprechende Mystifizierung des bürgerlichen Staates. Marx faßte diesen Sachverhalt so zusammen: „Die spezifische ökonomische Form, in der unbezahlte Mehrarbeit aus den unmittelbaren Produzenten ausgepumpt wird, bestimmt das Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis wie es unmittelbar aus der Produktion selbst hervorwächst und seinerseits bestimmend auf sie zurückwirkt. Hierauf aber gründet sich die ganze Gestaltung des ökonomischen, aus den Produktionsverhältnissen selbst hervorwachsenden Gemeinwesens und damit zugleich seine spezifische politische Gestalt. Es ist jedesmal das unmittelbare Verhältnis der Eigentümer der Produktionsbedingungen zu den unmittelbaren Produzenten ..., worin wir das innere Geheimnis, die verborgene Grundlage der ganzen gesellschaftlichen Konstruktion und daher auch der politischen Form des Souveränitäts- und Abhängigkeitsverhältnisses, kurz, der jedesmaligen spezifischen Staatsform finden.“ (MEW 25/799 f.)

Die Verschleierung der gesellschaftlichen Verhältnisse durch den Kapitalfetischismus erzeugt sowohl bei den Kapitalisten als auch bei den Arbeitern ein entsprechend fetischisiertes ökonomisches Bewußtsein, worauf auch ihr politisches Denken beruht.

Ulrich Huar

LESEEMPFEHLUNG:

K. Marx: *Das Kapital*, Bd. III, 32. Kapitel, Zins und Unternehmergewinn, MEW 25/383-403.

Berichtigung:

Durch ein Versehen der Redaktion hat sich im Beitrag Nr. 49 (Februar-Ausgabe) des Genossen Huar ein Fehler eingeschlichen. In der 2. Spalte, 2. Absatz, 4. Zeile von unten lies statt Qualität: Quantität.

Was die 16jährige Tanja Kohlsmann in Moskau erlebte

Dritte bei der Russisch-Olympiade

Tanja Kohlsmann (16), in dem kleinen Ostseestädtchen Barth zu Hause, nahm im vergangenen Jahr an der Internationalen Russisch-Olympiade in Moskau teil und kehrte mit einem dritten Platz heim. „RotFuchs“ fragte sie nach Erlebnissen und Eindrücken.

Du bist als Mitglied einer BRD-Delegation nach Moskau gefahren?

Ja, die Delegation umfaßte 25 Schüler aus der ganzen BRD. Die vorausgegangenen Schul-, Kreis- und Landesausseide waren so angelegt, daß aus jedem Bundesland zwei Teilnehmer hätten fahren können – aber aus Bayern war z. B. niemand dabei. Insgesamt beteiligten sich etwa 400 Schüler aus rund 40 Ländern.

Hat man Chancen, mit dem im Unterricht erworbenen Schulwissen bei solchen Wettbewerben ganz vorne zu landen?

Im großen und ganzen schon. Ich hatte das Glück, daß mir meine Russisch-Lehrerin monatelang Nachhilfe gegeben hat. Da ging es vor allem ums Sprechen, also um die Beherrschung und Anwendung des Schulstoffs. Das war dann in Moskau ganz wichtig, weil die Prüfung in erster Linie mündlich erfolgte; wir mußten uns mit dem erworbenen Vokabelschatz verständlich und umfassend zu den gestellten Themen äußern.

Und wie sind die deutschen Teilnehmer da im internationalen Vergleich zurecht gekommen?

Gar nicht so schlecht. Keiner von uns hatte weniger als 80 Punkte (von 100 möglichen). Dagegen bekam z. B. ein Mädchen aus Großbritannien nur 53.

Also ist die Sache mit der „PISA“-Studie doch nicht so schlimm?

Das kann ich so nicht sagen. Wenn da ein beliebiger Durchschnitt von Schülern gefordert worden wäre, hätte das Ergebnis wohl ganz anders ausgesehen. Wer unbedingt will, kann schon etwas lernen. Schlimm ist nur, daß viele nicht wollen, das Lernen nicht ernst nehmen, gleichgültig bleiben, auch wenn es schlechte Noten gibt.

Woran mag das liegen?

Ich denke mir, weil keine Lebensziele sichtbar sind, für die zu lernen sich lohnen würde.

Einwurf von Vater Axel:

Barth ist eine sterbende Stadt, die ihren jungen Bürgern keinerlei Perspektive bieten kann. Seine Blütezeit lag in der DDR, als es bei uns einen Betrieb mit 2 000 Beschäftigten gab, der seine Fischmehlanlagen in die ganze Welt verkaufte. Oder einen Gärtnereibetrieb mit der größten Glasfläche in Europa, außerdem eine Möbelfabrik, eine Werft und eine Fischkonservenfabrik, die die ganze DDR belieferte. Von allem ist so gut wie nichts mehr übrig. Die meisten

Einwohner der Stadt leben heute von Arbeitslosengeld, Rente oder Sozialhilfe. Arbeitsplätze mit Aufgaben von überörtlicher Bedeutung gibt es kaum noch – auch vom Tourismusgeschäft bleiben für Barth höchstens ein paar Brosamen.

Tanja:

Aus meiner Klasse will niemand in Barth bleiben, alle möchten weg, am liebsten in den Westen. So gesehen, enthält die „PISA“-Studie wohl nicht so sehr eine Kritik unserer Schulen, sondern in erster Linie des ganzen Systems. Ich glaube auch nicht, daß diese Gesellschaft einen echten Ausweg zustande bringen kann. Deshalb will ich mich dem Kommunistischen Jugendverband, der sich in Neugründung befindet, anschließen.

Da gibt es wohl auch für solche Projekte wie die Russisch-Olympiade kein staatliches Engagement?

Zumindest nicht viel. Als es um die Vorausseide ging, hörte ich, daß dies ja Fahrgeld-

kosten für die Schule verursache. Und die Organisation der ganzen Sache wurde vor allem vom Bundesverband der Russisch-Lehrer bzw. in Moskau von einer entsprechenden internationalen Organisation, also einem freiwilligen Zusammenschluß Interessierter, getragen. Wie dort die staatliche Mithilfe geregelt ist, weiß ich nicht. Aber immerhin hat die Frau des russischen Präsidenten eine freundliche Eröffnungsrede an uns gerichtet.

Wie bist Du nach Deinem Medaillengewinn empfangen worden?

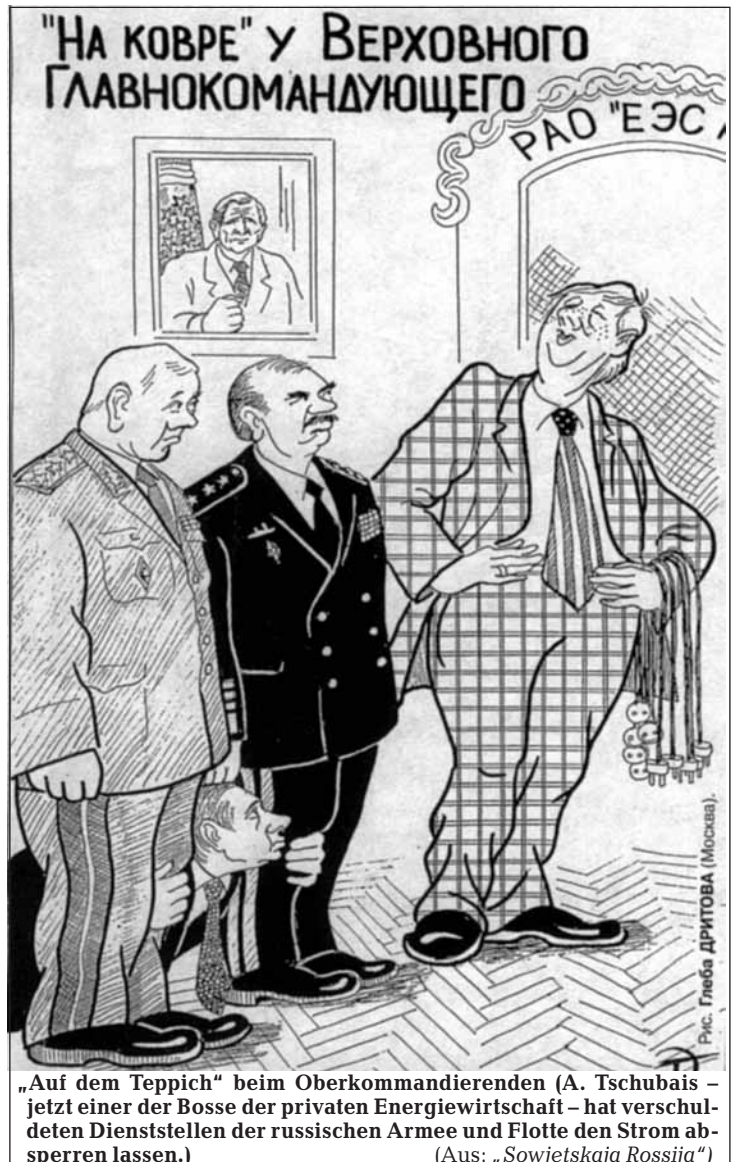
Es war zwar kein großer Bahnhof, aber einen Empfang gab es schon. Von meiner Klassenlehrerin bekam ich Blumen, in

der ersten Stunde nach meiner Rückkehr mußte ich ausführlich erzählen und wiederholt auch in anderen Klassen eine ganze Stunde lang berichten. Die „Ostsee-Zeitung“ sowie ein Lübecker Regionalblatt haben ausführlich darüber geschrieben.

Welche persönlichen Eindrücke werden bleiben?

Zuallererst die unbeschreibliche Herzlichkeit unserer Betreuerinnen Katja und Anja und überhaupt aller Russen, mit denen wir zu tun hatten. Jede freie Minute sind wir in der Stadt herumgestromert. Und dann die Bauwerke, der Kreml, die allenthalben anzutreffenden Symbole und Bildwerke der Sowjetunion. Das Marx-Engels-Denkmal, das Lenin-Mausoleum, die Spiegelung der GUM-Fassade auf seinem Marmor, die ewige Flamme im Alexander-Garten, ein riesengroßes Lenin-Relief auf einer U-Bahn-Station. Da könnte ich mich schon zu Hause fühlen. Und das Moskauer Eis! Dafür gibt es keine Worte.

Interview: Frank Mühlefeldt



„Auf dem Teppich“ beim Oberkommandierenden (A. Tschubais – jetzt einer der Bosse der privaten Energiewirtschaft – hat verschuldeten Dienststellen der russischen Armee und Flotte den Strom absperrern lassen.) (Aus: „Sowjetskaja Rossija“)

Warum Polens „linke“ Führung den Papst umgarnt

Prinzipienlosigkeit als Prinzip

Anfang des Jahres überraschte Premier Leszek Miller die polnische Öffentlichkeit mit der Nachricht, daß er den Papst für dieses Jahr nach Polen eingeladen habe. Für deutsche Leser mag das nichts Ungewöhnliches sein, für Polen hat das aber fast die gleiche Bedeutung wie die unterwürfige PDS-Erklärung zur Berliner Koalition.

Zu Zeiten des sozialistischen Polens waren die Papstbesuche für die Warschauer Partei- und Staatsführung ungewollt, unangenehm und mit großen politischen und finanziellen Belastungen verbunden. Da man aber einem Polen einen Heimatbesuch schlechterdings nicht abschlagen konnte, machte man immer gute Miene zum bösen Spiel.

Der Papst war kein Freund Volkspolens. Als Bischof, später Kardinal, leitete Karol Wojtyła die bedeutende Kirchenprovinz Kraków. Er konnte durch eine geschickte antisozialistische Politik und besonders leutseliges Auftreten unter der dortigen Bevölkerung Punkte sammeln. Daher scheiterten die Versuche der Staatsmacht, ihn gegen den alten antikommunistischen Kirchenführer Kardinal Wyszyński auszuspielen. Auf die Nachricht von seiner Wahl zum Papst reagierte der damalige 1. Sekretär des ZK der PVAP, Edward Gierek, spontan mit: „Oh, mein Gott!“ In Parteikreisen war man aber eher zufrieden damit, daß Wojtyła nunmehr im fernen Rom und nicht im nahen Kraków residierte. Von seinen Polen-Besuchen hingegen war man verständlicherweise nicht begeistert. Zu Recht befürchtete die polnische Führung dadurch eine Stärkung des Klerus der katholischen Kirche, dessen reaktionären und unverschämten Ambitionen nur mit Mühe Einhalt geboten werden konnte.

Dreimal war der Papst in Volkspolen zu Besuch. An seine Visiten und Auftritte wurden vor allem im Westen allerlei Erwartungen geknüpft und deren Bedeutung über Gebühr interpretiert. Auch führende linke Politiker neigten zu derartigen Übertreibungen. So wies Wojciech Jaruzelski dem ersten Papstbesuch 1979 die Rolle einer „Initialzündung“ für die konterrevolutionären Ereignisse von 1980/81 zu. Das kann man – bei allem Respekt für den General – nicht so stehen lassen. Ursachen und Anlässe lagen ganz woanders, wie zu jener Zeit von der Parteiführung an nähernd richtig eingeschätzt werden konnte. Derartiges zu leisten war selbst für diesen Papst unmöglich. Allerdings vermochte sich die katholische Kirche durch seine Einmischung offiziell als „zweite politische Kraft“ zu etablieren. Der Papst verschaffte kleinkarierten Reaktionären wie Walesa politisch-moralischen Rückhalt, machte sie hoffähig und verlieh ihren Postulaten Scheinlegitimität. Als die Konterrevolution 1981 zerschlagen wurde, rief er andererseits zu Ruhe und Besonnenheit auf, wodurch er der Staatsmacht einen wertvollen Dienst erwies. Seine Unterstützung für rechte Umstürzler gab er jedoch niemals auf. Später setzte er sich erfolglos für die Wiederzulassung der antisozialistischen „Solidarnosc“ ein und attackierte bei seinen Polen-Besuchen vehement die Ideologie und Politik seiner Gastgeber.

Die Papstvisiten nach der siegreichen Konterrevolution von 1989/90 verliefen nicht so, wie sie sich der Oberhirte vorgestellt hatte. Inzwischen setzte statt des erhofften größeren Zulaufs in die Kirchen ein noch nie dagewesener passiver Widerstand gegen die wachsende Klerikalisierung aller Bereiche des gesellschaftlichen Lebens ein. Den „befreiten“ Massen war nicht nach Mittelalter zu-

mute. Sein Besuch 1991, als Siegeszug über den „atheistischen Staat“ gedacht, befriedigte den Papst daher nicht, zumal Wochen zuvor erstmals in der polnischen Geschichte Tausende gegen kirchliche Bevormundung demonstriert hatten. Mit Verbitterung nahm er hin, daß zwei Jahre später wieder die „gottlosen Linken“ die Regierung stellten. Bald wurde auch der katholisch-devote Walesa durch den zwar zu „westlichen Werten“, aber nicht zum Katholizismus konvertierten Kwasniewski, ein früheres Mitglied des ZK der PVAP, im Präsidentenamt abgelöst.

Auch bei seinen nächsten Besuchen mußte der Papst konstatieren, daß die politische Macht, die sich die Kirche angemaßt hatte, von immer breiteren Schichten der Gesellschaft infrage gestellt wurde. Dennoch ward er nicht müde, wieder seine Sicht einer „polnischen katholischen Gesellschaft“ zu propagieren: striktes Verbot von Abtreibung und Verhütung, moralische Aufsicht der Kirche über das Bildungswesen, praktisches Berufsverbot für Ehefrauen, Ächtung des vor- und außerehelichen Geschlechtsverkehrs usw. Da seiner Meinung nach nur ein gläubiger Mensch vollwertig ist, lief das praktisch auf Konfessionszwang hinaus. Toleranz gegenüber Atheisten dürfe nicht geübt werden.

Diese „Botschaften“ wurden von den meisten Katholiken überhört oder nicht ernst genommen, zumal er sie niemals so direkt äußerte. Ihr Papst war Pole und allein das zählte. Deshalb wurde er von der Mehrheit geliebt und geachtet. Der größere Teil der polnischen Gläubigen weiß zwar, daß der Papst sehr konservativ ist, doch seine antiquierten gesellschaftlichen Vorstellungen sind ihnen kaum bekannt. Nach seiner Ansicht entspringen die Ursachen für Elend und Not nicht den sozialen Verhältnissen, sondern ergeben sich aus fehlender Religiosität. Nur tiefes Gottvertrauen und ständiges Beten könnten da Abhilfe schaffen. Den Kapitalismus verurteilt er verbal vor allem wegen seines „Konsumdenkens“. Streben nach materieller Sicherheit und Wohlstand ist ihm deshalb suspekt, weil es die Gläubigen der Kirche entfremdet. Nicht von ungefähr genießt der Papst in Ländern mit himmelschreiender Armut und Bildungsnotstand den größten Zulauf. Doch jegliche Veränderung der sozial-ökonomischen und politischen Verhältnisse gilt ihm als „Teufelswerk“, vor allem dann, wenn sich Atheisten dazu anschicken. Karol Wojtyła hat die positive Hinterlassenschaft seines großen Vorgängers Johannes XXIII. weitgehend zunichte gemacht. Seine Kirche ist nun wieder politisch reaktionärer und somit dem veränderten Kräfteverhältnis nach der „Großen Kapitalistischen Konterrevolution von 1989/90“ angepaßt worden.

Die polnische Linke hatte es nach dem Umsturz verstanden, die antiklerikalen Stimmungen der meisten Polen politisch für sich zu nutzen, was sich in einem ständigen Wählerzulauf äußerte. Die Demokratische Linksunion (SLD) war das antiklerikale Zentrum des Landes. Sie trug maßgeblich dazu bei, eine bis dahin nie dagewesene Offensive der klerikalen Reaktion abzubremesen. Das scheint nun nicht mehr der Fall zu sein. Denn das polnische Gegenstück zur PDS buhlt seit geraumer Zeit um die Gunst der Kirchenführung, des Episkopats und des Vatikans. Schon beim letzten Besuch des Papstes machte Kwasniewski, jetzt „Präsident aller Polen“, dem Heiligen Vater deutlich, daß er mit dem verflorbenen „totalitären“ Re-

gime nichts mehr am Hut habe. Das Geheimnis dieses Gesinnungswechsels heißt EU. Aber der von der SLD betriebene schnelle Anschluß an „Europa“ stößt in Polen auf Schwierigkeiten. Für das geplante EU-Referendum gibt es keine sichere Mehrheit. In den letzten Jahren waren 55 % dafür. Jetzt sind es zwar nach CBOS-Umfragen sogar 60 %, doch zwischen 57 und 81 % sprechen sich gegen wesentliche Beitrittskriterien aus, was somit auch diese Mehrheit fraglich erscheinen läßt. Die meisten EU-Anhänger gibt es unter den Wählern der SLD und der nichtklerikalen rechten Staatsbürgerlichen Plattform (PO), die meisten Gegner unter den Anhängern der beiden Bauernparteien (SO und PSL) und der klerikalen LPR. Deshalb setzt die Linke nun auf die Kirche. Völlig ungewohnt für deren Wähler war die Versicherung von Premier Miller – ebenfalls ein früherer Spitzenpolitiker der PVAP -, auch das Episkopat habe den EU-Beitritt befürwortet. Nie zuvor in Polens Vergangenheit hatten sich Linke auf die katholische Kirche berufen. Den Vogel schoß der Regierungschef bei seinem ersten Papstbesuch ab, als er klipp und klar erklärte, die neue Papstvisite solle die Reihen der EU-Befürworter beim Referendum stärken. Das proklerikale Entgegenkommen der SLD geht sogar so weit, ein auf den Nägeln brennendes Wahlversprechen nun bewußt nicht einlösen zu wollen. Jahrelang wurde in Aussicht gestellt, daß bei einem Wahlsieg der Linken das Abtreibungsverbot fallen werde. Nun will die SLD das Problem gar nicht erst angehen, um einen „Krieg mit der Kirche“ zu vermeiden (Regierungssprecherin). Die bürgerlichen Medien konstatierten hämisch, dies sei ein hoher Preis für die EU-Unterstützung durch die Kirchenführung.

Die Hinwendung zu den politisch Schwarzen dürfte die SLD in Zukunft viele Stimmen kosten, denn auch in Polen werden Wendehälse verachtet, Standhaftigkeit aber respektiert man. Darüber hinaus dürfte die bisherige Bilanz der neuen Linksregierung kaum den Erwartungen ihrer Wähler entsprechen. Mit der Übernahme der vom „Solidarnosc“-Kabinett geleerten Staatskassen fallen versprochene soziale Verbesserungen unter den Tisch. Statt dessen stehen Preis- und Tarifierhöhungen ins Haus. Regierungsstabilität ist auch nicht in Sicht, da der bäuerliche Koalitionspartner PSL eher EU-feindlich eingestellt ist. Die kürzlich veröffentlichten CBOS-Umfrageergebnisse erteilen den führenden „linken“ Staatsmännern keine guten Noten. Zum „Politiker des Jahres“ wurde zwar wieder Präsident Kwasniewski gekürt, doch nur noch von einem Drittel der Befragten. Premier Miller erhielt ganze 4 %. Für den Wahlgewinner des vergangenen Jahres ist das eine deftige Niederlage. Gut abgeschnitten hat hingegen der Globalisierungsgegner Andrzej Lepper. Auch wenn er nur 8 % erreichte, steht er doch an zweiter Stelle und das, nachdem er sich erst jüngst mit der hiesigen PDS überworfen und die gesamten Medien gegen sich aufgebracht hat. Antikapitalistische Totalopposition wird hierzulande also noch honoriert.

Gerade das zeigt aber auch, daß die prokapitalistische Konzeption der SLD und die Hinwendung ihrer Führer zum reaktionärsten Teil der polnischen Gesellschaft objektiv immer dringender die Frage nach einer einflußreichen marxistisch-leninistischen Partei stellen wird. **Stefan Warynski, Warschau**

Kolumbiens USA-hörige Regierung verstärkt antikommunistischen Terror

Hände weg von PCC und FARC!

In Teilen Lateinamerikas geraten staatlich organisierte Überfälle auf Kommunisten wieder in Mode. Nach der brutalen Polizeiaktion gegen die KP Chiles in Santiago – wir berichteten in unserer Februar-Ausgabe darüber – haben jetzt die Repressivorgane Kolumbiens ihren latenten Terror gegen die Kommunistische Partei (PCC) verstärkt. Parallel zu einer Großoffensive der von USA-Instrukteuren abgerichteten kolumbianischen Armee zur „Befriedung“ der durch die Revolutionären Streitkräfte (FARC) kontrollierten Regionen unternimmt die Polizei im Regierungsauftrag Hausdurchsuchungen und Festnahmen bei und von Kommunisten. Vor allem in der Hauptstadt Bogotá. Auch die Wohnungen mehrerer Redakteure der PCC-Wochenzeitung „Voz“ waren das Ziel von Razzien. In inquisitorischer Manier wurde besonders nach marxistisch-leninistischer Literatur gefahndet.

Das ZK der PCC hat in einem dringenden Appell an die Öffentlichkeit Protest erhoben und gefordert, die Aktionen zur Einschränkung der Legalität der Partei und zur Zerschlagung der FARC unverzüglich zu beenden.

R. F.
(Gestützt auf „People's Weekly World“, New York)



Nieder mit der Okkupation palästinensischer Gebiete!

Erklärung des Israelischen Kommunistischen Forums

In den letzten Wochen haben die israelischen Friedenskräfte ihre Aktivitäten verstärkt. Das zeigte sich bei den Massenmanifestationen der vergangenen Sonnabende. Viele Tausend Friedensaktivisten füllten die Straßen und Plätze und riefen dazu auf, die aggressive Politik der israelischen Regierung zu stoppen und die Okkupation palästinensischer Gebiete zu beenden. Die Kundgebung vom 9. Februar, an der die beständigsten Friedenskräfte aus 28 Bewegungen teilnahmen, war durch die eindrucksvolle Anwesenheit von Armeereservisten geprägt, die sich weigern, ihren Dienst in den besetzten Territorien zu verrichten. Das Israelische Kommunistische Forum bringt seine volle Unterstützung für jene zum Ausdruck, die aus Gewissensgründen den Armeedienst in den okkupierten Gebieten verweigern. Der neuen Initiative, die unlängst von über 50 Reserveoffizieren und Soldaten ergriffen wurde, haben sich inzwischen fast 200 Reservisten angeschlossen, was einen breiten öffentlichen Widerhall gefunden hat. Sie rückte die Debatte über die Okkupation und deren Morbidität in den Vordergrund. Während die Initiative von vielen Armeeangehörigen begrüßt wurde, rief sie beim Generalstab hysterische Ausbrüche hervor. Ohne Zweifel kommt der Impuls dazu von der aggressiven Politik der Scharon-Peres-Regierung, die mehr als je zuvor auf brutale Weise beweist, daß sie kein Interesse an irgendeiner Übereinkunft mit den Palästinensern hat. Nach einer relativ kurzen Periode der „Auszeit“ kriegsähnlicher Aktivitäten ist die Regierung zur Politik der Liquidierungen zurückgekehrt, genauestens wissend, daß dies mit einer erneuten Eskalation beantwortet wird, mit der Entfaltung von blu-

tiger Vergeltung und Gegen-Vergeltung, deren Opfer sowohl arabische Palästinenser als auch jüdische Israelis sind.

Israels Staatsterror sowie die Okkupation stellen die Hauptquelle und die Ursache für andere Akte des Terrors dar. Nur die vollständige Beseitigung dieser Ursache wird die verurteilenswerten Taten des wechselseitigen Terrors beenden, die zum Verlust des Lebens unschuldiger Menschen führen. Das Israelische Kommunistische Forum verurteilt auch die USA-Administration. Einige ihrer Führer haben sich – wie der israelische Kriegsminister Ben-Eliezer nach seinem Besuch in Washington enthüllte – auf die Seite der am meisten nationalistischen Extremisten der israelischen Ultrarechten begeben. Die USA-Regierung trägt die Hauptverantwortung für die derzeitige gefährliche Verschlechterung der Lage in unserer Region. Ihre radikalen antipalästinensischen Positionen stoßen in der mittelöstlichen Region wie in der Welt insgesamt auf wachsende Ablehnung, darunter auch bei einigen Verbündeten der USA in Europa.

Die Politik der militärischen Eskalation der israelischen Regierung wird von einem seit Jahrzehnten beispiellosen ökonomischen und sozialen Niedergang begleitet. Die Arbeitslosenrate wuchs auf über 10 %. Fast täglich schließen Betriebe. Ganze Zweige befinden sich am Rande des Bankrotts. Die nationale Währung verliert ihren Wert. Ihre ständige Abwertung verursacht eine Verschlechterung der Lebensbedingungen Hunderttausender von Familien, die monatliche Mieten, Hypothekenzinsen und andere Verpflichtungen zu zahlen haben, welche gewöhnlich an den Dollar-Tauschkurs gebunden sind. Getroffen werden vor allem

die einkommensschwächsten und am meisten verarmten Schichten. Renten, Kinderzuschläge und ähnliche Vergünstigungen wurden trotz der Inflation eingefroren. Zum gleichen Zeitpunkt fließen Milliarden und Abermilliarden in zusätzliche Budgetausgaben für immer mehr Bewaffnung, für die Errichtung und Ausweitung der kolonialistischen Siedlungen im besetzten Palästina und andere mit der Okkupation zusammenhängende Ausgaben.

Wir rufen dazu auf, die Prioritäten völlig zu ändern und für Bewaffnung und Militärökupation bestimmte Mittel in Sozialausgaben, Erziehung und Gesundheit zu stecken. Wir rufen auf zur Verstärkung des öffentlichen Kampfes gegen die Okkupation und für einen gerechten Frieden auf der Basis „Zwei Staaten für unsere zwei Völker!“ entsprechend dem Grenzverlauf von 1967, einschließlich der sich daraus ergebenden Neuteilung Jerusalems. Wir fordern die Lösung des palästinensischen Flüchtlingsproblems im Sinne der Vorgaben der UN-Resolutionen. Wir rufen auf zur Verstärkung des Kampfes gegen die antisoziale Politik der Regierung, die die Situation der arbeitenden Massen, der Alten und der Jugend verschlechtert.

Wir wenden uns an die Friedenskräfte der ganzen Welt, aktive Solidarität mit dem gerechten Kampf des arabisch-palästinensischen Volkes für die Durchsetzung seiner nationalen Rechte und mit den israelischen Friedenskräften auszudrücken, die gegen die Regierungspolitik der Okkupation und militärischen Unterdrückung des palästinensischen Volkes kämpfen.

Übermittelt von Hans Lebrecht, Kibbutz Beit-Oren, Israel

Warum eine eurozentristische Sicht den Blick trübt

Der gute Mensch von Sichuan

Wie recht hat Rolf Berthold mit seiner im Januar-„RotFuchs“ geäußerten Meinung, China nur mit „Blick auf das Ganze“ zu beurteilen! Das möchte ich dick unterstreichen.

Selbst Wirtschaftswissenschaftler der BRD, die längere Zeit – mit offiziellem Auftrag – in der VR China tätig waren, geben zu, daß man sich in Westeuropa und speziell in Deutschland schwer damit tut zu begreifen oder begreifen zu wollen, was sich da Gewaltiges entwickelt. Vor allem meint so mancher euro- oder germanozentristisch, China hätte sich gefälligst am Westen zu orientieren. Wieso eigentlich?

Ich kann nur zu bedenken geben: In der VR China wird unter Führung der Kommunistischen Partei eine sozialistische Gesellschaftsordnung nicht nur im Maßstab eines Landes, sondern eines Subkontinents, der nur wenig kleiner als ganz Europa ist, angestrebt! Hinsichtlich der Bevölkerungszahl geht es um bald ein Viertel der Menschheit! Um diese Dimensionen etwas begreiflicher zu machen: Wenn die SED politische Verantwortung für die Geschichte von etwa 17 Millionen Einwohnern der DDR übernommen hatte, so steht allein die Parteiorganisation Beijings (Pekings) der KP Chinas für etwa zwölf Millionen Hauptstadtbewohner ein, also vergleichsweise rund zwei Drittel der Bevölkerung des ersten sozialistischen Landes auf deutschem Boden.

Oder nehmen wir die Provinz Sichuan im Südwesten der Volksrepublik. Sichuan kann mit dem Namen dieser Region etwas anfangen: Im Berliner Ensemble wurde jahrelang Brechts „Der gute Mensch von Sechuan“ gespielt. Die Provinz mit etwas mehr Einwohnern als die gesamte heutige BRD (86 Millionen) und einer Fläche von 485 000 qkm ist zwar enorm groß, wirtschaftlich aber noch schwach.

Wie ist hier die Lage? Welche Probleme sind zu meistern?

Wer in der DDR öffentliche Verantwortung trug oder aktiv am gesellschaftlichen Leben teilnahm, kann sich leichter in die Situation der Leiter versetzen (wobei allerdings hinzukommt, daß die geographischen und klimatischen Bedingungen weit komplizierter sind als mitteleuropäische!). Das Bruttosozialprodukt pro Kopf der Bevölkerung beträgt hier nur zwei Drittel des Durchschnitts der VR China. Es soll aber bis zum Jahre 2010 an das mittlere Niveau des Landes herangeführt werden. Als Hauptprobleme wurden von Zentral- und Provinzregierung erkannt: Ausbau der Infrastruktur, komplexes Umweltschutzprogramm, Neustrukturierung der Wirtschaft, Entwicklung von Wissenschaft und Bildung, Vertiefung der Reformen und Öffnung nach außen.

Was gibt es im einzelnen zu berichten?

Sichuan hat als erste Provinz Chinas das Roden von Naturwald gestoppt und begonnen, landwirtschaftliche Nutzflächen gezielt wieder aufzuforsten, um der Bodenerosion Einhalt zu gebieten. Im Jahr 2000 wurden 200 000 ha Farmland in Wald umgestaltet; 2001 sollten weitere 133 000 ha hinzukommen.

Sichuan besitzt 43 Hochschulen mit 1,2 Millionen Studenten. Die Provinzregierung will die Hochschulabschlüsse jedoch besser auf die gesellschaftlichen Bedürfnisse der Region ausrichten: Elektronik, Informatik, Energetik (3-Schluchten-Stau-

damm-Projekt am Jangtse-Fluß!), mechanische Metallurgie, Nahrungsmittelerzeugung, Getränkeproduktion, Pharmazie, Chemie und Tourismus.

51 der 56 ethnischen Gruppen Chinas sind in Sichuan vertreten. Das Bildungs- und Erziehungswesen unter den kleineren von ihnen ist noch ungenügend entwickelt. In einigen Teilen der Provinz kann der allgemeine 9-klassige Unterricht vorerst nicht verwirklicht werden. Deshalb will Sichuan in den kommenden zehn Jahren 3 Milliarden Yuan (262 Mio Dollar) in die Volksbildung stecken.

Die Provinzregierung ist bemüht, Erfahrungen bei der Verbindung von Plan- und Marktwirtschaft zu sammeln und positiv zu nutzen. Wir sollten nicht vergessen, daß die VR China – von Kuba, der KDVR und Vietnam abgesehen, zu denen sie erfreuli-

cherweise gute Beziehungen entwickelt – zwangsläufig nur mit kapitalistischen Kräften (Konzernen, Finanzinstituten, Staaten) in kommerzielle und internationale Beziehungen treten kann, wenn sie ihr Programm der Modernisierung der Wirtschaft in den nächsten fünf Jahrzehnten realisieren will. Die Lage ist diesbezüglich seit 1989/1991 keineswegs leichter geworden. Dieses hier nur angedeutete komplexe Entwicklungsprogramm Sichuans – eingebettet in das gesamtgesellschaftliche Konzept der Errichtung der Grundlagen des Sozialismus bis zum 100. Jahrestag der Volksrepublik China (2049) – ist allein unter der Orientierung und praktischen Führung durch die KP zu verwirklichen. Gäbe es diese nicht, wäre alles Illusion.

Eike Kopf, Peking

Washington drängt Seoul zu 11-Milliarden-Waffenkauf

Pjôngjang im Visier

Südkorea, der drittgrößte Waffenkäufer in der Welt, bringt seine Luftstreitkräfte auf den neuesten Stand. 40 ultramoderne Kampffjets sollen bis 2008 angeschafft werden. Um den Zuschlag des 11-Milliarden-Dollar-Auftrags bewerben sich Rüstungsfirmen verschiedener Länder. Die Franzosen boten die „Rafale“ ihres Dassault-Konzerns an, der „Typhoon 2000“ des aus vier europäischen Ländern gebildeten Eurofighter-Konsortiums war im Rennen, auch – eher abgeschlagen – die russische Sukhoi-35. Von Beginn an aber besaß Boeing mit der als „Eagle“ bezeichneten F-15K – vor allem auch aufgrund massiver Druckausübung der Konzernspitze wie des Pentagon – die besten Aussichten, obwohl Vertreter der südkoreanischen Streitkräfte zu der fortgeschritteneren französischen Maschine neigten.

„Politische und militärische Gründe“ seinen ausschlaggebend, erklärte Seoul. Immerhin beziehe Südkorea seit fünf Jahrzehnten 80-90 Prozent seiner Rüstungsgüter aus den Vereinigten Staaten. Deshalb müsse es mit der übrigen Bewaffnung der eigenen Armee und der auf seinem Territorium stationierten 37 000 USA-Soldaten „kompatible“ Flugzeuge anschaffen, verlautete aus Kreisen des Combined Forces Command, wie das von einem USA-General befahlte gemeinsame Truppenkommando der Amerikaner, der Südkoreaner und der

seit 1950 in Korea stationierten „UNO“-Verbände heißt. Auf der bilateralen Jahrestagung zu Sicherheitsfragen im November 2001 wies USA-Verteidigungsminister Rumsfeld die Vertreter Südkoreas noch einmal eindringlich auf die „Vorzüge“ der Boeing-Kreation hin. Einer seiner Stellvertreter, Douglas Feith, fügte hinzu: „Wir glauben, daß die F-15K das am besten angepaßte Flugzeug ist.“

Natürlich handelt es sich bei den Aufrüstungsbestrebungen Seouls nicht um eine isolierte Modernisierung. Das Angriffsziel der Maschinen, deren Kauf nach der jüngsten Bush-Inspektion am 38. Breitengrad (19./20. 2. 02) perfekt sein dürfte, ist einzig und allein die KDVR. Boeing lobt den „Eagle“ als Blindflug- und Allwettermaschine, die besonders auch zum „Angriff auf Raketenstellungen des Gegners“ geeignet sei. Kein Zweifel: Der bis an die Zähne gerüsteten südkoreanischen Armee fällt im Bush-Szenario möglicher Präventivschläge gegen die Staaten der imaginären „Axe des Bösen“, wie der amoklaufende USA-Präsident seine nächsten Aggressionsopfer bezeichnet, eine besondere Rolle zu. Beim Staatsbesuch in Seoul dürfte er allerdings bemerkt haben, daß sein mörderischer Kurs auch in Südkorea auf immer heftigeren Widerstand stößt.

R. F.
(Gestützt auf „Solidaire“, „Asia Times“ und „Korea Times“)

30 Parteien – unter ihnen Vertreter der KKE – berieten in Brüssel Seminar über Korea

Am 9. Februar 2002 hat in Brüssel ein von der Partei der Arbeit Belgiens (PTB) gemeinsam mit der Partei der Arbeit Koreas veranstaltetes Seminar über Korea stattgefunden. Unter den 30 teilnehmenden Parteien befand sich auch die KP Griechenlands, unter den 24 anderen, die Grußbotschaften übermittelt hatten, registrierte man die Portugiesische KP, die Union Kommunistischer Parteien – KPdSU und die KP Böhmens und Mährens. Aus Deutschland war eine Delegation der KPD zugegen.

Die Beratung von hoher Aktualität, deren Ehrenpräsidentschaft der KDVR-Botschafter in Paris übernommen hatte, erhielt angesichts der jüngsten Drohungen USA-Präsident Bushs gegen den sozialistischen Norden Koreas besonderes Gewicht.

In einer „Deklaration von Brüssel“ wird die imperialistische Globalisierung als Strategie zurückgewiesen, die auf „nur eine Ideologie, nur ein System und nur eine Kultur“ zielt. Sie wolle der Welt das westliche Modell aufzwingen. Dieser reaktionären und zerstörerischen Globalisierung müßten die antiimperialistischen Kräfte ihre Einheit entgegenstellen. Heute sei die koreanische Halbinsel ein Terrain der scharfen Konfrontation zwischen Sozialismus und Imperialismus. Die Feindseligkeit der Vereinigten Staaten gegen Korea gefährde ernsthaft den Frieden und die Sicherheit nicht nur in dieser Region. Es gelte, den Prinzipien der gemeinsamen Erklärung Nord- und Südkoreas vom 15. Juni 2000 über die unabhängige Wiedervereinigung zum Durchbruch zu verhelfen.

R. F., gestützt auf „Solidaire“

Die Wahrheit über die „Beneš-Dekrete“

Gültiges Recht

Ein Standardthema der längst in der dritten Generation weitergeführten Sudetendeutschen Landsmannschaft und ihrer finanzstarken Hintermänner sind die sogenannten Beneš-Dekrete. Die antitschechischen Revanchisten der BRD – im Zentrum die bayerische Landesregierung mit Stoiber an der Spitze – fordern deren „Aufhebung von Anfang an“. Anders komme eine von Prag angestrebte Aufnahme der CR in die EU nicht infrage. Es geht also um politische Erpressung des Antragstellers. Österreichs rabenschwarzer Bundeskanzler Schüssel (ÖVP) hat inzwischen erklärt, die „Beneš-Dekrete“, die „den europäischen Grundwerten widersprechen“, müßten bei EU-Beitritt Tschechiens „der Vergangeheit angehören“. CDU/CSU-Kanzlerkandidat Stoiber sprach von „einer Wunde Europas“. Der „Rechtsexperte“ der Sudetendeutschen Landsmannschaft, Prof. Dieter Blumenwitz, nannte die „Beneš-Dekrete“ theatralisch „einen Fremdkörper in der europäischen Wertegemeinschaft“. Sie seien „rein rassistisch“.

Im engeren Sinne geht es natürlich um die Aufhebung jener Gesetzesakte, die dem mit dem Namen Konrad Henlein verbundenen sudetendeutschen Spuk in der CSR – leider auch zum Nachteil unbeteiligter Angehöriger der „Volksgruppe“ – ein Ende setzten. Man muß wissen, daß Henleins mit den Nazis verzahnte Sudetendeutsche Partei im Mai und Juni 1938, also unmittelbar vor der „Heimkehr“ des Sudetenlandes ins „Reich“, in dieser Region der CSR nicht weniger als 95 % der Stimmen erhielt. Im Dezember 1938 – nach dem „Anschluß“ – waren es sogar 98,9 %!

Welche Ereignisse rollten damals ab? Ihre Kenntnis ist notwendig, um die Zusammenhänge und den Zweck der Dekrete zu verstehen. 1938 zwang Hitler im Verein mit Chamberlain und Daladier der CSR das Münchener Abkommen auf. Es verstümmelte die 1918 gegründete Republik. Später kam es zur Proklamierung eines slo-

wakischen Vasallenstaates der deutschen Faschisten mit Tiso an der Spitze. Schließlich folgte die gewaltsame Okkupation des Restes der Tschechoslowakei, der zum „Reichsprotektorat Böhmen und Mähren“ erklärt wurde. All diese Aggressionsakte waren völker- und landesrechtlich ungültig. Die CSR ging dabei als Staat nicht unter, auch wenn dessen souveräne Organe im Innern nicht mehr tätig werden konnten. Alle Staaten der Antihitlerkoalition erkannten das an. 1945 wurde die CSR in den vor München bestehenden Grenzen offiziell wiederhergestellt.

Zur Zeit der Okkupation gab es eine Auslandsregierung. Zunächst bestand ein Tschechoslowakisches Nationalkomitee mit Edvard Beneš, dem letzten gewählten Staatspräsidenten – als Vorsitzendem – in Paris. Man wollte die Kontinuität des Amtes unterstreichen und die Tatsache hervorheben, daß Beneš nicht freiwillig zurückgetreten war. Nach Frankreichs Niederlage verlegte die Führung des bürgerlichen tschechoslowakischen Widerstandes ihren Sitz nach England. Im Juni 1940 wurde dem Londoner Außenministerium das Memorandum „Bildung der tschechoslowakischen Regierung“ übergeben. Am 21. Juni erkannte die britische Regierung diese „provisorische Staatseinrichtung“ mit Präsident, Regierung und Parlament an. Ein Jahr später vollzogen auch die UdSSR, die USA, China und andere Länder diesen Schritt. Damit war die völkerrechtliche Legitimation der tschechoslowakischen Staatsorgane im Ausland vollzogen. Da es jedoch infolge der anhaltenden Okkupation der CSR durch die Hitlerfaschisten nicht möglich war, das Parlament zu Gesetzgebungsakten zusammenzurufen, empfahlen Rechtsexperten, diese durch Dekrete des Präsidenten – auf Vorschlag der Regierung – erfolgen zu lassen. Daher ist die Bezeichnung „Beneš-Dekrete“ sachlich falsch, da sie die Alleinentscheidung des Präsidenten unterstellt.

Zwischen dem 21. Juli 1940 und dem 27. Oktober 1945 wurden 143 Dekrete und Verfassungsdokumente herausgegeben, davon 98 nach der Befreiung der CSR. Am 28. Oktober 1945 nahm die Vorläufige Nationalversammlung ihre Tätigkeit auf. Damit erlosch die Befugnis des Präsidenten zu dieser außergewöhnlichen legislativen Aktion. Das Verfassungsgesetz Nr. 571 vom 28. März 1946 genehmigte alle Dekrete hinsichtlich ihres Inhalts und ihrer Entstehungsweise. Das Parlament erklärte sie zu Gesetzen bzw. Verfassungsgesetzen.

Übrigens ist es ein Mythos, die „Beneš-Dekrete“ hätten die Aussiedlung der Sudetendeutschen geregelt. Diese beruhte auf den Potsdamer Beschlüssen der Alliierten. Wohl aber gab es einige die deutsche Bevölkerungsgruppe, deren Angehörige nach dem Münchener Diktat Staatsbürger des „Reiches“ geworden waren, betreffende Beschlüsse. Sie leiteten sich aus den Ergebnissen des Zweiten Weltkrieges ab und betrafen die Bestrafung der Nazi-Verbrecher, die Aberkennung der CSR-Staatsbürgerschaft und die Konfiszierung bzw. Nationalisierung der Vermögen deutscher juristischer und natürlicher Personen. Ausnahmen wurden für Antifaschisten festgelegt.

Bei der Durchführung der Beschlüsse kam es – dem Willen der Prager Regierung zuwiderlaufend – auch zu unangemessenen Härten und Exzessen krimineller oder chauvinistischer Elemente, die nichts mit dem Antifaschismus und dem berechtigten Bemühen um die Herstellung demokratischer Verhältnisse in der CSR zu tun hatten. Dadurch wurden in einzelnen Fällen auch jene betroffen, die ausdrücklich hatten geschützt werden sollen. Dennoch besteht kein Zweifel daran, daß die „Beneš-Dekrete“ ein fester Bestandteil der tschechischen Rechtsordnung sind. **R. F.** (Auf der Grundlage eines im „Vogtlandboten“ veröffentlichten Artikels von Dr. Emil Hruska, Plzen)

Die Lage in Nepal änderte sich nach der Bildung der NC-Mehrheitsregierung im Jahre 1999 nicht. Der militärische Druck der Guerilla wurde stärker. Die Maoisten gingen nun zu einer neuen Offensive über, töteten Hunderte Polizisten, zerstörten deren Quartiere und erbeuteten Waffen sowie Munition in erheblicher Menge. Den Aufständischen kamen besonders die internen Machtkämpfe zwischen zwei Fraktionen des NC zugute. Sie verstanden es, mit der Gruppe um Ministerpräsident Deuba ins Gespräch zu kommen. Der Premier traf dreimal mit ihren Führern zusammen und hob alle gegen die Maoisten verhängten Restriktionen für die Dauer von vier Monaten auf. Im Ergebnis dieser Übereinkunft konnten sie ihre Positionen festigen und ihre Infrastruktur erweitern. Erstmals griffen sie jetzt Kasernen und Depots der nepalesischen Armee an. Sie eroberten sogar ein bedeutendes Arsenal. Daraufhin wurde vom König der Ausnahmezustand erklärt. Seitdem hat sich die Skala der bewaffneten Auseinandersetzungen, bei denen die Maoisten militärische Erfolge erringen konnten, nur noch erweitert.

„Der maoistische Aufstand hat sich bereits als Katastrophe für das Land erwiesen. Nepal kann die schwere Bürde einer bürgerkriegsartigen Situation nicht länger tragen“, schrieb „The New Era“ – die Zeitung der Kommunistischen Partei Nepals/ Vereinigte Marxisten-Leninisten – im Dezember 2001.

R. F. (Gestützt auf einen Artikel von Bhim Rawal in „The New Era“)

Pseudoradikales Buschfeuer wird durch Misere angeheizt

Was ist in Nepal los?

Im Königreich Nepal herrscht Ausnahmezustand. Viele Hundert Menschen sind seit seiner Verhängung umgekommen, Hunderte wurden verhaftet, fundamentale Rechte des Volkes außer Kraft gesetzt. Der Ausnahmezustand stützt sich auf Artikel 115 der Verfassung, der seine Verkündung im Falle des Krieges, einer Aggression von außen, bei bewaffneter Rebellion im Innern oder bei extremem ökonomischen Verfall vorsieht. Zwei Gründe treffen zu: Die Wirtschaft des Landes ist total zerrütet. Dieser Zustand hat sich nicht zuletzt durch bürgerkriegsartige Ereignisse dramatisch zugespitzt. All das ist nicht über Nacht gekommen, sondern hat sich seit Jahren aufgebaut.

Von Nepals großbürgerlich-feudaler Kongresspartei (NC) wurde die politische Instabilität buchstäblich gesät. Schon kurze Zeit nach den 1991 durchgeführten ersten allgemeinen Wahlen unter der wiederhergestellten Viel-Parteien-Demokratie begann das Vabanque-Spiel. Der NC ließ das Parlament dann nach drei Jahren einfach auflösen und vorgezogene Neuwahlen abhalten, obwohl er über eine bequeme Mehrheit verfügte. Doch die Partei der reichen Oberschicht, die über Masseneinfluß verfügt, hatte sich verrecknet und fiel auf den zweiten Rang zurück. Als Wahlsieger erwies sich die Kommunistische Partei Nepals/Vereinigte Marxi-

sten-Leninisten (CPN/UML). Zunächst akzeptierte die Kongresspartei ihre Niederlage und ließ es zu, daß die CPN/UML eine Minderheitsregierung bildete. Doch bald schon schloß sie sich mit anderen rechten Kräften zu einer Koalition zusammen, um die Kommunisten zu Fall zu bringen und selbst wieder ans Ruder zu gelangen. Allenthalben wurden nun Korruption und Machtmißbrauch des NC ruchbar. Rechtsextremisten und Ultralinke nutzten die Lage aus. Die „links“ von der CPN/UML entstandene KP Nepals (Maoisten) rief zum „Volkskrieg“ auf und erhob die Forderung nach einer Agrarreform. Zugleich verlangte sie die sofortige Abschaffung der Monarchie. Bald schon wurden auf dem Lande Polizeistationen, Verwaltungsbüros und Banken in Serie überfallen. Die ultralinken Kräfte nutzten die Unzufriedenheit der Bevölkerung geschickt aus und bekamen Zulauf. Nun propagierten sie den „verschärften Volkskrieg“. Es gelang ihnen, nicht wenige junge Männer für ihre Milizen rekrutieren. Neben der Verkündung pseudorevolutionärer Lösungen wandten sie sich mit Vehemenz gegen die Kommunisten der CPN/UML, von denen die Taktik des bewaffneten Aufstandes unter den gegenwärtigen Bedingungen Nepals als schädlich und gefährlich abgelehnt wird.

Slobodan Milosevic vor dem NATO-Tribunal

Der Held von Den Haag

Georgi Dimitroff, der vor dem faschistischen Reichsgericht seine persönliche Integrität und die Ehre der kommunistischen Bewegung mit Mut und Würde verteidigte, nannte man einst den „Helden von Leipzig“.

Der „Held von Den Haag“ ist ihm ebenbürtig: Slobodan Milosevic, bis zu seiner Vertreibung durch den Imperialismus Generalsekretär der Sozialistischen Partei Serbiens und Präsident Jugoslawiens, reißt den NATO-Richtern im UNO-Pelz die Maske vom Gesicht. Er entlarvt das Tribunal als Instrument zur Rechtfertigung des Terrorismus gegen sein Volk.

Über Kreaturen vom Zwergenmaß einer Carla del Ponte wird die Geschichte hinweggehen. Auf ihren Ehrenseiten aber steht schon jetzt der Name Slobodan Milosevic.

Unser revolutionärer Gruß gilt dem Helden von Den Haag!



Havels Kommunistenjäger ahmen McCarthy nach

Gesinnungsprozesse auch in Prag

Die tschechische Justiz hat sich an der „Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ durch die Gesinnungsribunale der BRD ausgerichtet und eine Serie von antikommunistischen Schandprozessen gegen führende Politiker der KPTsch und Staatsmänner der CSSR auf den Weg gebracht. Ende 2001 zeigte sich Präsident Havel -

Frontmann der als „samtene Revolution“ verkauften Konterrevolution - bei einem Besuch in Brno höchst erfreut, „daß alles seinen Lauf nimmt“. Er meinte damit die von der Generalstaatsanwältin Marie Benesova angekündigten „sechs größten Fälle, die mit den Verbrechen des bis 1989 bestehenden Regimes verknüpft sind“. Angeklagt wurden so aufrechte Kämpfer für die sozialistische Tschechoslowakei wie Lubomir Strougal, von 1970 bis 1988 Ministerpräsident, und der frühere Innenmini-

ster Jaromir Obzina. Das mit der Berliner Sonderstaatsanwaltschaft II vergleichbare „Amt für Dokumentation und Untersuchung der Verbrechen des Kommunismus“ hat bereits weitere Verfahren gegen die Genossen Milos Jakes, ehemaliger Erster Sekretär des ZK der KPTsch, und Jozef Lenart, einst Politbüromitglied und Premier der Slowakei, angekündigt. Beide Politiker werden wegen Unterstützung der Hilfsaktion von fünf Warschauer Vertragsstaaten zur Niederschlagung der Konterrevolution in der CSSR des „Hochverrats“ angeklagt. Auch der Prozeß gegen den ehemaligen Informationsminister Karel Hoffmann, der in der Nacht vom 20. zum 21. August 1968 den Sendebetrieb des in die Hände von Konterrevolutionären gefallen Rundfunks abschalten ließ, steht an.

Lubomir Strougal wurde beschuldigt, 1965 als damaliger Innenminister der CSSR eine Gruppe von Offizieren der Staatssicherheit der Strafverfolgung entzogen zu haben. Im Dezember erklärte Strougal vor Gericht, er habe jederzeit im Rahmen der Gesetze gehandelt. Nachdem sich die bürgerliche Presse in Unterstellungen und Bezeichnungen förmlich überschlagen hatte, mußte Genosse Strougal am 20. Februar 2002 vom Gericht wegen Mangels an Beweisen freigesprochen werden.

Jaromir Obzina wird beschuldigt, einige Mitglieder der staatsfeindlichen Verschwörergruppe „Charta 77“, deren Anführer Vaclav Havel war, zur Emigration veranlaßt zu haben.

Wie die tschechische Presse berichtete, herrschte in den bisher durchgeführten Verhandlungen eine an die Verhöre des USA-Senators Joseph McCarthy in den 50er Jahren erinnernde Atmosphäre antikommunistischer Hysterie.

R. F.
(Gestützt auf einen Artikel von Zdenek Horeni in „Postmark Prague“)

Zum 100. Geburtstag des großen afroamerikanischen Autors

Unsterblicher Langston Hughes

Der U. S. Postal Service hat eine Gedenkmarke für den großen afroamerikanischen Dichter Langston Hughes - einen führenden Vertreter der Harlem Renaissance der 20er und 30er Jahre - herausgegeben, dessen 100. Geburtstag am 1. Februar 2002 in den USA begangen wurde. Sein Werk war vor allem sozialer Thematik verpflichtet und dem Anderen Amerika gewidmet. Langston Hughes, dessen berühmtestes Gedicht „I too am America“ (Auch ich bin Amerika) wir hier abdrucken, starb 1967 im Alter von 65 Jahren in seiner Harlemer Wohnung.

Auch ich singe Amerika

Ich bin der dunklere Bruder.
Sie schicken mich zum Essen in die Küche,
Wenn Besuch kommt,
Aber ich lache
Und esse gut
Und werde stark.

Morgen
Werde ich am Tisch sitzen,
Wenn Besuch kommt,
Keiner wird es wagen
Mir zu befehlen
„Iß in der Küche!“
Dann.

Übrigens
Werden sie sehen,
Wie schön ich bin,
Und sie werden sich schämen -

Auch ich bin Amerika



Wiederholt sich das Chile-Szenario bald in Venezuela?

Chavez auf der Abschußliste

Venezuelas 1998 gewählter Präsident Hugo Chavez - ein vom Westen als Linkspopulist bezeichneter früherer Armeeeoffizier antiimperialistischer Tendenz - ist nicht von jenem Maß, das der Elite Washingtons entspricht. In Simón Bolívar, dem in Venezuela geborenen Befreier Lateinamerikas vom spanischen Joch, sieht er sein Vorbild. Chavez schwebt ein „politisches Projekt“ vor, das multipolar ist und die Staaten der kapitalistischen Welt aus der Ecke der USA-Dominanz herausholt. Er ist kein Befürworter der zuerst durch Clinton ins Spiel gebrachten allamerikanischen Freihandelszone von Kanadas Hudson Bay bis zum südargentinischen Patagonien. Er wandte sich auch mit Deutlichkeit gegen Bushs „Plan Colombia“, der unter dem Vorwand gemeinsamer Drogenbekämpfung auf die Ausrottung der kolumbianischen Linken zielt. Chavez gilt als persönlicher Freund Fidel Castros, den er zu einem triumphalen Besuch nach Venezuela einlud.

Wenn man bedenkt, daß die im Norden Südamerikas gelegene Republik drittgrößter Erdöllieferant der Vereinigten Staaten ist, dann nimmt es nicht Wunder, daß Washingtons Geheimdienst in Caracas alle Fäden zieht, um den gewählten Präsidenten, der neuerdings auch als „Diktator“ apostrophiert wird, zu Fall zu bringen. Als Vorbild dient der CIA das chilenische Szenario. Am 10. Dezember 2001 organisierten die Unternehmerverbände mit Unterstützung eines Teils der Gewerkschaften und massenwirksam propagiert durch die Medien der Bourgeoisie einen landesweiten Streik gegen Chavez. Er attackierte eine Serie ökonomischer Vorhaben, so die Erhöhung der Abgaben ausländischer Ölkonzerne, und Vorschläge für eine Agrarreform,

mit der dem Elend der Landbevölkerung ein Ende gesetzt werden soll. Gegenwärtig besitzen 2 % der Bevölkerung 60 % des Grund und Bodens. 80 Prozent der Venezolaner gelten als arm, die Hälfte davon ist unterernährt. Die „Streikenden“ nahmen das unter der jetzigen Regierung Erreichte nicht zur Kenntnis: Seit Amtsantritt des Präsidenten wurde die Inflation von 40 auf 12 % gesenkt, die wirtschaftliche Wachstumsrate auf 4 % gesteigert, eine Million Kinder konnten zusätzlich in die Schulen aufgenommen werden.

Anfang Januar 2002 hielten die CIA, die National Security Agency (NSA) - der elektronische Geheimdienst der Vereinigten Staaten -, das Pentagon und das U.S. State Department in Washington eine zweitägige Beratung über die Lage in Venezuela ab. Entsprechende „Konsultationen“ hatten auch 1953, 1963 und 1973 - jeweils vor den Staatsstreichen in Guatemala, Brasilien und Argentinien - stattgefunden. Liegt ein neuer Coup in der Luft? Ihm steht derzeit noch ein Hindernis im Wege: Der venezolanische Präsident genießt die Unterstützung der Militärs. Doch die Unterwanderung des überwiegend in den USA ausgebildeten Korps der Stabsoffiziere durch die CIA ist unverkennbar.

Bush nimmt Chavez besonders seine Haltung zum 11. September übel. Während er die Anschläge scharf verurteilte, wies der Mann in Caracas zugleich die Bombardierung Afghanistans zurück. Man könne „Terrorismus nicht mit Terrorismus bekämpfen“, erklärte er. Washington zog daraufhin seinen Botschafter in Venezuela zeitweilig zurück. Auch andere „Sünden“ lasten auf Chavez: Die ausgedehnten Handelsbeziehungen mit Kuba und die offene Sympathie

für die Guerilla-Organisationen im benachbarten Kolumbien, darunter die kommunistischen FARC, deren physische Zerschlagung das Pentagon anvisiert. Doch in erster Linie geht es ums Öl. Venezuelas erkundete Reserven belaufen sich auf 77 Milliarden Barrel. Exxon und andere im Lande fördernde US-Konzerne zahlen bisher nur 1 % ihres Umsatzes. Hinzu kommen enorme Steuervergünstigungen für das angelegte Kapital. Das will Chavez jetzt ändern. Er muß die bisherigen Öl-Einnahmen Venezuelas von jährlich 30 Milliarden Dollar erheblich steigern, um die Armut bekämpfen zu können. Es geht ihm zugleich um die Diversifizierung der einseitig auf die Petrolindustrie gestützten Wirtschaft, um die Übergabe unbearbeiteter Flächen an die Landlosen, um eine Steigerung der Ausgaben für das Gesundheitswesen auf das Vierfache, um die Abgabe von Arzneimitteln zu einem Preis, der um 30 bis 40 % unter den Erzeugerkosten liegt.

In alldem sieht Washington eine „kommunistische Bedrohung“, zumal die KP Venezuelas Chavez unterstützt. So wurde die Medienoffensive gegen den Präsidenten, den keine einzige große Tageszeitung in Caracas schont, auf volle Touren hochgedreht. Als es daraufhin zu Demonstrationen empörter Bürger vor einem Verlagsgebäude kam, die sogar von der Polizei aufgelöst wurden, beschwerte sich ein Sprecher des USA-Außenministeriums sofort über schlecht erfundene „Einschränkungen der Pressefreiheit“.

In Venezuela wird nach einem Drehbuch vorgegangen, dessen einzelne Szenen uns nicht unbekannt sind. Von ultrarechts bis pseudolinks agieren Kräfte gegen eine bürgerlich-demokratische, patriotische, nicht proimperialistische Regierung, die sich die Terroristen um Bush vom Halse schaffen möchten.

R. F.
Gestützt auf Materialien von Dr. Vera Butler, Melbourne, und einen Beitrag von Conn Hallinan in „People's Democracy“, Zeitung der KP Indiens (M)

Zum Tode von Erika Correns

Eine starke Frau

Als ich Mitte Dezember - wie in jedem Monat - mit Erika (Era) Correns telefonierte, klang ihre Stimme weniger fest als sonst. Schwerkrank, von einer Operation nicht wieder genesen, sah sie dem nun auf sie zukommenden Tod mit einer Gefaßtheit entgegen, die mich sehr bewegte. Meine Lebenserwartung reicht nur noch bis Februar, weiß ich vom Arzt“, sagte sie. „Da ist nichts mehr zu machen.“ In ihrer Haltung lag Größe. Diese Frau wird ihren Tod überdauern und in der Erinnerung ihrer Freunde weiterleben, dachte ich. Am 20. Februar ist Era 82jährig gestorben. Ihr Wahlspruch lautete: Wer keinen Mut zum Träumen hat, hat keine Kraft zum Kämpfen.

Seit Jahrzehnten im Innersten Kommunistin, trat die Witwe des berühmten Chemikers und Nationalratspräsidenten Prof. Erich Correns erst vor wenigen Jahren in die DKP ein, weil sie etwas gegen jene tun wollte, „die jetzt über ganz Deutschland gekommen sind“. Ihr Tod reißt eine schmerzliche Lücke in die Reihen ihrer Genossen, auch wenn sie ihnen zuletzt nur noch mit Rat beistehen konnte. Vor allem aber Tommy, ihr Lebensgefährte im Alter - der treue Kommunist Dr. Herbert Crüger, schon 90 -, hat die geliebte Partnerin verloren. Wir fühlen mit ihm in seiner Trauer.

Meine Erinnerung an Erika und Erich Correns geht bis in den Sommer 1953 zurück. Ich war damals Jura-Student im 3. Semester. In einem kleinen Kulturbundheim in Heiligendamm verlebten unsere Familien einen kurzen Urlaub. Die anderen Hausgäste waren der Maler Otto Nagel und der Schauspieler Wolfgang Langhoff mit ihren Frauen. Dazu die Langhoff-Söhne Thomas und Mathias, die später beide bekannte Theaterintendanten wurden. Wir debattierten oft

und lebhaft - der 17. Juni lag ja erst um Wochen zurück - und nahmen sogar an politischen Veranstaltungen im nahegelegenen Bad Doberan teil. Im größten Saal der Kreisstadt fand eines Abends eine überfüllte Versammlung statt. Ein Lautsprecherwagen hatte den Tag über zur Teilnahme eingeladen. Das Thema war ungewöhnlich: „Prof. Peter Alfons Steiniger aus Berlin möchte Frau ... aus Bad Doberan sprechen“, hieß es kurz und bündig. Die so ins Blickfeld Geratene war eine Schrankenwärterin mit bäuerlicher Nebenwirtschaft samt mehreren Schweinen. Sie gehörte zu jenen Bürgern der jungen DDR, die sich in diesen Tagen vom RIAS nach Westberlin hatten locken lassen, um sich dort eine Gratis-Schmalzbüchse als „Hungerhilfe“ abzuholen. Auf der Rückfahrt war sie von Transportpolizisten kontrolliert und gestellt worden. Nun mußte sie Rede und Antwort stehen. Die Frau in mittleren Jahren hatte nicht gekniffen, war mit ihrer gesamten Familie erschienen und gestand ihren Fehler ein. Doch dann ging es hoch her. Im Publikum gab es Sprecher dafür und dagegen. Der Disput, der am Ende zu unseren Gunsten ausging, dauerte vier Stunden, wobei zeitweilig sogar der Strom ausfiel und bei Kerzenlicht weitergeritten wurde.

Erich Correns hatte uns mit seinem F-8 nach Bad Doberan mitgenommen. Bei der Versammlung saß ich neben Era. An diesen Beginn unserer Freundschaft mußte ich denken, als ich jetzt von ihrem Tod erfuhr. Er berührt mich sehr. Erika Correns war ein großartiger Mensch, eine starke Frau und eine kämpferische Kommunistin. Die „RotFuchs“-Gemeinde hat viel verloren.

Klaus Steiniger



Plakat für die Freilassung der fünf in Miami inhaftierten Kubaner, die in die konterrevolutionären Banden eingedrungen waren.

¡Presente!

Gegenlied zu „Von der Freundlichkeit der Welt“

Soll das heißen, daß wir uns bescheiden
Und „so ist es und so bleibt es“ sagen sollen?
Und die Becher sehend, lieber Dürste leiden
Nach den leeren greifen sollen, nicht den
vollen?

Soll das heißen, daß wir draußen bleiben
Ungeladen in der Kälte sitzen müssen
Weil da große Herrn geruhn, uns
vorschreiben
Was da zukommt uns an Leiden und
Genüssen?

Besser scheint's uns doch, aufzubegehren
Und auf keine kleinste Freude zu verzichten
Und die Leidenstifter kräftig abzuwehren
Und die Welt uns endlich häuslich einzurichten!

Bertolt Brecht

■ Der heute zu Unrecht etwas in Vergessenheit geratene sowjetische Schriftsteller **Wil Lipatow** wurde vor 75 Jahren, am 10. April 1927, in Tschita (Ostsibirien) geboren; er starb am 1. Mai 1979. Lipatow verbrachte seine Kindheit und Jugend in Tagar, einem Dorf des Naryner Gebiets. 1952 beendete er das Studium am Pädagogischen Institut in Tomsk. Die folgenden Jahre arbeitete er als Journalist der Bezirkszeitung und bereiste Sibirien. Auf seinen Fahrten lernte er die Fischer an den großen Flüssen und Küsten des nördlichen Eismeerer kennen, Jäger und Holzflößer in den Wäldern und auf den Flüssen Sibiriens sowie die Arbeiter der gewaltigen Neubauten dieses Gebietes. Mit dem Fluß Ob verband ihn, wie er schrieb, „viel Persönliches und Schöpferisches“. Diese Menschen und ihre Schicksale gingen später in die Erzählungen Lipatows ein. Bekannt wurde er mit den Erzählungen „Die Sechs“ (1958) und dem Kurzroman „Gelbe Taubnessel“ (1960, deutsch 1961). Der Roman ist der schweren Arbeit einer Holzfällerbrigade in der Taiga gewidmet. In einer konfliktreichen, spannungsgeladenen Handlung, die in plastische Naturbilder eingebettet ist, in denen die Schönheit des sibirischen Landes erscheint, aber auch die Härte des Lebens und der Arbeit, zeichnet Lipatow Gestalten, die er psychologisch in ihren zwischenmenschlichen Beziehungen und in ihrem Verhältnis zur Arbeit erschließt. In den Erzählungen „Viktoria und die Fischer“ (1961, deutsch 1964) u. a. geht der Autor realistisch psychologischen Problemen nach. Er zeigt am individuellen Verhalten im Alltag, oft unter schweren Verhältnissen, die aus dem Kampf mit den Unbildern der Natur erwachsen, menschliche Größe, aber auch menschliches Versagen, das der Eitelkeit, dem Karrierismus oder geistiger Beschränktheit entspringt. Diese Fragestellung rückte viele Werke des Autors in den Mittelpunkt heißer lite-

rarischer Diskussionen. Dazu gehören zum Beispiel der Erzählzyklus „Der Dorfdetektiv“ (1967), die Erzählung „Lida Waraksina“ (1968) und der Roman „Die Mär vom Direktor P.“ (1969, deutsch 1971 – mit einem Nachwort von Fritz Selbmann).

Weitere Werke: „Die graue Maus“ (1970, dt. 1981); „Ermittlung zur Person“ (1975, dt. 1976) und „Wanjuschka Mursins mörderische Liebe“ (1978, dt. 1983)

■ Am 16. April feiert **Eberhard Panitz**, einer der bekanntesten Schriftsteller der DDR, seinen 70. Geburtstag. Der 1932 in Dresden Geborene war Erzähler, Reporter, auch Hörspiel-, Fernseh- und Filmautor. Der Sohn eines Straßenbahnschaffners arbeitete nach dem Abitur als Mitglied einer Jugendbrigade am Bau der Cranzahl-Talsperre, studierte Pädagogik und Germanistik in Leipzig; war von 1953 bis 1959 Verlagslektor, seit 1959 freischaffender Schriftsteller und Lektor; er erhielt 1977 den Nationalpreis der DDR und 1984 den Kunstpreis des FDGB.

Panitz' erste Veröffentlichung war die biographische Erzählung „Käte“ (1955) über Leben und Kampf der antifaschistischen Widerstandskämpferin Käte Niederkirchner. Gegenstand des Romans „Die Feuer sinken“ (1960) ist Panitz' Jugenderlebnis der Zerstörung Dresdens (1945). In den folgenden Arbeiten hat er sich immer wieder vom sozialistischen Standpunkt mit Problemen der Gegenwart auseinandergesetzt. Der Band „Cristobal und die Insel“ (1963) spiegelt im Schicksal einfacher Menschen den Weg der kubanischen Revolution. Der in der Reportage über Schwedt, „Der siebente Sommer“ (1966, mit Thomas Billhardt) enthaltene Bericht über eine Chemieingenieurin und ihr Schicksal wurde das Kernstück des Romans „Unter den Bäumen regnet es zweimal“ (1969; 1972 von Egon Günther verfilmt unter dem Titel „Der Dritte“), in dem die widerspruchsvolle Einheit von individuellem Glücksanspruch und gesellschaftlichen Bedingungen sichtbar wird. Hier wie in dem Roman „Die sieben Affären der Doña Juanita“ (1973, Fernsehspiel von Frank Beyer in 4 Teilen) ist Panitz den Lebensproblemen junger Frauen in der DDR auf der Spur, die hohe Ansprüche an sich und ihre Umwelt stellen und ihre Gleichberechtigung zu verwirklichen suchen. Ein eindrucksvolles Porträt der Revolutionärin Tamara Bunke, die an der Seite Che Guevaras für die Befreiung Lateinamerikas kämpfte, gibt Panitz in dem biographischen Bericht „Der Weg zum Rio Grande“ (1973).

Weitere Werke u. a.: „Die unheilige Sophia“, Roman, 1974, Fernsehfilm 1975; „Absage an Viktoria“, Erzählung, 1975, Fernsehfilm 1977; „Gesichter Vietnams“, mit Thomas Billhardt, 1978; „Meines Vaters Straßenbahn“, Erzählung, 1979, Fernsehfilm 1980; „Viktoria“, Erzählungen, 1985; „Mein Chef ist ein Wessi“, Gedächtnisprotokolle, mit Klaus Huhn, 1992; Berlin; „Verhör im Café“, 1996; „Che“, 1997; „Himmlischer Briefwechsel“, 1999 (mit Klaus Huhn).

In seinem Diskussionsbeitrag auf dem IX. Schriftstellerkongreß der DDR im Mai 1983 sagte Eberhard Panitz: „Keine Anstrengung und Mühe, kein Versuch und kein Wort darf dem Schriftsteller im Friedenskampf zuviel sein. Unser Schweigen, unser ohnmächtiges Verharren angesichts der bisher größten Menschheitsbedrohung käme der Selbstaufgabe unserer Literatur und unseres Lebens gleich.“ Er berichtete von Eindrücken, die er auf dem Jugendfestival zu Pfingsten in Dortmund gewonnen hatte. 250 000 Lehrlinge, Schüler, Studenten und Arbeitslose hatten dort ihr Nein zum NATO-Raketenbeschluß bekundet.

Es mag schon sein, sagte der Autor, daß einen hin und wieder Alpträume heimsuchen angesichts der schrecklichen Bedrohung durch die NATO-Hochrüstung. „Doch ohnmächtig fühlen wir uns nicht. Jedes Wort, jede Tat hat hierzulande Aussicht. Wir leiden nicht an Aussichtslosigkeit. Der Wirkung unserer Bücher können wir gewiß sein. Die Friedenspolitik unserer sozialistischen Republik ist unsere Politik.“

Die Literatur müsse sich all ihrer Möglichkeiten bewußt sein und die Alpträume des Krieges mit unserer Realität des Friedens beantworten. Eberhard Panitz erinnerte an den 1. Deutschen Schriftstellerkongreß 1947 und zitierte aus der Rede Johannes R. Bechers, in der dieser eindrucksvoll über die Möglichkeiten sprach, mit Mitteln des künstlerischen Wortes gegen den Krieg zu kämpfen. Gelegentlich habe er davon sprechen gehört, daß ein Neuanfang der DDR-Literatur notwendig sei. Ihm scheine jedoch wesentlicher, sich immer wieder neu zu besinnen auf die friedfertige und kämpferisch sozialistische Tradition eines Becher, eines Brecht und einer Anna Seghers, auf die Bücher, die dieses Land und seine Friedensgesinnung befestigt haben. Notwendig sei eine Friedensliteratur, die sich illusionslos der vom Imperialismus ausgehenden tödlichen Gefahren und der Vernunft und Kraft des Sozialismus bewußt sei. „Diese Vernunft und diese Kraft waren für Becher, Brecht und Seghers immer und trotz allem die Hoffnung. Daher kam in düsterer Zeit auch ihr Mut zur Literatur und zur Wahrheit. Das gilt heute erst recht.“

1995 sagte Panitz auf die Frage, wie er sich 1990 die Zukunft vorgestellt habe: „Ich konnte mir die deutsche Vereinigung nach Lage der Dinge ... nur als die Vereinnahmung der DDR durch die Bundesrepublik vorstellen, wobei alles, was den politischen, kulturellen, juristischen und wirtschaftlichen BRD-Maximen und Interessen zuwiderlief, auf der Strecke bleiben oder niedergemacht werden mußte. Das geschah in der schlimmsten von mir befürchteten Art und Weise.“

■ Der russische Schriftsteller **Weniamin Kawerin** wäre am 19. April hundert Jahre alt geworden. Zumindest an seinen Roman „Zwei Kapitäne“ soll hier erinnert werden. Er wurde zweimal verfilmt (1955 von Wladimir Wengerow und 1976 von Jewgeni Karelow) und gehörte in der DDR zu den vielgelesenen Werken sowjetischer Autoren.

W. M.

Leserbriefe an RotFuchs

Wie immer haben wir auf den „RotFuchs“ mit Spannung gewartet. Vor allem waren wir an Eurer Meinung zum Koalitionsvertrag zwischen SPD und PDS in Berlin interessiert, da wir diesen zum Anlaß genommen haben, unseren Austritt aus der PDS zu erklären. Jeder kann sich vorstellen, daß so ein Schritt nicht leicht fällt und auch nicht ursprünglich erwogen wird. Seit 57 und 54 Jahren politisch organisiert, haben wir alle Höhen und Tiefen mit der DDR durchlebt und hatten die Hoffnung nicht aufgegeben, in der PDS etwas bewirken zu können. (...) Besonders die Erklärungen zur Vereinigung von KPD und SPD zur SED sowie zur Schließung der Grenze 1961 waren Anlaß zu leidenschaftlichen Diskussionen. (...) Wir empörten uns über die Geschichtsklitterung und verstanden das als Anbiederung an die SPD mit der Absicht, an der Regierung beteiligt zu werden. (...) Hinzu kommt, daß das Parteileben unserer Auffassung nach bereits nach sozialdemokratischem Muster verläuft. Niemand interessiert sich dafür, was in den Basisorganisationen passiert, zu Beratungen und auf Hauptversammlungen gibt es keine Analyse der politischen Lage. Was interessiert, ist die pünktliche Zahlung der Mitgliedsbeiträge und die Wahl von Delegierten, von Vertretern für die Parlamente. (...)

All das hat natürlich seine Ursachen. 1. Die jungen Mitglieder folgen zu einem großen Teil der Linie des Parteivorstandes. Sie verfügen nicht über die Erfahrungen der DDR. Da diese untergegangen ist, schenken sie den von der Führung der PDS verkündeten Ursachen für diese Niederlage Glauben. 2. Auch unter den älteren Mitgliedern gibt es einen Teil, der meint, wir hätten versagt. Nun sollten es die Jungen machen. Sie stützen auf diese Weise ebenfalls den vom Parteivorstand verfolgten Kurs. 3. Ein großer Teil von Genossen hält der PDS die Treue aus einer überlieferten Parteimoral, die sie in all den Jahren gelebt haben. Das trat besonders bei der Diskussion zur Vereinigung von KPD und SPD zur SED, zur Schließung der Grenze und zum Koalitionsvertrag in Erscheinung. Obwohl nicht wenige Genossen damit nicht einverstanden sind, wird gesagt: Der PDS den Rücken kehren, das könne man nicht. Dementsprechend wurden auch die Argumente gewählt, z. B. der Koalitionsvertrag sei das Papier nicht wert, auf dem er geschrieben wurde. Oder die Präambel sei doch noch kein Programm, man müsse abwarten. Es bestehe auch die Hoffnung, in der Regierung mehr erreichen zu können als in der Opposition. Es wird sogar auf Lenin verwiesen, der Kompromisse und eine Regierungsbeteiligung unter bürgerlichen Verhältnissen für möglich hielt. Dabei vergißt man allerdings, daß Lenin Bedingungen benannte, die das ermöglichen.

Bei allen Argumenten zu falschen politischen Entscheidungen und opportunistischer Politik in der PDS kommt es nicht zum Widerstand, sondern es wird Verständnis praktiziert. Das wird von bestimmten politischen Kräften im Parteivorstand ausgenutzt. Mit der Person Gysi ist es gelungen, die Partei zu disziplinieren. (...)

Nicht selten haben wir bei Genossinnen und Genossen die Meinung gehört: (...) Bei allen Mängeln und Fehlern ist die PDS gegenwärtig die einzige Partei, die noch für die Interessen der Werktätigen etwas bewirken kann. Bald zu lange haben wir einer solchen Meinung unser Ohr geliehen. Der Weg, den die PDS mit Gregor Gysi, Gaby Zimmer, André Brie usw. immer entschlossener geht, ist der Weg in die Sozialdemokratie. Ein solcher Weg ist für uns absolut nicht gangbar. Wir meinen, wer da mitmacht bei entgegengesetzter Position und nicht sichtbare Zeichen setzt, dient nicht den wirklichen Interessen des Volkes. Die Reformisten in der PDS werten das als Einverständnis mit ihrer opportunistischen Politik.

Unsere Auffassung zum Koalitionsvertrag fanden wir in der letzten Nummer des „RotFuchs“ bestätigt. Wir sind froh, daß wir dem „RotFuchs“-Förderverein e. V. angehören. In ihm sehen wir unsere neue politische Heimat.

Marianne und Günther Blankenhagen, Berlin

(...) Zur politisch-ideologischen und personellen Stärkung der Leipziger DKP-Parteiorganisation trug auch der „RotFuchs“ bei. Es bleibt bei der Erkenntnis, die zu unserem Bekenntnis führte: Wer es ehrlich mit dem Marxismus-Leninismus, seiner Propagierung und schöpferischen Umsetzung in diesem „Rechts“-Staat BRD meint, der kommt am „RotFuchs“ nicht vorbei, der wird Leser, Mitglied des Fördervereins – kurz, er identifiziert sich mit dieser Tribüne für Kommunisten und Sozialisten in Deutschland.

Zu den am 18. 2. 2002 von den Mitgliedern der DKP-Gruppe Leipzig einstimmig gefaßten Beschlüssen gehört auch dieser: „Wir unterstützen die überarbeiteten und ergänzten 11 Programmatischen Forderungen von Kommunisten und Sozialisten für Ostdeutschland (RF 47), die der spezifischen Situation im Osten Rechnung tragen und uns helfen, Hirne und Herzen ostdeutscher Bürger zu erreichen. Sie sind auch für uns Arbeits- und Diskussionsgrundlage.“

Karl-Heinz Reinhardt

Vorsitzender der DKP-Gruppe Leipzig

Ich heiße Anne Heitzig und bin 14 Jahre alt. Ab und zu stelle ich meinem Vati Fragen über die DDR. Da ist es schon vorgekommen, daß er mir den „RotFuchs“ in die Hand drückt und mich bestimmte Artikel lesen läßt. Hinterher diskutieren wir oft und lang. Dabei lerne ich mehr über die Geschichte der letzten 50 Jahre als in der Schule. Inzwischen interessiere ich mich auch für die Zeit vor der DDR. Im Buchenwald-Workcamp und in Lidice lernte ich Joschu (das Buchenwaldkind) und überlebende Lidicer Kinder kennen. Als ich in Buchenwald an der Stelle stand, an der Ernst Thälmann erschossen wurde, beschloß ich, mehr von Thälmann zu erfahren. Im Februar war ich zu Besuch bei meiner Oma in Berlin. Das nutzte ich für einen Besuch in Ziegenhals. Die Veranstaltung, bei der man der letzten illegalen Tagung des Zentralkomitees des ZK der KPD kurz nach dem Reichstagsbrand – am 7. Februar 1933 – gedachte, hat mir total gefallen. (...)

Um die Geschichte besser zu verstehen, habe ich mir zwei Bücher gekauft, darunter die Thälmann-Biographie aus dem Jahre 79. Mein Wunsch wäre, daß mehr Jugendliche in meinem Alter solche Veranstaltungen oder Camps besuchen.

Anne Heitzig, Freiberg

Man muß es so deutlich sagen: Wer Lenins Imperialismus-Analyse mit all ihren Konsequenzen durch die Erfindung neuer Deutungen und Begriffe abermals infrage zu stellen versucht, blockiert, ob er das will oder nicht, objektiv jede erfolgreiche Strategie und Taktik, die den Imperialismus zu besiegen vermag. Das kann im Endeffekt zu einer noch schlimmeren Niederlage, ja totalen Katastrophe für die kommunistische und Arbeiterbewegung einschließlich ihrer potentiellen Verbündeten führen. (...)

Warum das Wörtchen „abermals“? Auf den Punkt gebracht: Weil es in ihrem tiefsten Herzen Sozialdemokraten gebliebene führende Kommunisten der KPdSU waren, die spätestens seit 1953 daran gingen, Lenins Imperialismus-Theorie zu demontieren, weil sie meinten, das Zustandekommen einer einmaligen Weltkriegskonstellation wie der Antihitlerkoalition zwischen der sozialistischen Sowjetunion und bürgerlich-demokratisch geführten Staaten gegen faschistische Aggressoren habe auch den Imperialismus an sich so wandlungs- und friedensfähig gemacht, daß man Lenins Lehren getrost im Geschichtsarchiv ablegen könne. Logisch kaum faßbar, denn spätestens mit der Eröffnung des Kalten Krieges waren von Truman, Churchill u. a. glasklare imperialistische Ankündigungen zu hören, die eine derartige Naivität Lügen strafen und geradezu verhöhnten. Daß sich dann trotz aller nachfolgenden Ereignisse jene sogenannten Kommunisten durchsetzen konnten, die Lenins Einschätzungen des Imperialismus – besonders dessen immer wieder gesetzmäßig durchbrechenden räuberischen und aggressiven Charakter betreffend – weiterhin den Rücken kehrten, damit die kommunistische Weltbewegung und eine starke Weltfriedensbewegung weitgehend ruinierten, verschließt sich dem einfachen Menschenverstand, wenn es auch erklärbar ist.

Dennoch verweigern immer noch viele Gegenwarts-kommunisten hartnäckig die Anerkennung der historischen Tatsachen als Ursachen für unsere Niederlagen, stiften Verwirrung auch bei potentiellen Verbündeten und hemmen so trotz ungeheuerlicher imperialistischer Bedrohung der Menschheit

den Aufschwung einer neuen breiten Friedensbewegung. Ich behaupte: Wenn sich statt dessen die Mehrheit der Kommunisten wieder voll und ganz Lenins Imperialismus-Analyse und Theorie zuwenden würde, wäre sie auch imstande, Nichtkommunisten von deren Richtigkeit zu überzeugen. Einfach deshalb, weil es nach der Verkündung des Amoklaufs eines permanenten Weltkrieges seitens des USA-Imperialismus möglich ist, den räuberischen und aggressiven Charakter des Systems bewußt zu machen, die innerimperialistischen Gegensätze in der NATO für den nationalen antiimperialistischen Kampf zu nutzen, solidarisch verbunden mit allen gleichgesinnten Widerstandsbewegungen in der Weltarena.

Bert Brechts einfache, aber um so dringlichere Mahnung ist höchst aktuell, daß der Menschheit Kriege drohen, deren Ausmaß und Folgen alles übertreffen, was es bisher gab, wenn nicht denen die Hände zerschlagen werden, die sie bewußt vorbereiten und zu führen gewillt sind. (...) **Willi Belz, Kassel**

Bemerkung der Redaktion

Am 7. März 2002 beging der Schreiber dieses Briefes – der bewährte antifaschistische Widerstandskämpfer an vorderster Front und fast zu einer Kasseler Institution gewordene Kommunist Willi Belz – seinen 87. Geburtstag. Wir gratulieren unserem hochverdienten Genossen und Mitglied des „RotFuchs“-Fördervereins von ganzem Herzen.

Daß sich Klaus Steiniger mit meinem Beitrag zu den Meinungsverschiedenheiten in der DKP in den „Weißenseer Blättern“ auseinandersetzt, ist zu begrüßen, könnte das doch anregen, den Beitrag im Original zu lesen (worbüß sich Hanfried Müller sicher freuen wird). Der Beitrag war mein Referat in einer Versammlung in Berlin, die zurückgeht auf einen Versuch, Differenzen in der Berliner Bezirksorganisation der DKP möglichst zu klären. An dieser Versammlung nahmen auch Klaus Steiniger (...) und andere Genossen des RF teil. Außer mir sprach auch Hans Heinz Holz. Geleitet wurde die Versammlung durch Rolf Priemer. Der Anlaß regte mich auch angesichts internationaler Erfahrungen an, über diesen hinaus zu gehen. Der „RotFuchs“ hat Kontakte auf internationaler Ebene mit Gleichgesinnten, und ich habe bei internationalen Konferenzen festgestellt, daß es die von mir benannten Strömungen im gegenwärtigen kommunistischen Spektrum gibt. Wie man sie benennen kann, darüber mag man streiten. Die eine habe ich, in Ermangelung eines besseren Wortes, Traditionalismus, die eine der beiden anderen Strömungen Reformismus und Revisionismus benannt, für die dritte habe ich derzeit kein Wort. Wahrscheinlich würden sie manche gern Zentrismus nennen, was mir gleichgültig wäre, weil es um Inhalte, nicht um Benennungen gehen muß. (...) Ich habe das Referat aus Gründen der Fairness vorher (!) nach Berlin geschickt. Ich konnte also annehmen, daß zu erwartende Kritik dort geäußert werde. Bis auf einen Punkt geschah dies nicht. Sowohl Klaus Steiniger als auch Hans-Günter Szalkiewicz sagten – sinngemäß –, die Auseinandersetzungen, die es zweifellos gebe, bezögen sich auf solche ideologisch-politischen Fragen, die ich im Referat angesprochen hätte, und – das ist dann auch meine Meinung – darüber müsse man diskutieren können. Nur in einem Punkt äußerte sich Klaus Steiniger gegen meinen Text, und da hat er mich doch ungewollt bestätigt! Ich stimmte im Referat der These zu, die DDR sei die höchste Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und fügte an, gerade darum müßten wir uns mit den Gründen ihres Unterganges befassen, diese lägen nicht nur im Wirken äußerer Faktoren. Klaus dazu: „Die DDR ist die größte Errungenschaft in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Basta! Schluß!“ (...) Jetzt, im „RotFuchs“, räumt Klaus ein, daß in der DDR Fehler begangen worden seien. So ist das nur ein Allgemeinplatz. Gerade danach hätte die Analyse zu beginnen, sonst versteckt man die zunächst eingestandenen Fehler hinter einer Nebelwand des Allgemeinen. Mich erinnert dies an Floskeln gegen Ende von Referaten des Generalsekretärs, es gebe zwar auch noch Mängel und Schwierigkeiten, doch die werde man im Voranschreiten überwinden. Sie wurden nicht analysiert und auch nicht im Voranschreiten überwunden, mit bekannten Folgen. Jetzt diskutiert Klaus ohne meine Anwesenheit, in Berlin hätte ich manche Verkürzung meiner Positi-

on, die jetzt notwendigerweise im Aufsatz von Klaus vorkommt, korrigieren können. Er reißt beispielsweise meine Argumente zur SED und ihrer Entwicklung auseinander, stellt in zwei getrennten Sätzen seine Position dar – nur, daß genau dies bei mir aber als innerlich verbundene Position entwickelt wird, das geht bei einer solchen Prozedur verloren, und dies gilt auch für andere Kritikpunkte von Klaus Steiniger. (...)

Ja, Klaus hat recht, jene Genossen, die nicht dem Mehrheitsbeschluß folgen wollen, haben das Recht, um ihre Position zu kämpfen, aber dafür gibt es Statuten-Regeln. Natürlich lassen sich Fragen der Wissenschaft, der Erkenntnistheorie usw. nicht durch Mehrheitsbeschluß entscheiden, aber – von der Stalin-Zeit abgesehen (Lyssenko) – hat es so etwas in der Partei auch nicht gegeben. Es gibt Grenzgebiete, wo wissenschaftliche Fragen in das Politische hinüberlappen – Beispiel Nutzung der Kernenergie –, wo die Partei an einer Positionierung nicht vorbei kommt. Aber in der Regel bezieht sich das von mir Angeführte auf Fragen der Strategie und Taktik, der konkreten Politik, und da kann man im Vorfeld von Parteitagungen u. ä., wenn also die Grundentscheidungen anstehen, durchaus streiten, auch Kollektive bilden, die den Streit offen austragen (und dann eben keine Fraktionen sind). Aber eine Art Dauerstreit über Strategie und Taktik, das geht nicht. (...)

Wenn es sich dagegen um tiefer wirkende Meinungsunterschiede handeln sollte, etwa zu bestimmten Bewertungen der Parteigeschichte, so halte ich es für ehrlich, sich der Frage zu stellen, ob man trotz dieses Dissenses der Partei weiter angehören kann. Den Kampf darum zu führen, welche der beiden im Dissens befindlichen Positionen sich in der Partei durchsetzt (was ja noch nicht bedeutet, welche „richtig“ ist), ist legitim. (...)

Letzte Bemerkung, die Sache mit der „Legierung“. Ich vertrete nicht die Meinung des einfachen Beitritts. Beitreten kann man einer Sache nur, der man im Wesen zustimmt. Und die „Legierung“? Klaus, angesichts der von mir benannten Dissenspunkte – deren Existenz Du ja auch annimmst – ist eine einfache „Legierung“ keine Lösung. Ich erinnere mich des Jahres 1968. Damals waren wir (illegale KPD) dabei, mit verschiedenen linkssozialistischen Kräften eine gemeinsame Partei zu bilden. Aus Gründen, die hier keine Rolle spielen, sahen wir in wirklich letzter Minute (wir waren schon in einem gemeinsamen Kongreß) davon ab. Ein Glück, denn wenige Wochen später erfolgten die Maßnahmen gegen die Prager (bewußt oder unbewußt) am Werk der Zerstörung des Sozialismus Arbeitenden. Hätten wir die damalige „Legierung“ vollzogen, die Partei wäre zumindest handlungsunfähig gewesen, wahrscheinlich regelrecht zerbrochen. Nein, legieren kann man Komponenten, die zusammenpassen und einen Stoff ergeben, der stärker ist, als seine Komponenten. Seid Ihr der Meinung, eine „Legierung“ mit Komponenten, die solche ersten Widersprüche noch nicht ausgeräumt haben, würde eine stärkere Kraft ergeben? (...)

Robert Steigerwald, Eschborn

Zu R. Steigerwalds Beitrag „Zur Diskussion der Meinungsverschiedenheiten in der DKP“ in den „Weißener Blättern“ (4/2001), auf den sich der „RotFuchs“ bezog, vertrete ich folgende Meinung:

1. Zunächst fällt auf, daß Gen. Steigerwald einen ziemlich langen Anlauf nimmt, um schließlich unter Punkt 6 seines 7 Punkte umfassenden Artikels auf den „RotFuchs“ zu kommen – den offensichtlichen Adressaten seines Beitrags.
2. Mir scheint, daß Gen. Steigerwald den „RotFuchs“ und seine Autoren zu den von ihm selbst definierten „Traditionalisten“ zählt. Er vermeidet es aber, das klar zu sagen.
3. Als seine Definition des „Traditionalismus“ nennt er unter Punkt 3: „... entwickelte sich international eine Gegenposition mit einer solchen Kernaussage: In der Geschichte des Kommunismus und im Entwicklungsprozeß des realen Sozialismus war in prinzipieller Hinsicht nichts falsch. Die anstehenden Probleme sind mit den traditionellen Mitteln zu lösen (darum mein Vorschlag, diese Richtung Traditionalismus zu nennen) ...“ Den „RotFuchs“ kann er eigentlich nicht meinen, denn gerade seine Autoren haben – wenn es darum ging, die Ursachen der Niederlage zu benennen – auch in der UZ „... die unter Chruschtschow in der KPD einsetzenden revisionistischen Erscheinungen, die ... entscheidend die Deformationen und Fehlentwicklungen der sozialistischen Staaten bedingten ...“, angeprangert (Gerhard Feldbauer in UZ Nr. 44/2000)

4. Unter Punkt 4 sagt Gen. Steigerwald: „... und weiterhin haben sich im Ergebnis aus der kommunistischen Bewegung national wie international drei Richtungen herausentwickelt: – eine neue revisionistische und reformistische (Typus Euroreformismus, Gorbatschowismus, PDS-artig), – eine traditionalistische, die auf dem Boden der gleichbewerteten Theorie von Marx, Engels, Lenin, Stalin, Mao Tsetung, bisweilen auch noch Kim Ir-Sen wirkt, – eine dritte, die sich gegen diese beiden Richtungen wendet.“

Den „RotFuchs“ kann Gen. Steigerwald hiermit auch nicht meinen, denn der „wirkt auf dem Boden der Theorie von Marx, Engels und Lenin, keinesfalls aber stützt er sich auf die „gleichbewertete Theorie“ anderer.

5. Und was will Gen. Steigerwald uns damit sagen, wenn er unter Punkt 5 auf die selbstgestellte Frage „Was für eine Partei ist die DKP?“ dekretiert: „Sie ist nicht marxistisch-leninistisch im Sinne des Traditionalismus ...“?

Uns Kommunisten würde schon interessieren, ob er die DKP für eine marxistisch-leninistische Partei (ohne den Zusatz „im Sinne des Traditionalismus“, in welcher seiner Definitionen auch immer) hält.

6. Unter Punkt 6 fragt Gen. Steigerwald nach dem „Partei-konzept“ des parteiunabhängigen „RotFuchs“ und wirft ihm vor, sich nicht mit „praktischer Politik auf kommunalem, gewerkschaftlichem, sozialem Gebiet“ zu beschäftigen.

Für was hält er die bekannten 11 Forderungen? Statt die verdienstvolle Beschäftigung mit theoretischen und ideologischen Fragen und mit den Klassikern zu begrüßen, macht er die Zeitschrift mit abwertenden Bemerkungen runter wie: – „Vermittlung theoretischer Arbeit vergangener Zeit, ohne deren wirklich gründliche Analyse ...“; – „so wichtig die Vermittlung früherer theoretischer und politischer Lösungen ist ...“; – „... notwendiges archivarisches Arbeiten genügt unseren heutigen Aufgaben nicht ...“ usw.

Mir scheinen solche Bemerkungen mehr über Gen. Steigerwald als über den „RotFuchs“ zu sagen.

7. In Punkt 7 gerät Gen. Steigerwald wieder ins Dekretieren: „... Aber es muß klar sein, daß wir nicht hinter die Ergebnisse der vom Parteivorstand organisierten Tagung zu Geschichtsprozessen ... (mit ihrer begründeten Ablehnung des Terminus und der Sache „Stalinismus“) zurückgehen werden.“ Will er damit unter Berufung auf eine „vom Parteivorstand organisierte Tagung“ ein Diskussionsverbot über die Bedeutung Stalins verordnen, nachdem er sich selbst ausführlich (u. a. in der UZ vom 9. 2. 2001) dazu geäußert hat?

Horst Mette, Ebersberg (Südbayern)

(...) Angeregt durch das „Ebersberger Protokoll“ (RF 49/S. 8) möchte ich einige Überlegungen in die Debatte zum „kollektiven Imperialismus“ mit einbringen: 1. Die These vom „globalen Kapitalismus“ bildet den Ausgangspunkt marxistischer Kapitalismuskritik. Marx hat den Kapitalismus als Weltkapitalismus verstanden und analysiert. Seine politische Ökonomie, dargelegt in den vier (!) Bänden des „Kapital“, macht deutlich, daß es keinen theoretisch überzeugenden Grund gibt, die Möglichkeit einer rein kapitalistischen Welt zu leugnen. Folglich haben wir uns den Kapitalismus als in einem eingeschränkten Machtbereich existierend zu denken und ihn in dieser historischen Dimension zu analysieren. Unter den Bedingungen der Epoche des Imperialismus bedeutet dies, daß „globaler Kapitalismus“ identisch ist mit permanenter Kriegsgefahr. 2. Während der reine Kapitalismus theoretisch möglich ist, trifft dies auf den Imperialismus nicht zu. Der reine Imperialismus wäre ein Monopolkapitalismus ohne jegliche freie Konkurrenz. Ein solcher Kapitalismus hat niemals existiert und kann niemals existieren. Die innere Natur des Kapitals als ein „sich selbst“ verwertender Wert, das Wertgesetz sowie die daraus folgende ungleichmäßige Entwicklung lassen die Bildung eines Universalkapitals nicht zu. Deshalb bedeutet der Imperialismus eine enorme Verschärfung aller Widersprüche des alten Kapitalismus, die ideologisch-politisch durch eine Neuaufgabe der Schule des „Neoliberalismus“ dem Schein nach wieder ausgeglichen werden sollen. 3. Zeit-

weiliger „kollektiver Imperialismus“ ist die politische Übergangsform zur Vorbereitung der Neuaufteilung der Welt und damit des zwischenimperialistischen Weltkrieges. Gegenwärtig werden die imperialistischen Gegensätze – nach der Niederlage des Realsozialismus – neu fixiert. Jedes nationale Finanzkapital verfolgt dabei seinen eigenen Imperialismus, d. h. es erstrebt die Weltherrschaft zu seinen Bedingungen. 4. Aus dem nur gegenwärtigen „kollektiven Imperialismus“ folgt, daß der Kampf gegen den Imperialismus auf nationalem Boden entschieden wird – im Kampf gegen die eigene Regierung (die „Kollektivität“ bedarf des Regierungshandelns, die Regierung führt den Krieg). Unter diesem Gesichtspunkt erfolgt der internationalistische Zusammenschluß der Arbeiterbewegung in den Ländern der imperialistischen Hauptmächte, dem das Primat zukommt. Es gilt das Antikriegsprogramm von Karl Liebknecht (bzw. des Spartakusbundes). 5. Den Trend zum Welttrust, der auf einer bestimmten Stufe stets in einen Weltkrieg mündet, kann nur die sozialistische Revolution beenden. Deshalb folgt aus der Möglichkeit zeitweiliger imperialistischer Bündnisse, die den imperialistischen Parasitismus verstärken, die Notwendigkeit der Entwicklung von Klassenbewußtsein, d. h. der Arbeiterklasse. (...) 6. Die Aufgabe lautet nicht, die „Bedingungen zwischenimperialistischer Friedfertigkeit“ zu ermitteln, sondern nachzuweisen, daß der „kollektive Imperialismus“ – wie alle imperialistischen Tendenzen – den Kapitalismus zum Bersten bringt. Es geht um die Formierung des Subjekts der Revolution mit allen sich daraus ergebenden Konsequenzen der Verbindung von Arbeiterbewegung, Demokratie und Sozialismus.

Herbert Münchow, Leipzig

Mein Diskussionsbeitrag zu Krieg und Frieden. Danke für diese Art Zeitung!

Krieg

Krieg, Krieg, endlich wieder Krieg! Krieg bringt den Sieg, Krieg bringt Kredit - und wir möchten mit in diesen Krieg

Krieg, Krieg, Krieg bringt die Not, Krieg bringt den Tod für den kleinen Mann, der nichts dafür kann in einem Krieg

Krieg, Krieg, die Bösen sind nah, die Bösen sind da! wer hat das gedacht, sie böse gemacht in einem Krieg

Krieg, geil auf den Krieg, geil auf den Sieg, geil auf die Macht, das Geld sich eins lacht nach einem Krieg

Lydia Kuhnt, Erfurt

Den Angela-Davis-Prozeßbericht im letzten „RotFuchs“ fand ich sehr interessant. (...) Während eines USA-Aufenthalts habe ich Angela im September 1999 als Rednerin auf einem Meeting für die Freilassung von Mumia Abu Jamal in San Francisco sprechen hören. Engagiert ist sie auch in der Bewegung gegen den „Gefängnis-Industriellen-Komplex“, die sich gegen Hochsicherheitsknäste, unmenschliche Haftbedingungen und eine besonders scharfe Form der Ausbeutung durch Konzerne in diesem absoluten Billiglöhnssektor in den USA wendet.

RA Jürgen Schneider, Hamburg

Vielen Dank für den „RotFuchs“, dessen Artikel mir in der gegenwärtigen Zeit der Desinformationen helfen, die Hintergründe vieler gesellschaftlicher Prozesse zu verstehen. Aber ein Problem habe ich doch.

Im „RotFuchs“ erschienen schon mehrere Artikel über die Entwicklung in der Volksrepublik China, die mir die Prozesse nicht in ihrer ganzen Widersprüchlichkeit zeigen. Die erstaunlichen jährlichen Wirtschaftswachstumsraten Chinas haben für mich etwas Bedrohliches – steht doch dahinter die Beteiligung ausländischer Monopole (USA, BRD u.a.) an lukrativen inländischen Unternehmen, ja ganzen Wirtschaftszweigen, und der Einbruch imperialistischer Banken auf den innerchinesischen Markt. Schließlich wird die Mitgliedschaft in der WTO die Volksrepublik zwingen, die Schutzzölle abzubauen. Viele schwachentwickelte, technisch veraltete chinesische Betriebe werden der kapitalistischen Konkurrenz nicht gewachsen sein. Nach meiner Ansicht entsteht aus dieser Entwicklung die Gefahr, daß die chinesische Volkswirtschaft der Expansion des imperialistischen Kapitals erliegt. Dieser Entwicklung ist die Mehrheit der chinesischen Bevölke-

zung schutzlos ausgeliefert. Schon jetzt gibt es unzählige Arbeitslose (die „junge Welt“ schreibt von 100 Millionen). Sie erhalten keine staatliche Unterstützung.

Auch die Rolle der chinesischen Reformer (?), die zugleich Funktionäre der Partei sind, müßte analysiert werden. Und welche Konzeption hat die Partei, all diesen negativen Prozessen entgegenzuwirken? (Lenin hatte einst ein durchdachtes Konzept mit der NÖP.) Und schließlich müßte auch die militärstrategische Lage untersucht werden, in der sich die Volksrepublik China nach der US-Aggression in Afghanistan befindet. Die US-Armee bedroht ja nun die ganze Region vom Mittelmeer bis an die chinesische Grenze.

Eure China-Artikel geben auf diese Probleme nicht ausreichend Antwort. Insbesondere Prof. Dr. Eike Köpf in Peking müßte doch zu differenzierteren Einschätzungen in der Lage sein. (Als sehr wichtig sehe ich die Eigentumsfrage an. Wie steht es um das Volkseigentum in Industrie und Landwirtschaft? Wie weitreichend sind die Privatisierungen?)

In der Volksrepublik China lag nach unserem historischen und jämmerlichen Scheitern meine letzte Hoffnung. Es wäre zu schmerzlich, dieses große Volk in den Krallen des Weltimperialismus zu sehen. Meine Gedanken, die ich hier sehr ungeordnet aufgeschrieben habe, sind nicht beckmesserisch gemeint. Insgesamt bin ich sehr froh, daß es den „RotFuchs“ gibt. Ich bewundere Ihre Arbeit, der Sie wahrscheinlich alles andere aufopfern. Nebenbei vielen Dank für die Rubrik „Presente!“. Man wird an vieles erinnert, was unter dem Eindruck des gegenwärtigen Chaos in Vergessenheit gerät. Insbesondere für den Artikel über Nazim Hikmet. (...) Und auch Dank für Ihren Hinweis auf die Musik Edward Griegs. Die Liebe zur klassischen Musik war leider unter unseren Genossen nicht sehr verbreitet.

Eilfriede Matthias, Berlin

Ich finde es sehr schön, daß Ihr zum Gruß für den Internationalen Frauentag gerade die kämpfenden Töchter Palästinas als Beispiel genommen habt. Trotz Gerlinde Bakenhus! Selbst in unseren westlichen Medien kann man sehen, daß auf steinernde Kinder aus Panzern und mit Maschinengewehren geschossen wird. Ich betrachte es nicht als Terror, wenn die Menschen, denen ihr Lebensrecht genommen wird, sich zur Wehr setzen. Wenn Fritz Teppich sagt, daß er als Jude tiefe Scham empfindet, dann beweist es meiner Ansicht nach ein starkes Gerechtigkeitsempfinden. Ich habe in meiner Kindheit viele liebenswerte, gütige jüdische Menschen gekannt. Lehrer, Ärztinnen, einfache Mitbürger, für die ich große Sympathie hatte. Das faschistische Deutschland hat Leid über ganz Europa gebracht, doch am meisten mußten die jüdischen Menschen leiden. Bis auf die Reichen, die so viel Geld hatten, daß sie nach Amerika gehen konnten. 1948 unterstützten die USA diese reichen Juden bei der Gründung des Staates Israel. Von Anfang an wurden Kriege gegen die ansässigen moslemischen Araber geführt. Ich kenne mehrere Jüdinnen, die in der Hoffnung nach Israel gingen, dort eine Heimat zu finden, aber zurück nach Deutschland kamen, obwohl sie hier Folter und KZ durchgemacht hatten. Ich muß Fritz Teppich nicht wiederholen, will nur betonen, daß ich seine Meinung teile und weiß, daß andere Menschen, die aus jüdischen Familien stammen, es auch so sehen. Nicht aber wie Ariel Scharon. Er hat davon gesprochen, „daß wir ein volles Recht auf dieses Land haben. Die zionistische Revolution ist die einzige Revolution des 20. Jahrhunderts, die erfolgreich gewesen ist“. Diese Art von Menschen mag ich nicht. Sie glauben, sie wären etwas Besonderes, sind aber in Wirklichkeit nicht besser als jene Deutschen, die sich als germanische Herrenrasse betrachteten. (...) Gerlinde Bakenhus sollte ihre Einstellung noch einmal überdenken.

Elsa Schmidt, Hamburg

Die Präambel zur Koalitionsvereinbarung in Berlin hat mit der geschichtlichen Wahrheit genauso viel zu tun wie ein Eisbär mit der Wüstenralleye Paris-Dakar. Früher hieß es im Kabarett: Die SPD blinkt links und fährt rechts. Gysi ist in die Wüste geraten und hat dabei die Blinkleuchten ganz ausgeschaltet. Wem jetzt noch kein Licht aufgeht, der wird eine böse Überraschung erleben.

Andreas Krämer, Gersdorf

Zum Begriff „Staatssozialismus“, der wie der Begriff „Frühsozialismus“ nach der „Russischen Wende“

Konjunktur bekam: Während Frühsozialismus noch Entschuldigungscharakter – für Angänger, Freunde des Sozialismus – hat, greift dieser den Sozialismus in seiner gesamten Realität an. Dem „Staatssozialismus“ ist Falschheit, Fehlleitung unterstellt. Und ihm ist – noch mehr oder weniger unausgeprägt – ein ganz anderer „Sozialismus“ gegenübergestellt. Während im Begriff Frühsozialismus der Sozialismus nicht ausgeschlossen ist, aber seine Entwicklung als ausgestaltete Form verstanden sein kann, ist im Begriff „Staatssozialismus“ nicht mehr von innerer Entwicklung des Sozialismus die Rede. (...) In der Bezeichnung des realen Sozialismus als Staatssozialismus lauert die Gefahr der Sozialismus-Aufgabe, des Revisionismus. Weitergegriffen kann man sagen: Der Revisionismus in der Staatsfrage erscheint zunächst in der formellen (theoretischen, ideologischen) Ablehnung eines eigenen proletarischen Staatsbegriffs und endet in der faktischen Aufgabe auch des sozialistischen Staates. Im realen Sozialismus hat man nie die Verbindung zum Staat geleugnet; im Gegenteil. Der sozialistische Staat galt als ein großer Gewinn. Staat zu werden, darin bestand ja zunächst die Revolution! Der Staat als Hauptinstrument beim Aufbau des Sozialismus, Volkseigentum als Staatseigentum, Staatsbetriebe waren ungeschulte Begriffe. Welch Tadel, ja, welche reale Ablehnung des Sozialismus soll damit verbunden sein, den Staat, diesen Staat, in ein solches Abseits zu stellen, ihn quasi feindlich, als außerhalb des Sozialismus stehend, zu behandeln? Er müßte geradezu bürgerlicher Staat sein, Staat grundsätzlich etwas sein, was bürgerlich ist – und auch unter der Bedingung, daß ihn die proletarische Klasse besetzt und nach ihrem Wunsch ausbildet. Faktisch dürfte das – in dieser Kritik am Sozialismus als Staatssozialismus – gar nicht möglich sein, daß der Staat im Sinne des Sozialismus oder der Arbeiter, aller Werktätigen handelt, sondern Staat würde etwas den Sozialismus Aufhebendes sein. Die Formel müßte dann lauten: Der Sozialismus ist nicht staatlich oder er ist nicht Sozialismus. Ein absoluter Blödsinn. (...)

Der Aufbau des Sozialismus, alles, was wir unter Sozialismus verstehen, ist über den Staat gelaufen. Der Staat als sozialistisch war kein erschöpfender Begriff für den Sozialismus, d. h. Sozialismus ist mehr – und war mehr –, aber er ist ein erschöpfender Begriff für den Staat. Mehr als sozialistisch zu sein, kann man von einem Staat nicht erwarten. (...) Unter dem Begriff sozialistischer Staat ist der Staat nicht zu kritisieren, jedenfalls nicht von Arbeitern. Da es ab der Revolution hier zur Identität kam (Sozialismus war Staat, Staat war Sozialismus), ist es, als wollte man den Sozialismus-Begriff kritisieren, wenn man den Staat des Sozialismus kritisiert. Der Begriff Staatssozialismus war an sich kein falscher Begriff, nur kein hinreichender. Er ist aber ein Begriff der äußeren Kritik geworden; derjenigen Kritik, die sich der Gesellschaftlichkeit des Sozialismus real nicht mehr stellt oder nie gestellt hat. Er ist jetzt ein Begriff seiner Negation. Linke sollten sich ihm verweigern und den Schritt, den der sozialistische Staat selbst tat – in den Sozialismus hinein – bewußt begreifen.

Hermann Jacobs, Berlin

Herzlichen Dank für die Zusendung der „RotFuchs“. Habe beide Ausgaben mit großem Interesse und steigender Freude gelesen. Es ist qualifizierter marxistisch-leninistischer Journalismus. (...) Habe auch etwas in Eurer Homepage geblättert. Gefällt mir sehr gut. Herzliche Grüße an Egon Schanker für das gelungene Layout.

Eberhard Urbainczyk, Recklinghausen

Wer eine sozialistisch-kommunistische Zeitschrift, den „RotFuchs“, allein wegen des kritischen, realistischen Artikels (des Juden!) Teppich zur Politik Israels wie G. B. abstellt, den sollte man ruhig ziehen lassen. (...) Es gibt leider hierzulande nicht nur unbeherrschbare Rassisten und Antisemiten, sondern auch meist religiös bestimmte Ignoranten und sogenannte Philosemiten. Erstere, wie Personen aus den Splitterparteien „Christliche Mitte“ oder „Partei Bibeltreuer Christen“, verlangen die Vertreibung der arabischen, nichtjüdischen Bevölkerung aus Palästina, weil sie als primitive moslemische Eindringlinge in das seit Jahrtausenden von „Gott“ dem ausgewählten Volk Israel zugesprochene „Heilige Land“ gesehen werden; letztere entstanden als eine selbstsame deutsche Gegenbewegung von oftmals „monomanen Gutmenschen“ oder opportunistischen Pharisäern.

Hansjörg Schupp, Appeltshofen

Den Artikel zur Lage in der Portugiesischen Kommunistischen Partei (RF 49) habe ich mit Interesse gelesen. Zur Zeit richtet sich das ganze Feuer der Reaktion auf die PCP und ganz offenkundig hält dem nicht jeder stand. Noch wahrhaft die Mehrheit des ZK Kurs, doch falls die Parlamentswahlen sehr schlecht für die Partei ausfallen, wird es schwierig. (...)

Frank Bochow, Berlin

Im vom RF 49 veröffentlichten Leserbrief schrieb ich (hier verkürzt): Ich habe vorgeschlagen, in diesem Jahr eine zentrale Veranstaltung für die Revolutionäre (Märzgefallenen) aus dem ganzen VEST zu organisieren. Ihr macht daraus: für die Revolutionäre aus dem ganzen WESTEN. Das bedarf einer Korrektur.

Das VEST Recklinghausen ist die weitere Umgebung der Stadt Recklinghausen. Menschen, die das nicht wissen, müssen auf die Idee kommen: Der Hesse ist beschmiert, der will traditionelle Revolutionsgedenken wie auf dem Friedhof in Bochum-Werne in die Provinz verlegen.

Hans-Dieter Hesse, Recklinghausen

Die Kriegshaltung der USA gegen nicht genehme Regierungen wird weitergehen. Obwohl ich mit den Feststellungen von Werner Grossmann im Leserbrief über Berliner Realitäten durchaus einverstanden bin, habe ich Zweifel, ob die PDS ihr stärkstes Pfand, gegen den Krieg zu sein, so leicht aus der Hand gibt. Ich halte Gysi trotz allem für einen Mann, der überlegen kann, und die Folgen eines Verrats in der Antikriegshaltung voraussieht. Mittelfristig gesehen sorgen die USA für ein Erstarren der Friedensbewegung in Deutschland, wenn es im Vorderen Orient und in Asien noch mehr kracht. Man nennt das Klassenkampf.

Wolfgang Wallenwein, Düsseldorf

Zur gegenwärtigen verbrecherischen Politik der USA fällt mir ein Zitat von Charles de Gaulle ein: „Die amerikanische Gesellschaft hat die Entwicklungsstufe Zivilisation nie durchschritten.“ Dem ist nichts hinzuzufügen.

Dieter Bartsch, Berlin

An der Diskussion über die PDS-Politik und Taktik möchte ich mich nicht beteiligen. Mir ist Gysis bunte Truppe seit Jahren zu bunt. In der Logik der öffentlichen Erklärungen könnte man jedoch erwarten, daß bei einer derartigen Abgrenzung von den Kommunisten auch das Berliner Karl-Liebknecht-Haus an eine kommunistische Nutzergemeinschaft rückübertragen wird. Eine moralische Pflicht läßt sich bei solch „hehrem“ Revisionismus ohne weiteres ableiten.

Dr. Ernst-Jürgen Langrock, Hoyerswerda

Schon wieder muß ich mich über den „RotFuchs“ wundern! Bei meinem Nachruf zum Tod von K.-E. von Schnitzler im November-Heft hat man die von mir wohlbedachte letzte Zeile „Auf, Sozialisten, schließt die Reihen“, von mir als zeitgemäßen Aufruf gedacht, einfach weggelassen. (...) Bei einer telefonischen Nachfrage, warum, erklärte man mir: „Aus Platzmangel.“ Eine Zeile, wer soll das verstehen?

Nun hat der „RotFuchs“ im Februar-Heft den von mir eingereichten Aufruf zur Ehrung der gefallenen Sowjetsoldaten in Buckow, Märkische Schweiz, veröffentlicht. Aber ohne die dem Aufruf vorangesetzten zwei Verse aus Johannes R. Bechers Ballade von der Kleeblatt-Division. (...) Als letzten Gruß für Rolf Vellay hat man Heines Gedicht „Die Grenadiere“ (9 Strophen!) abgedruckt. Das Hohelied auf den Usurpator Napoleon. Da wäre wohl das Gedicht von der Kleeblatt-Division zeitgemäßer gewesen. Aber es sei gesagt: „Die Grenadiere“ war auch eines meiner Lieblingsgedichte. Ich konnte es fast auswendig deklamieren. Wiederholt wurde ich, wenn ich allzu dienstfertig war, von meinen Genossen mit der von mir oft zitierten Strophe gefoppt: „Was schert mich Weib, was schert mich Kind, ich trage weit besseres Verlangen ...“ Also Genossen, Heine in allen Ehren. (...) Aber im anstehenden Fall hätte man die zwei Strophen der Ballade von der Kleeblatt-Division“ bringen können (...)

Rudolf Härtl, Strausberg

Bemerkung der Redaktion

Die beiden eingereichten Texte waren insgesamt wirklich zu lang, da fiel leider auch Wertvolles und möglicherweise das Falsche der Streichung zum Opfer. Wir bitten den verdienten Arbeiterveteranen, Genossen Rudolf Härtl, um so mehr um Entschuldi-

gung, als er am 31. 3. 2002 seinen 80. Geburtstag begeht, zu dem Redaktion und Vereinsvorstand auf das herzlichste gratulieren.

Beziehen möchte ich mich – wenn auch etwas verspätet – auf einen RF-Beitrag von Norbert Pauligk zu dem Thema „Warum sich die DDR kampflös ergab“. Obwohl der Verfasser genügend logische Gründe aufführte, möchte ich noch etwas hinzufügen. Es hat sich ja nicht nur die DDR, sondern der gesamte Warschauer Vertrag einschließlich der Sowjetunion selbst aufgegeben, obwohl diese Gegenkraft zur NATO eine gewaltige ökonomische, politische und militärische Stärke erreicht hatte. Es ist mir immer noch ein Rätsel, wie der mächtige sozialistische Block vor dem Kapitalismus/Imperialismus so schnell kapitulieren konnte, während das doch viel schwächere Sowjetrußland der 20er Jahre nicht „in der Wiege zu erwürgen“ war. Und auch in Polen, Ungarn, der DDR – dort am 17. Juni 1953 – scheiterten mehrere Konterrevolutionen. Eine Erklärung für diese Kapitulation sämtlicher Warschauer Vertragsstaaten vor dem imperialistischen Lager in den 90er Jahren kann doch m. E. nur darin bestehen, daß deren sozialistische Staatsführungen bereits vom revisionistischen Geist gelähmt waren. So konnten diese Staaten, die sonst an ihren Grenzen über jeden einzelnen genau gewacht hatten, nichts gegen die wirklichen Klassenfeinde zum Erhalt des Sozialismus mehr tun.

Joachim Kaschig, Berlin-Reinickendorf

Ein Gruß ins Keßler-Haus

Am 20. März 2002 begeht die standhafte und erprobte Kommunistin **Ruth Keßler** – Kampf- und Lebensgefährtin des Genossen Heinz Keßler – ihren 80. Geburtstag.

Der „RotFuchs“ reiht sich unter die Gratulanten ein.

Ernst-Thälmann-Gedenkstätte Ziegenhals

Am Sonntag, dem **14. April 2002**, findet um **11.30 Uhr** in der Gedenkstätte Ziegenhals die traditionelle Kundgebung zum Geburtstag Ernst Thälmanns statt.
Redner: Rechtsanwalt Dr. Friedrich Wolff

Wie die Nazis ihren Unterbau schufen

Der gewöhnliche Faschismus

Peter Franz, Theologe und „RotFuchs“-Autor, hat im Eigenverlag der Geschichtswerkstatt Weimar/Apolda e. V. – ein anderer Verlag zur Publizierung des eigentlich viel umfassender angelegten Werkes hat sich bisher nicht gefunden – ein heutzutage durchaus ungewöhnliches Buch mit dem Titel „Der gewöhnliche Faschismus“ herausgebracht. Es behandelt am Beispiel Apoldas die alltägliche Herrschaft der Nazis zwischen 1933 und 1939 in einer deutschen Mittelstadt, wobei der Leser zunächst die regionale und örtliche Vorgeschichte der auch in Thüringen wie ein Buschfeuer um sich greifenden „Bewegung“ erfährt. Das authentische Material ist sorgfältig

ausgewählt, akribisch zusammengestellt und nach Stadtschreiberart knapp kommentiert.

Die chronologische Abfolge vermittelt ein exaktes Bild der zentralgesteuerten Ausdehnung der NSDAP im Apoldaer Raum, wobei ihre Klassenstruktur und ihre sozialen Hilfsquellen deutlich herausgearbeitet werden. Durch die umfassende Darstellung jener fatalen Mischung aus ebenso plumper wie raffinierter Demagogie und allenthalben spürbarer Gewalt erkennt man die Ursachen des enormen Masseneinflusses der deutschen Faschisten, die in nur 12 Jahren ein beispielloses Teufelswerk verrichteten.

Peter Franz hat sein spannend geschriebenes Handbuch über den alltäglichen Faschismus auf mittlerer und unterer Wirkungsebene, das eine Fortsetzung erfahren soll, aufgrund genauer Kenntnis der Ortsverhältnisse in Apolda angesiedelt. Die Stadt steht hier jedoch für Hunderte ähnlicher Orte gleicher Größe und Geschichtstradition. Die solide Arbeit ist allen zu empfehlen, die erfahren möchten, wie die Mechanismen des in Schuld und Schutt untergegangenen „Dritten Reiches“ an der Basis funktioniert haben. **S. R.**

(ISBN 3-935275-00-5)



Köln sucht Schlapp- hüte



Das Bundesamt für Verfassungsschutz stellt zum nächstmöglichen Zeitpunkt

Mitarbeiter/innen für den Innen- und Außendienst

(mittlerer Dienst bzw. vergleichbare Angestellte von VIII - Vc/Vb (Bewährung) BAT
je nach Qualifikation der Bewerberin/des Bewerbers und Ausgestaltung des Dienstpostens)
ein.

Die Bürosachbearbeiter/innen im Innendienst unterstützen die Sachbearbeiter bei der Erfüllung ihrer Aufgaben. Die Tätigkeit erstreckt sich auf alle Gebiete des Verfassungsschutzes, ist vielseitig und abwechslungsreich. Die Mitarbeiter sollten Interesse an den Aufgaben der inneren Sicherheit und an politischen Zusammenhängen haben. Wünschenswert sind

- Anwenderkenntnisse in der Informationstechnik
- Teamfähigkeit
- Gutes schriftliches Ausdrucksvermögen
- Bereitschaft zur Teilnahme an Fortbildungsmaßnahmen

Für den Außendienst werden junge Nachwuchskräfte (Höchstalter 29 Jahre) gesucht. Bewerber/innen sollten einen Hauptschulabschluss und eine abgeschlossene Berufsausbildung bzw. einen Realschulabschluss haben, im Besitz einer gültigen Fahrerlaubnis sein und über die gesundheitliche Eignung und körperliche Fitness verfügen. Der Dienst erfordert ein hohes Maß an Verantwortungs- und Leistungsbereitschaft sowie Einsatzfreude und es werden hohe Anforderungen an die Belastbarkeit gestellt. Darüber hinaus sollte der Dienstposteninhaber über Flexibilität, Konzentrationsfähigkeit, soziale Kompetenz, gute Auffassungsgabe, schriftliches Ausdrucksvermögen, Lernfähigkeit und -bereitschaft, Geduld sowie Orientierungsvermögen und technisches Verständnis verfügen.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz hat sich die berufliche Förderung von Frauen zum Ziel gesetzt und ist deshalb besonders an Bewerbungen von Frauen interessiert.

Von schwerbehinderten Menschen wird nur ein Mindestmaß an körperlicher Eignung verlangt; bei im Übrigen gleicher Eignung werden sie bevorzugt berücksichtigt.

Bewerbungen mit tabellarischem Lebenslauf, Lichtbild und Zeugniskopien sind bis zum **4. März 2002** zu richten an das

Bundesamt für Verfassungsschutz
Postfach 10 05 53
50445 Köln

HH-Abendblatt 9.02.02

Ein Dienst, der dem Klassenfeind vier Jahrzehnte Paroli bot.

Generäle und hohe Offiziere der Staatssicherheit der DDR – Herausgeber und Verfasser des neuen zweibändigen Werkes zur Abwehrarbeit des MfS – sprechen erstmals öffentlich über ihr Buch.

Veranstalter:

„RotFuchs“-Förderverein,
Regionalgruppe Berlin

Zeit und Ort:

Montag, 22. April 2002, 18.00 Uhr,
Blauer Salon
im alten ND-Gebäude,
Franz-Mehring-Platz 1

VERS PÄ T E T

Wir haben uns zwar verspätet, sind aber noch nicht zu spät gekommen, um dem Erzieher ganzer Generationen von DDR-Philosophen und Mitglied des RF-Fördervereins

Prof. Dr. Manfred Buhr

nachträglich und deshalb um so herzlicher zum **75. Geburtstag** zu gratulieren. Direktor des Zentralinstituts für Philosophie der Akademie der Wissenschaften der DDR, Herausgeber bzw. Mitherausgeber des *Philosophischen Wörterbuchs* und der Schriftenreihe „Zur Kritik der bürgerlichen Ideologie“, hat er sich als Wissenschaftler von internationalem Rang erwiesen. ■

I M P R E S S U M

Gegründet im Februar 1998
als Zeitung der Gruppe Berlin-Nordost
der Deutschen Kommunistischen Partei

Herausgeber:
RotFuchs-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
Tel. 030/5613404, Fax 030/56493965
(Redaktionsadresse, an die bitte auch alle
Post zu richten ist)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckhaus Paulick

Internet: www.rotfuchs.net
E-Mail: rotfuchs.berlin@t-online.de

Redaktionschluß ist der 5. eines Monats

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Autorenkreis:

Dr. Martin Baraki
Rolf Berthold
Isolda Bohler (Valencia)
Dr. Vera Butler (Melbourne)
Wolfgang Clausner
Dr. sc. Gerhard Feldbauer
Walter Florath
Peter Franz
Dr. sc. Kurt Gossweiler
Dr. Ernst Heinz
Werner Hoppe
Prof. Dr. Ulrich Huar

Konto für Spenden und Beiträge: W. Metzger / RotFuchs
Berliner Sparkasse (BLZ 10050000), Konto-Nr. 220160759

Dieter Itzerott
Gerda Klabuhn
Prof. Dr. Eike Kopf (Peking)
Wolfgang Metzger
Dr. Annemarie Mühlefeldt
Frank Mühlefeldt
Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Dr. Norbert Paulig
Rainer Rupp
Karl-Eduard v. Schnitzler †
Dr. Hartwig Strohschein
Fritz Teppich
Herbert Thomas

Dr. Ing. Peter Tichauer
Rolf Vellay †
Stefan Warynski, Warschau
Künstlerische Mitarbeit:
Arno Fleischer
Heinz Herresbach
SHAHAR

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin
Telefon 030/6545634
Marianne Ahrens
Sonja Brendel, Bruni Büdler
Monika Kauf, Bernd Koletzki